



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Der Zerfall Jugoslawiens
aus kroatischer und serbischer Perspektive“

Verfasser

Lukas Putz

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 243 364

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Slawistik Bosnisch/Kroatisch/Serbisch

Betreuer:

Ao. Univ. Prof. Dr. Alojz Ivanišević

In tiefer Dankbarkeit meiner Familie, meiner zukünftigen Frau und meinem
Diplomarbeitsbetreuer Univ. Prof. Dr. Alojz Ivanišević.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Kapitel	7
1.1. Der Jugoslawismus	10
1.2. Die Fortschrittliche Jugend	12
1.3. Der serbische Nationalismus	13
1.4. Der kroatische Nationalismus	15
2. Kapitel	16
2.1. Der erste jugoslawische Staat	16
2.1.1. Die Gründung des SHS-Staates	16
2.1.2. Die Vidovdan-Verfassung 1921	22
2.1.3. Von Demokratie zur Diktatur	24
2.2. Die Kirchen im Ersten Jugoslawien	25
2.3. Der Zweite Weltkrieg	29
2.4. Die Nationalitätenpolitik	33
2.4.1. Der AVNOJ	35
2.4.2. Die Partisanen in Kroatien	38
3. Kapitel	44
3.1. Die Ausschaltung politischer Gegner	44
3.1.1. Das Ende der Demokratie	46
3.1.2. Die Entmachtung der Kirchen	51
3.2. Die Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (FNRJ)	54
3.3. Der Titoismus	56
3.4. Die Sozialistisch Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ)	59
3.4.1. Das Wiederaufleben der „nationalen Frage“: Der Sprachenstreit	60
3.4.2. Die Kritik der „Liberalen“	61
3.5. Der „Kroatische Frühling“	62
4. Kapitel	65
4.1. Die Ära Tito	65
4.1.1. Die Kernelemente der kommunistischen Vergangenheitspolitik	66
4.1.1.1. Der Volksbefreiungskampf und die sozialistische Revolution	67
4.1.1.2. Die „Klassen-Perspektive“	67
4.1.1.3. Das Konzept von „Brüderlichkeit und Einheit“	68
4.1.1.4. Der Mythos des Anti-Faschismus und der Emanzipationsmythos	68
4.1.1.5. Der „Selbstverwaltungssozialismus“	69

4.1.1.6. Der Tito-Kult	69
5. Kapitel	70
5.1. Der historische Diskurs 1945-1980	70
5.1.1. Vergangenheitspolitik in der FNRJ: Krieg und Revolution.....	70
5.1.1.1. Die (Un)freiheit der Wissenschaft und der Geschichtsforschung.....	70
5.1.1.2. Der „eigene jugoslawische Weg zum Sozialismus“ und die Historiographie	71
5.2. Die Vergangenheitspolitik in der SFRJ	72
5.3. Das Ende der Ära Tito	75
5.3.1. Aus Kommunismus wird Nationalismus.....	77
5.3.2. Die posttitoistischen Nationalismen.....	78
5.4. Die serbische Perspektive	80
5.4.1. Die serbisch-orthodoxe Kirche.....	80
5.4.2. Die serbische Historiographie	84
5.5. Die kroatische Perspektive	90
5.5.1. Die katholische Kirche in Kroatien.....	90
5.5.2. Die kroatische Historiographie.....	94
6. Konklusion	100
Verzeichnisse	106
Abkürzungsverzeichnis	106
Abbildungsverzeichnis	107
Literaturverzeichnis.....	107

Einleitung

In der vorliegenden Arbeit soll, wie bereits dem Titel und dem Untertitel zu entnehmen ist, „Der Zerfall Jugoslawiens aus serbischer und kroatischer Perspektive“ untersucht werden.

Was über den Zusammenbruch des Kommunismus 1989 im Allgemeinen gesagt werden kann, gilt für Jugoslawien ganz besonders:

„[...] wie dies nach historischen Umbrüchen immer der Fall war – [wird] über die Konstruktion neuer politischer und nationaler Identitäten gestritten. Alte Mythen werden durch neue ersetzt, Debatten über Schuld, Abrechnung, Bestrafung, Amnestie und Amnesie werden geführt. Bei diesem öffentlichen „Umgang mit Geschichte“ sind die Fachhistoriker nun keineswegs mehr unter sich, sondern es ragen vehement politische Interessen in die Debatte hinein.“¹

Einige ausländische Beobachter, wie der damalige amerikanische Botschafter in Jugoslawien William Zimmerman, meinten angesichts der heftigen Kontroversen um die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, die den Zerfallsprozess begleiteten, sogar, die jugoslawischen Völker seien geschichtsbesessen.² Dabei stellen Geschichtspolitik, also „die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich beispielsweise über Rituale und Diskurse vollziehen“, und Vergangenheitspolitik, also „die politische Dimension der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit“, laut Petra Bock und Edgar Wolfrum, „zwei Seiten derselben Medaille dar: der umkämpften Vergangenheit“.³ In Bezug auf Jugoslawien war die Vergangenheit aus zwei Gründen stark umkämpft. Ausschlaggebend dafür waren:

Erstens, der Weg in den Sozialismus im Kontext der Gründung des Staates: Die Vergangenheitspolitik der Kommunisten zielte darauf ab, den Zweiten Weltkrieg als Gründungsmythos der gemeinsam erkämpften Volksrepublik Jugoslawien zu etablieren. Dieses Geschichtsbild war der Kern der Legitimation der kommunistischen Herrschaft. Davon abweichende Erinnerungen waren im öffentlichen Diskurs Tabu.

Zweitens, der Weg *aus* dem Sozialismus hin zu Pluralismus und Demokratie im Kontext des Staatszerfalls: Die Erosion des kommunistischen Systems brachte eine Erweiterung des „Feld[es] des Sagbaren“, welches Ljiljana Radonic als das definiert, „was in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit gesagt werden kann, ohne negative Konsequenzen

¹ Petra Bock u. Edgar Wolfrum: Einleitung. In: Bock/Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, S. 7.

² Vgl. William Zimmerman: *The Last Ambassador. A memoir of the collapse of Yugoslavia*. In: *Foreign Affairs*, 1995/ Vol. 74 No. 2, S.3.

³ Vgl. Bock/Wolfrum: Einleitung, S. 8.

erwarten zu müssen“.⁴ Die Ansätze einer beginnenden Entmythologisierung der kommunistischen Vergangenheitspolitik Anfang der Achtziger wurde jedoch bald durch eine sich am radikalisierenden Nationalismus orientierende Geschichtspolitik in Serbien und Kroatien ersetzt.

Diese Arbeit soll über den traditionellen philologischen⁵ Rahmen der Slawistik hinaus die Rolle der „neuen“, das kommunistische Monopol durchbrechenden, nationalen Deutungseliten aus Wissenschaft, Kultur und Religion beleuchten und ihren Beitrag zum Zerfall Jugoslawiens untersuchen. Dabei gilt es zu klären, wie über die Deutung historischer Ereignisse versucht wurde, neue Identitäten zu stiften und inwieweit sich daraus Auswirkungen auf das Geschichtsbewußtsein der Menschen ergaben.

Warum wurde Jugoslawien im Zerfallsprozess der achtziger Jahre nahezu ausschließlich aus serbischer bzw. kroatischer Perspektive gesehen? Eine diachrone Betrachtungsweise der beiden gemeinsamen Staaten, sowohl des königlichen als auch des „sozialistischen“, soll den notwendigen Kontext bieten, um den Wandel der Bedeutung Jugoslawiens für Serben und Kroaten, vom Traum Anfang des 20. Jahrhunderts zum Albtraum Ende des Jahrhunderts, nachvollziehen zu können.

Der erste Teil der Arbeit bietet einen ausführlichen geschichtlichen Überblick. Im ersten Kapitel wird der Frage nachgegangen, ob Jugoslawien auf Grund des über Jahrhunderte zwischen Serben und Kroaten gewachsenen „uralten Hass“ ex ante als „doomed creation“ zum Scheitern verurteilt war. Das zweite Kapitel behandelt das Verhältnis von Serben und Kroaten zueinander im ersten (königlichen) Jugoslawien, sowie den Zweiten Weltkrieg der auf jugoslawischen Boden auch die Dimension eines Bürgerkriegs hatte. Das dritte Kapitel widmet sich der kommunistischen Machtübernahme, der Gründung des Zweiten („sozialistischen“) Jugoslawiens und dessen Existenz bis zum Tode Titos.

Im zweiten Teil setzt das vierte Kapitel bei der kommunistischen Vergangenheitspolitik, den Zweiten Weltkrieg betreffend, im Vergleich zu kroatischer und serbischer Geschichtspolitik nach dem Tod Titos bis zum Staatszerfall, an. Dabei werden der wissenschaftliche wie öffentliche Diskurs und seine Hauptakteure analysiert.

⁴ Ljiljana Radonic: Krieg um die Erinnerung. Kroatische Vergangenheitspolitik zwischen Revisionismus und europäischen Standards. Wien: Campus 2010, S. 20.

⁵ Wobei die „gemeinsame“ Sprache der Serben und Kroaten eine zentrale identitätspolitische Rolle bei den zu untersuchenden Entwicklungen einnimmt, wie noch zu zeigen sein wird.

1. Kapitel

„Die ethnischen Spannungen waren nicht Ursache, sondern Folge des jugoslawischen Staatszerfalls“⁶

Als Hauptargument für den blutigen Zerfall Jugoslawiens wird häufig der „uralte Hass“, genannt. Viele Jahrhunderte hindurch soll sich dieser zwischen den südslawischen Völkern aufgebaut und zu einem der brutalsten Kriege Europas (1991-1995) geführt haben.⁷

Dieses erste Kapitel geht der Frage nach, ob die Theorie vom „uralten Hasses“ als Grund für den Zerfalls des jugoslawischen Staates zutreffend ist. Hierfür wird zunächst das Verhältnis der zahlenmäßig größten südslawischen Völker – der Serben und Kroaten – zueinander untersucht. Ferner gehe ich in diesem Kapitel auf die jeweiligen Idealvorstellungen eines gemeinsamen südslawischen Staates ein.

Die südslawischen Völker lebten, mit Unterbrechungen im Mittelalter, als die Vorherrschaft zwischen Kroatien (Tomislav I. 910-928), Serbien (Stefan Uroš IV. Dušan 1331-1355) und Bosnien (Tvrtko I. 1338-1391) nacheinander wechselte, unter fremder Herrschaft. Die Schlacht auf dem Amselfeld (*Kosovo polje*) 1389 läutete den Beginn der in manchen Gebieten vier Jahrhunderte dauernden osmanischen Herrschaft am Balkan ein. Das Vordringen der Osmanen konnte von den Habsburgern erst durch die Errichtung der so genannten „Militärgrenze“ (*Vojna krajina*) gestoppt werden (siehe Abbildung 1).



Abbildung 1

Im Laufe der so genannten Türkenkriege des 16. bis 18. Jahrhundert fanden große Bevölkerungsverschiebungen statt. Teile der kroatischen Bevölkerung flohen vor den Osmanen nach Österreich, Ungarn und Italien, während Serben nach Kroatien emigrierten

⁶ Holm Sundhaussen: Geschichte Serbiens. Wien, Köln [u.a.]: Böhlau 2007, S. 343.

⁷ Hauptvertreter dieser These ist Robert Kaplan. Vgl. dazu sein Buch: Die Geister des Balkan. Düsseldorf, Wien: Econ 1994.

und sich im Gebiet der Militärgrenze niederließen, weil sie in diesem militärischen Sondergebiet von den Habsburgern Privilegien erhielten.

Serbien gelang es vom Niedergang des Osmanischen Reiches zu profitieren und nach zwei Aufständen (1813, 1815) als erster südslawischer Staat ab 1830 de facto unabhängig zu sein. Der kleine serbische Staat trachtete danach zu expandieren und möglichst viele der vor den Osmanen an die Militärgrenze geflohenen Serben wieder in sein Staatsgebiet zu integrieren (1/3 der Serben lebte zu dieser Zeit außerhalb Serbiens).

Durch die vertragliche Anerkennung der Dynastie der Arpaden 1102 als kroatische Könige durch den kroatischen Adel entstand eine kroatisch-ungarische Union, die bis 1918 bestehen sollte. Kroatien erhielt zwar eine Sonderstellung im Königreich Ungarn, jedoch war es kein eigenständiger Staat mehr. Dennoch wurde stets betont, dass die seit dem Mittelalter bestehende Staatstradition Kroatiens durch die Union mit Ungarn nicht unterbrochen wurde.

Zu Beginn der Neuzeit wurde das Territorium zwischen der Habsburger Monarchie im Westen, dem Osmanischen Reich im Südosten und der Venezianischen Republik aufgeteilt. Der Berliner Kongress 1878 bestätigte die Unabhängigkeit Serbiens. Das gesamte Staatsgebiet des heutigen Kroatien war nun unter der Herrschaft der Habsburger vereinte.

Die territoriale Fragmentierung Kroatiens wurde dadurch jedoch nicht aufgehoben. Die ehemals geteilten Gebiete bildeten weiterhin weder politisch noch administrativ eine Einheit. Am Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zerfall der Donaumonarchie wurden von kroatischer Seite alle Bindung an Österreich-Ungarn gelöst und die Vereinigung von Nordkroatien, Dalmatien und Rijeka beschlossen.⁸

Begrifflichkeiten: Großkroatismus / Großserbismus, Pankroatismus / Panserbismus

„Großserbismus und Großkroatismus sind [...] zwei Typen des Nationalismus, die in hohem Grade erstens durch die ethnische, sprachliche und kulturelle Verwandtschaft zwischen Serben und Kroaten einerseits mit den übrigen südslawischen beziehungsweise jugoslawischen Nationen andererseits bedingt sind und zweitens durch die Verzahnung der Wohngebiete dieser Nationen verursacht werden.“⁹

Hegemonialer Nationalismus sowie Irredentismus sind die Hauptbestandteile des Großkroatismus bzw. Großserbismus. Ausgangspunkt für den Irredentismus ist das

⁸ Ivo Goldstein: Kroatien bis 1918. In: Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2. aktualisierte und erweiterte Aufl. Hrsg. von Dunja Melčić. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 63.

⁹ Wolf Dietrich Behschnitt: Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914. München: Oldenbourg 1980 (= Südosteuropäische Arbeiten. 74), S. 49-50.

Nationalitätsprinzip. Damit werden Ansprüche auf bestimmte, zu integrierenden Gebiete begründet. Von der Integration in den jeweils eigenen Herrschaftsbereich wären, und dies ist ein Charakteristikum des Großkroatismus / Großserbismus, Gebiete betroffen, in denen Serben und Kroaten mit hohen Bevölkerungsanteilen ebenso wie andere südslawische und nichtsüdslawische Völker vertreten sind. Aus serbischer Sicht wären dies Bosnien-Herzegowina „Altserbien“, Mazedonien, Nordalbanien, die Vojvodina und Montenegro. Aus kroatischer Sicht Bosnien-Herzegowina, die Militärgrenze und Međimurje.¹⁰

In jenen Fällen, in denen die Ansprüche nicht durch das Nationalitätsprinzip gerechtfertigt werden konnten, kam von machtpolitischen Interessen gesteuerter hegemonialer Nationalismus zur Anwendung. Merkmale des hegemonialen Großserbismus bzw. Großkroatismus sind: Berufung auf das historische Staatsrecht, wirtschaftliche Interessen, die als lebensnotwendig erachtet werden, und die Negierung der nationalen Eigenständigkeit anderer im einzuverleibenden Gebiet lebenden Völker oder überhaupt ihre Deklaration zu Konnationalen.¹¹ Konkret erkannten

„Die Vertreter des Großkroatismus bzw. Großserbismus [...] zwar prinzipiell den multinationalen Charakter des Jugoslawentums an, aber in Bezug auf die erstrebten multinationalen Gebiete waren ihre großkroatischen bzw. großserbischen Aspirationen in der Regel Ausdruck des exklusiven Serbismus bzw. des exklusiven Kroatismus, den sie in den Gebieten, in denen Serben und Kroaten während der [...] Zeitspannen (1830-1914) verschiedenartige eingeschränkte Machtbefugnisse oder die Souveränität besaßen, bereits praktizierten.“¹²

Im Gegensatz dazu stellen Vertreter des Panserbismus bzw. des Pankroatismus diese irredentistische Komponente in Abrede:

„Im Unterschied zum Großserbismus und Großkroatismus, wo mögliche hegemonialen Aspirationen im allgemeinen mit dem nie völlig ungerechtfertigten Irredentismus gekoppelt sind, wird die Schranke des Nationalen [dieser Ansicht nach gibt es überhaupt nur eine Nation - die eigene] vom Panserbismus und vom Pankroatismus in extremer Weise überschritten.“¹³

Es sei ein exklusives Recht der eigenen Nation, eine eigenständige Nationalpolitik und Nationalkultur „zu betreiben.“¹⁴ Es kommt zu einer radikalen

„[...] Destruktion des Nationalitätsprinzips, welches bevorzugt von Serben und Kroaten zur Legitimierung ihrer eigenen nationalen Interessen herangezogen wurde. Die Deklaration Angehöriger anderer südslawischer Nationen, inklusive der Albaner, zu Serben

¹⁰ Vgl. Behschnitt: Nationalismus, S. 50.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

¹³ Ebd, S. 51.

¹⁴ Vgl. ebd.

beziehungsweise Kroaten ist ein wesentliches Merkmal des Panserbismus beziehungsweise des Pankroatismus.“¹⁵

1.1. Der Jugoslawismus

Eine eindeutige Definition des Begriffs Jugoslawismus ist schwer zu treffen. Jugoslawismus wurde zu verschiedenen Zeiten, von verschiedenen politischen Parteien und Ideologen unterschiedlich interpretiert. Der Begriff „jugoslawisch“ war nicht klar definierbar und damit als Abgrenzungskriterium wertlos. Diese Begriffsunklarheit mag zum Scheitern der jugoslawischen Idee und in weiterer Folge des jugoslawischen Staates indirekt beigetragen haben.¹⁶ Eine allgemeine Definition gibt Wolf Dietrich Behschnitt:

„Jugoslawismus bedeutet [...] die Idee einer besonderen Wechselseitigkeit, einer Beziehung besonderer Art zwischen den südslawischen beziehungsweise jugoslawischen Nationen, nach der diese Nationen insgesamt gegenüber allen anderen Nationen eine größere nationale Gemeinschaft darstellen [...]. In der Praxis jedoch erfasste [sic] der Jugoslawismus in den meisten Fällen nur Serben, Kroaten, Slowenen und Makedonier, die auch die Hauptnationen des 1918 gegründeten „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ darstellten.“¹⁷

Der Kern der jugoslawischen Idee waren die Gemeinsamkeiten, die auf der engen linguistisch, historisch und kulturellen Verwandtschaft der Südslawen (Slowenen, Kroaten, Serben, Bulgaren) basierte. Die „gemeinsame Herkunft“ und die Sprachverwandtschaft wurden als Basis der angestrebten gemeinsamen jugoslawischen Nation gesehen, woraus ein „natürliches Recht“ auf Unabhängigkeit von der Fremdherrschaft und Eigenstaatlichkeit abgeleitet wurde.¹⁸ Damit war bereits ein Jahrhundert vor der Verwirklichung des jugoslawischen Staates die Idee des Jugoslawismus angelegt, wie der amerikanische Südosteuropa Experte Dennison Rusinow zeigt:

„[...] this core idea would appear in a variety of forms, guises, and combinations with other state- and nation-building ideas in various times and places. In the end its most important contribution to the eventual creation of a multi-national Yugoslav state was primarily and ironically the result of its appropriation and adaptation into originally and philosophically competitive national ideas and nationalist programs that happened to be more in tune with the times and with pre-existing „popular proto-national“¹⁹ Croat, Serb, and Slovene communal identities.“²⁰

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. Dejan Djokić: Introduction. In: Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918-1992. Hrsg. von Dejan Djokić. London: C. Hurst&Co. 2003, S. 4.

¹⁷ Behschnitt: Nationalismus, S. 51.

¹⁸ Vgl. Dennison Rusinow: The Yugoslav Idea before Yugoslavia. In: Djokić: Yugoslavism, S. 12-13.

¹⁹ Vgl. Eric Hobsbawm: Nations and Nationalism Since 1780. Cambridge: Cambridge University Press 1990, Kap. 2: „Popular Proto-nationalism“.

²⁰ Rusinow: The Yugoslav Idea. In: Djokić: Yugoslavism, S. 12.

Juraj Križanić (1618-1683) gab als Vorreiter des Panslawismus die Linie vor. Die „Illyristen“, benannt nach ihren vermeintlich illyrischen Vorvätern, vertraten im 19. Jahrhundert die Ideen des Jugoslawismus. Der kroatische Philologe Ljudevit Gaj (1809-1872) argumentierte schließlich, dass die Südslawen verschiedene Varianten der praktisch ein und derselben Sprache sprächen, weil sie von gemeinsamen Ahnen, den Illyrern, abstammten und daher tatsächlich oder potentiell ein Volk seien.²¹ Gaj schuf 1830 auf Basis des kajkavischen-Dialekts die „Kurze Grundlage der kroatisch-slawischen Rechtschreibung“²². Ziel seiner Bemühungen war eine einheitliche Sprache für all jene Südslawen zu schaffen, welche die lateinische Schrift verwendeten, um mit deren „Affirmation als offizielle Schriftsprache ein Bollwerk gegen die Magyarisierung“²³ zu errichten. Der serbische Sprachreformer Vuk Stefanović Karadžić, (1787-1864), der durch sein großes Engagement entscheidend zur Verschriftlichung der serbischen Sprache beitrug, hatte bereits 1814 eine Grammatik herausgegeben. Er bezeichnete diese Sprache, die auf dem štokavischen-Dialekt basierte, der sowohl von Kroaten als auch von Serben gesprochen wird, als „Serbisch“.

Die verschiedenen Varianten des Jugoslawismus können, nach dem Verhältnis der einzelnen Ethnien zueinander, differenziert werden. Der „integrale“ oder „unitarische“ Jugoslawismus sieht keinen Unterschied zwischen den jugoslawischen „Stämmen“ (damals Serben, Kroaten, Slowenen), oder versucht Unterschiede, die möglicherweise bestehen, zu minimieren.²⁴

Mit der Wahl des štokavischen Dialekts als Standard für eine gemeinsame Sprache haben Gaj und Karadžić auch die Argumentationsgrundlage für „integrale“ Nationalisten und ihre Aspirationen geschaffen. Karadžić tat dies, im Gegensatz zu Gaj, in vollem Bewusstsein. Gemäß der Ansichten des 19. Jahrhundert war die Sprache das primäre distinktive Merkmal einer Nation. Die Mehrheit der Südslawen sprach aber den štokavischen Dialekt. In Kroatien wurde neben dem štokavischen auch der kajkavische und čakavische Dialekt gesprochen. Wenn nun die gemeinsame Sprache „Serbisch“ ist, können alle štokavisch sprechenden Kroaten als Serben angesehen werden.

Der „kulturelle“ Jugoslawismus mit den Vertretern Bischof von Đakovo Josip Juraj Strossmayer (1815-1905) und Kanonikus Franjo Rački (1828-1894) sah die gemeinsame Abstammung der Südslawen als erwiesen an. Demgemäß wurden weitere Bemühungen zur

²¹ Ebd.

²² Wolfgang Kessler: Politik, Kultur und Gesellschaft in Kroatien und Slawonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Historiographie und Grundlagen. München: Oldenbourg 1981 (= Südosteuropäische Arbeiten 77), S. 170.

²³ Dunja Melčić: Der Jugoslawismus und sein Ende. In: Der Jugoslawien-Krieg, S. 211.

²⁴ Vgl. Djokić: Introduction. In: Ders.: Yugoslavism, S. 5.

Vereinheitlichung im sprachlich-kulturellen Bereich, vor allem in Hinblick auf die Slowenen, die die gemeinsame Schriftsprache der Kroaten und Serben nicht teilten, unternommen, um die Einheit der Südslawen herbeizuführen. Primäres Ziel des kulturellen Jugoslawismus war die Eintracht („*sloga*“) der Südslawen, wobei der Schwerpunkt dennoch bei jenen Völkern lag, denen die jeweiligen Vertreter angehörten. Dabei sind auch hegemoniale Tendenzen zu erkennen, wie etwa in der Forderung an die Slowenen aus Gründen der Vereinheitlichung „die serbokroatische Schriftsprache“ zu übernehmen. Die Verwirklichung eines gemeinsamen Nationalstaates wurde lediglich angedacht, aber nicht forciert, aus Rücksicht auf die unterschiedlichen Standpunkte von Serben und Kroaten.²⁵

Der „Pseudo-Jugoslawismus“ erhebt nur aus taktischen Erwägungen die Forderung nach der Einheit aller Südslawen in einem Staat. In Wahrheit steckt dahinter das Vormachtstreben einer jugoslawischen Nation gegenüber den anderen, die auch im Panserbismus beziehungsweise Pankroatismus zum Ausdruck kommt.²⁶

1.2. Die Fortschrittliche Jugend

Die Unzufriedenheit der studentischen Jugend mit den etablierten Parteien in Kroatien war Ende des 19. Jahrhunderts die treibende Kraft hinter der Entstehung der „Fortschrittlichen Jugend“ („*Napredna omladina*“), welche vorwiegend aus Studenten bestand. Die bis dahin betriebene Politik, die rein auf dem kroatischen Staatsrecht basierte, wurde verurteilt. Zentrales Anliegen der Bewegung war es, ihre grundlegende Ideologie, den unitarischen Jugoslawismus, dahingehend weiter zu entwickeln, dass die südslawischen Völker, besonders Serben und Kroaten nicht nur in Eintracht leben, sondern eine politische Einheit bilden.

Diese, vor allem von der Jugend in Kroatien getragene Bewegung, war eine Weiterentwicklung des Jugoslawismus. In der Zeitschrift *Narodna misao* („Die nationale Idee“), die 1897 zu erscheinen begann, wurde nicht nur die Eintracht („*sloga*“), sondern vor allem die Einheit („*jedinstvo*“) von Serben und Kroaten als neues Ideal propagiert. Weder Serben noch Kroaten sollten die Existenz der jeweils anderen Nation weiter negieren. Daraus sollte sich eine Einheit entwickeln, die die beiden Teile der „einen Nation“ vor dem „deutschen Drang nach Osten“ schützen sollte. Der ethnisch-unitarische, kulturelle

²⁵ Vgl. Behschnitt: Nationalismus, S. 51-52.

²⁶ Ebd., S. 53.

Jugoslawismus wurde hierdurch erweitert.²⁷ Das kroatische historische Staatsrecht wurde als partikularistisch kritisiert, da es „nicht im Einklang mit dem natürlichen Recht der Serben und Kroaten stehe und somit nicht die gesamte Nation“²⁸ erfasse. Dennoch, der gesamtjugoslawische Nationalismus, wie von „Napredna omladina“ propagiert, erreichte nie die Stärke des Kroatismus oder Serbismus. Rusinow erklärt die unterschiedliche Resonanz:

„'Exclusivist' or 'integral nationalist' versions of Croat and Serb nationalist ideologies and programs thus tended to be more attractive to more politically and nationally conscious Croats and Serbians (but not necessarily Serbs in Croatia and Bosnia) than the core Yugoslav idea per se.“²⁹

Auch gelang es dieser weiterentwickelten Form des Jugoslawismus nicht, ein gemeinsames Nationalbewusstsein von Serben und Kroaten zu kreieren. Die Fortschrittliche Jugend war zwar bemüht, in einem ersten Schritt die Bewusstmachung der nationalen Einheit zu forcieren und danach eine Vereinigung von Serben und Kroaten im politischen Sinn herbeizuführen. Doch der propagierte identische Gebrauch der Bezeichnung „Serbe“ und „Kroate“ zeigte bereits die Schwäche dieser Ideologie. Es fehlten Kriterien, nach welchen Menschen oder Kultur als serbisch oder kroatisch definiert werden sollten. Somit wurde weiterhin zwischen Serben und Kroaten unterschieden.³⁰

1.3. Der serbische Nationalismus

Zunächst ist zu konstatieren, dass Serben – damals wie heute – nicht nur innerhalb der Grenzen des modernen serbischen Staates leb(t)en. Auch im zweiten jugoslawischen Staat lebte ein Drittel der serbischen Gesamtbevölkerung auf alle Teilrepubliken und Provinzen des Staates verteilt. Bei jenen Serben, die innerhalb Serbiens lebten, vollzogen sich der Prozess des „nationalen Erwachens“ und der Bildung eines modernen Staates im 19. Jahrhundert parallel zueinander. Die „Erinnerung“ an das mittelalterliche serbische Reich (und später dessen heroische Verteidigung am Amselfeld (*Kosovo polje*)) wurde durch Volkslieder und Gedichte sowie mit Hilfe der serbisch-orthodoxen Kirche über Generationen tradiert. Das dadurch entwickelte serbische Nationalbewusstsein war eine weitere Stütze des jungen Staates.³¹ Rusinow sieht die Situation der Serben pragmatisch:

²⁷ Vgl. ebd., S. 201-203.

²⁸ Ebd., S. 203.

²⁹ Rusinow: The Yugoslav Idea. In: Djokić: Yugoslavism, S. 18.

³⁰ Vgl. Behschnitt: Nationalismus, S. 203-204.

³¹ Vgl. Rusinow: The Yugoslav Idea. In: Djokić: Yugoslavism, S. 17.

„Enjoying the protection of a state of their own, which was a mono-ethnic Serb nation-state until the addition of Kosovo and large parts of Macedonia and the Sandžak in 1912-13, the Serbians had no reason to fear for their survival as a people, a culture, and a nation – [...] unlike the Croats, Slovenes, and Serb communities outside Serbia. On the other hand they had no experience of competitive co-existence in a multi-cultural environment. By seeking from the outset to include other Serbs (and putative Serbs) who remained outside their initially diminutive state, they were irredentists before the term was invented for and identical Italian national program (which Serbian political élites later saw as a model and legitimation for their own aspiration to unite all Serbs in a single state).“³²

Der serbische Nationalismus kann somit als selbstbewusst und über die Grenzen des kleinen serbischen Staates hinaus als expansiv charakterisiert werden. Der Jugoslawismus war in jener Zeit für Serbien irrelevant. Diese von Strossmayer und Rački (beide katholisch) vertretene „Ideologie der nationalen Einheit“ wurde sogar als potentielle Gefahr einer katholischen Missionierung gesehen. Dennoch gab es in der Zeit um 1860 eine kurze Phase der Kooperation zwischen den serbischen Nationalisten und Vertretern des Jugoslawismus. Der serbische Fürst Mihailo Obrenović (1823-1868) wollte sich sowohl von den Osmanen als auch von den Habsburgern unabhängig machen und suchte daher über seinen Außenminister Ilija Garšanin (1813-1874) die Zusammenarbeit mit Strossmayer. Nach dem Scheitern des Planes und der Ermordung Obrenovićs zerfiel die Allianz bereits nach zwei Jahren.³³ Garšanin als politischer Pragmatiker rechnete schon bald mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Um nicht zwischen den Großmächten Österreich und Russland zerrieben zu werden, entwickelte er einen Plan um „das Überleben des serbischen Staates“ zu sichern.³⁴

Mit seinem Plan für die zukünftige serbische Außenpolitik, der später als „Entwurf“ (*Načertanije*) publiziert wurde, galt Ilija Grašanin als Exponent der panserbischen Ideologie. Die Grenzen Serbiens sollten demnach soweit ausgedehnt werden, dass alle Serben in einem Staat leben könnten. Ähnlich wie Vuk Stefanović Karadžić, der im Vorwort seiner Grammatik 1814 die auf dem štokavischen Dialekt basierende gemeinsame Sprache als „serbisch“ titulierte³⁵, definierte er hierbei die serbische Identität bzw. Zugehörigkeit zu Serbien linguistisch. Serbien sollte in seiner ehemaligen Größe, wie zur Zeit des mittelalterlichen Reiches unter Zar Dušans wieder errichtet werden. Ein solcher Staat würde dementsprechend unter serbischer Herrschaft stehen. Im Gegensatz zu anderen Vertretern des hegemonialen Nationalismus, die ein Großserbien primär als gemeinsamen südslawischen

³² Ebd.

³³ Vgl. Ebd.

³⁴ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S.116.

³⁵ Ebd., S. 91.

Staat begriffen, betonte Grašanin stets die entscheidende Rolle des serbischen Staat für das Volk der Serben.³⁶

1.4. Der kroatische Nationalismus

Die Kroaten waren, wie auch die Slowenen und Serben außerhalb Serbiens, zur Zeit der Unabhängigkeit Serbiens Teil der Donaumonarchie und somit unter „fremder Herrschaft“. Sowohl der kroatische Nationalismus als auch der Jugoslawismus rekrutierten ihre Anhänger zunächst aus der kleinen intellektuellen Schicht. Durch den flächendeckenden Ausbau von Schulen Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitete sich das ethnische Bewusstsein, Kroat, Serbe oder Slowene zu sein bis in die untersten sozialen Schichten.³⁷ Rusinow beschreibt diesen Prozess so:

„All of these were therefore already possessed or were acquiring an ethno-religious or ethno-linguistic identity and „proto-national“ consciousness that distinguished „we“ from „they“. Such people were or became (especially if they also became literate) readier recruits to a corresponding national consciousness and to movements or parties with national(ist) programs than to a broader and more abstract Yugoslav consciousness and program.“³⁸

Von dieser Entwicklung profitierte vor allem der kroatische Politiker Ante Starčević (1823-1896). Die von ihm und seinem Mitstreiter Eugen Kvaternik (1825-1871) 1861 gegründete kroatische Staatsrechtsbewegung (*Hrvatska stranka prava*, HSP) erhielt auf diese Weise im Laufe der 1860er-Jahre großen Zuspruch. Starčević war der Ansicht, dass Kroaten einen Anspruch auf einen eigenständigen Staat, wenn auch innerhalb der Donaumonarchie in Form einer Personalunion, hätten. Er verwies bezüglich der Legitimität seiner Aussagen auf das mittelalterliche, kroatische Königreich Tomislavs und Zvonimirs. Darüber hinaus war er überzeugt, dass auch Serben in Wahrheit Kroaten seien, beziehungsweise eine serbische politische Nation nicht existiere. Starčevićs pankroatistische, antiserbische – wenn auch nicht rassistische – Einstellung brachte er durch die Herabwürdigung der Bezeichnung „Serbe“, die er vom Wort „Sklave“ oder „Krätze“ pseudowissenschaftlich ableitete, zum Ausdruck.³⁹

³⁶ Vgl. Ivo Banac: The national question in Yugoslavia. Ithaca, New York: Cornell Univ. Press 1984, S. 82-3.

³⁷ Vgl. Rusinow: The Yugoslav Idea. In: Djokić: Yugoslavism, S. 14.

³⁸ Ebd.

³⁹ Vgl. Alojz Ivanišević: Nationale Minderheiten in Kroatien. In: Brennpunkt Osteuropa. Minderheiten im Kreuzfeuer des Nationalismus. Wien, München: Oldenbourg 1996 (= Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts. Bd. XXIV. Hrsg. von Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil.), S. 131.

2. Kapitel

Im Folgenden wird erläutert, dass der „Hass“ zwischen den slawischen Völkern erst durch den Bürgerkrieg im Zweiten Weltkrieg sowie durch die Erfahrungen aus dem Ersten Jugoslawien entstanden ist. Wie bereits geschildert, gab es davor zwischen Kroatien und Serbien, aufgrund der Einbindung in verschiedene Herrschaftsblöcke, hinsichtlich der Entwicklung einer gemeinsamen kollektiven Erinnerung, positiver oder negativer Natur, kaum Anknüpfungspunkte.

In den 1980er-Jahren forcierten jedoch Nationalisten beider Seiten die mit der Erosion der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) einhergehenden Zerfallsentwicklung des Staates. Der Ethno-Nationalismus bezog seine Kraft aus den Erfahrungen der bisherigen gemeinsamen Vergangenheit. Er wurde verwendet, um ultimativ klar zu machen, dass man nur alleine im Stande wäre, Freiheit und Demokratie zu realisieren. Von den Nationalisten wurde als Alternative die unweigerliche Wiederholung der Schrecken der gemeinsamen Vergangenheit in Aussicht gestellt. Es wurde vielfach behauptet, dass Jugoslawien als Staat ein 70 Jahre alter Fehler war, der nun endlich korrigiert werden sollte, weil zusammengefasst wurde, was ohnehin nicht zusammengehörte.⁴⁰ In diesem Kapitel soll untersucht werden, was diese Argumentation derartig überzeugend machte.

2.1. Der erste jugoslawische Staat

Ernest Renan definiert eine Nation wie folgt:

„Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus, aber trotzdem faßt sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen.“⁴¹

2.1.1. Die Gründung des SHS-Staates

Durch den Ersten Weltkrieg werden die Ambitionen, einen gemeinsamen südslawischen Staat zu gründen, erstmals konkret. Die serbische Regierung nannte bereits Ende 1914 die „Befreiung“ aller Serben, Kroaten und Slowenen als Kriegsziel. 1915 wurde der Vertrag von

⁴⁰ Vgl. Dennison Rusinow: To be or not to be? Yugoslavia as Hamlet. Universities Field Staff Reports, 1990-91/ No. 18, S. 3.

⁴¹ Ernest Renan: Qu'est ce qu'une nation?, S. 88, zitiert nach Schulze, Francois; Hagen, Etienne: Das emotionale Fundament der Nationen. In: Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Hrsg. von Monika Flacke. München, Berlin: Koehler&Amelang 1998, S. 17.

London errichtet, der wesentliche territoriale Konsequenzen für Kroatien und Slowenien vorsah. Denn es wurde Italien nach dem Kriegseintritt auf Seiten der Entente Triest, Görz, Istrien, Mitteldalmatien sowie Zadar und Split versprochen. Die Einheit der südslawischen Völker wurde in der Deklaration von Korfu 1917 bekräftigt.⁴² Serben, Kroaten und Slowenen seien ein „dreinamiges Volk, dasselbe nach Blut, gesprochener und Schriftsprache, nach dem Gefühl der Einheit, nach Kontinuität und Ganzheit des Territoriums, auf dem es untrennbar lebt.“⁴³

Im Jahr 1918 wurde der „Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben“ in Zagreb gebildet. Dieser Nationalrat proklamierte am 29. Oktober 1918 den SHS-Staat (*Država Slovenaca, Hrvata i Srba*) und somit die Loslösung von Österreich-Ungarn.⁴⁴ In Genf wurden im November Verhandlungen über einen gemeinsamen Staat zwischen der serbischen Regierung und den Vertretern des Nationalrates aufgenommen. Die nach diesen Verhandlungen verabschiedete (Genfer) Deklaration sah ein Weiterbestehen des Nationalrates in Zagreb sowie dessen Gleichberechtigung mit der Regierung in Belgrad vor.⁴⁵ Im Gegensatz zur Deklaration von Korfu wurde kein Quorum, keine absolute oder Zwei- Drittel-Mehrheit, für die Annahme einer auszuarbeitenden Verfassung festgelegt. Ludwig Steindorff erinnert „die strenge Symmetrie des einstweiligen Staatsaufbaus an den österreichisch-ungarischen Ausgleich; ein großer Unterschied bestand jedoch darin, dass es kein gemeinsames Staatsoberhaupt geben sollte.“⁴⁶

Zur Umsetzung dieses Abkommen kam es jedoch nie. Nach der Rückeroberung des serbischen Staatsgebietes sah sich die Belgrader Elite auf der „Siegerseite“ und keine Notwendigkeit mehr Zugeständnisse in Form von Gleichrangigkeit mit dem auf der „Verliererseite“ stehenden Nationalratsstaates zu machen. Durch das Vorrücken der Italiener nach dem Zusammenbrechen der Fronten war es dem Nationalrat Anfang November nicht mehr möglich, die öffentliche Ordnung im Land aufrechtzuerhalten. Es wurde beschlossen, sich mit Serbien zu vereinigen und um die Entsendung serbischer Truppen zu bitten.⁴⁷

⁴²Vgl. Ludwig Steindorff: Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München, Regensburg: Friedrich Pustet 2007, S. 152-153.

⁴³ Vgl. ebd., S. 153.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 154.

⁴⁵ Vgl. Ivo Banac: The national question in Yugoslavia. Origins, History, Politics. 2. Aufl., Ithaca, London Cornell University Press 1992, S. 133-134.

⁴⁶ Steindorff, Kroatien, S. 155.

⁴⁷Vgl. Wolfgang Kessler: Jugoslawien - Der Erste Versuch. In: Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Jürgen Elvert. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 1997. (= HMRG, Beiheft 16), S. 110.

Diesem Beschluss stellte sich Stjepan Radić (1871-1928), Führer der kroatischen Bauernpartei vehement entgegen. Er prangerte die mangelnde Legitimität des Nationalrats zur Fällung einer so weitreichenden Entscheidung an. Denn er befürchtete einen neuen Zentralismus unter dem serbischen Königshaus. Er mahnte die eigene historische Tradition nicht gering zu schätzen und in naive Begeisterung für die Vereinigung zu verfallen. Die Idee des gemeinsamen Staatsrahmens für Kroaten, Serben und Slowenen stellte er jedoch nicht in Frage.⁴⁸ Radić versuchte die Abgeordneten im Zentralausschuss des Zagreber Nationalrats von den Gefahren dieser Entscheidung zu überzeugen:

„Gentlemen, your mouths are full of words like „narodno jedinstvo, one unitary state, one kingdom under the Karadjordjević dynasty.“ And you think that it is enough to say that we Croats, Serbs, and Slovenes are one people because we speak one language and that on account of this we must also have a unitary centralist state, moreover a kingdom, and that only such a linguistic and state unity can make us happy. [...] Gentlemen, you evidently do not care a whit that our peasants in general, and especially our Croat peasant, does not wish to hear one more thing about kings or emperors, nor about a state which you are imposing on him by force. [...] You think that you can frighten the people [with the Italian menace] and that in this way you will win the people to your politics. Maybe you will win the Slovenes, I do not know. Maybe you will also win the Serbs. But I am certain that you will never win the Croats [...] because the whole Croat peasant people are equally against your centralism as against militarism, equally for a republic as for a popular agreement with the Serbs. And should you want to impose your centralism by force, this will happen. We Croats shall say openly and clearly: If the Serbs really want to have such a centralist state and government, may God bless them with it, but we Croats do not want any state organization except a confederated federal republic.“⁴⁹

Die Deputation, die zum Zwecke der Verhandlungen über die Vereinigung nach Belgrad entsandt wurde, erhielt detaillierte Anweisungen, wie der zukünftige gemeinsame Staat aus kroatischer Sicht zu organisieren sei. Bei diesen Direktiven handelte es sich um einen Kompromiss zwischen Zentralismus und Föderalismus, der stark von der Korfu-Deklaration beeinflusst war. Zentrale Punkte die Staatsorganisation betreffend, wie die Staatsform als Republik oder Monarchie sowie die Verfassung, sollten ausgeklammert bleiben und erst durch die Konstituante entschieden werden. Diese Entscheidung sollte, wie bereits in der Deklaration von Korfu erwähnt, mit qualifizierter Mehrheit erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte dem serbischen Königshaus vorläufig die Herrschaftsgewalt übertragen werden. Das gemeinsam aus Kroaten, Serben, Slowenen und Montenegrinern gebildete Kabinett sollte sich nur um die gemeinsamen Angelegenheiten des Staates kümmern und damit bereits bestehenden nationalen politischen Institutionen keine Kompetenzen entziehen.⁵⁰

⁴⁸ Vgl. Steindorff: Kroatien, S. 155-156.

⁴⁹ Banac, National question, S. 226.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 136-137.

In der Adresse der Deputation an den serbischen Prinzregenten Aleksandar am 1. Dezember 1918 war jedoch, neben sehr allgemein gehaltenen Anregungen und Wünschen, in erster Linie von der benötigten Hilfe gegen die eindringenden italienischen Truppen die Rede sowie von der Abwehr, der von Italien aus dem Londoner Vertrag geltend gemachten Gebietsansprüche. Aleksandar verkündet darauf die „Vereinigung Serbiens mit den Ländern des Unabhängigen Staates der Slowenen, Kroaten und Serben“ und fügte hinzu „Es lebe das ganze serbisch-kroatisch-slowenische Volk!“.⁵¹ Tatsächlich waren die Mitglieder der Deputation im Vorfeld von der serbischen Seite überzeugt worden, dass die Adresse eine reine „Loyalitätsbekundung“ an den Regenten sein sollte und man nicht auf die Umsetzung von Details beharren sollte, die ohnehin erst später geklärt werden würden. Aus serbischer Perspektive war das Endergebnis die Anerkennung der unitarischen Staatsform und des gemeinsamen Staatsoberhauptes. Es war somit klar, dass die Hände des Regenten ungebunden waren.⁵²

Dejan Djokić beschreibt die Gründung des ersten jugoslawischen Staates, trotz der wie bereits dargestellt, langen Tradition der jugoslawischen Idee als eher plötzlich:

„Yugoslav unification had come somewhat unexpectedly to everyone, at the end it was the only option acceptable to all and there was no real alternative: neither a “Greater Serbia” nor a mini, Croat-dominated “Habsburg Yugoslavia” was really possible.“⁵³

Der kroatische Schriftsteller Miroslav Krleža formulierte überspitzt die kroatische Perspektive: Man sei „betrunken wie ein leeres Bierglas in den Schmutz unter den Thron des Hauses Karađorđević getorkelt“.⁵⁴

Der Staatsname war Ausdruck der Ideologie des *narodno jedinstvo*, deren Grundannahme es war, dass Kroaten, Serben und Slowenen ein einziges, dreinamiges Volk seien. Wolfgang Kessler weist auf die Bedeutung dieser Ideologie im Zusammenhang mit dem Nationsbegriff hin:

„Auch wenn die Einheit der 'dreinamigen' Nation weder empirisch noch historisch oder philologisch zu begründen war, ermöglichte sie doch die Anwendung des damals neuen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf diese 'Nation'. Nach innen wurde diese 'synthetische Nation' politisch durch großserbische wie großkroatische Proklamationen neutralisiert. Die künstliche „dreinamige Nation“ war – wie die tschechoslowakische – ein politisches Konstrukt, das kurzfristig Völkerrechtssubjekt mit Anspruch auf das

⁵¹ Steindorff: Kroatien, S. 156.

⁵² Vgl. Banac: National question, S. 137-138.

⁵³ Djokić: Introduction. In: Ders., S. 5.

⁵⁴ Miroslav Krleža: Deset krvavih godina [10 blutige Jahre], Zagreb: Biblioteka Nezavisnih Pisaca 1937; zitiert nach Janko Prunk, Slovenski narodni vzpon [Der slowenische nationale Aufstieg], Ljubljana: Državna založba Slovenije 1992, S. 217.

Selbstbestimmungsrecht der Völker, langfristig die national-staatliche Integration befördern sollte: Die antizipierte Nation mußte erst noch geschaffen werden.“⁵⁵

Ivo Banac beschreibt die Verbindung mit der nationalen Frage:

„The doctrine of narodno jedinstvo was therefore confirmed in the institution of the monarchy, because only those who distinguished between the Serbs and Croats could find fault in the reign of a Serbian dynasty over Croatia. Moreover, the monarchical system also assured Serbian supremacy. It was the visible symbol of Serbia's state continuity.“⁵⁶

Die Erwartungen aus kroatischer bzw. serbischer Sicht an den gemeinsamen Staat waren folglich grundverschieden. Während sich die Befürworter der Vereinigung unter den Kroaten und Slowenen einen föderativen Staat sowie mehr wirtschaftliche, kulturelle und politische Eigenständigkeit als unter den Habsburgern erwarteten und deshalb die serbische Monarchie akzeptierten, dachten die zentralistisch orientierten Serben an die Schaffung einer einheitlichen jugoslawischen Nation unter dem serbischen Königshaus.⁵⁷

Der junge Staat stand vor großen Herausforderungen, wie Rechtsangleichung, Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts- und Verkehrsraums und die Überwindung der regionalen Ungleichgewichtigkeit, in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Es wurde versucht, durch Zentralisierung alle diese Probleme zu lösen und den Staat dadurch auch insgesamt zu modernisieren. Über den Grad der Zentralisierung herrschte jedoch auf serbischer Seite Uneinigkeit, wie Ivo Banac zeigt:

„The policy of centralization was the logical consequence of the political advantage taken in the new state by the Serbian national and unitary Yugoslavist ideologies, which, though not complementary, promoted similar policies. Whereas the men of the Radical party wished to turn Yugoslavia into an extension of the old Serbian state, abolishing all non-Serb national identities, their Democratic opponents sought to impose an integral Yugoslav identity under essentially Serbian symbols.“⁵⁸

Die erstgenannte Fraktion, repräsentiert durch die Krone und besonders die Radikale Partei Serbiens (*Narodna radikalna stranka*, NRS) unter der Führung von Nikola Pašić (1845-1926), strebte danach, die Zuständigkeit der serbischen politischen Institutionen auf die „neuen Territorien“ auszudehnen.⁵⁹ Um den Widerstand gegen die Zentralisierung in diesen Gebieten möglichst rasch zu brechen, wurde der Geltungsbereich des serbischen Militärrechts auf das ganze Staatsgebiet erweitert und auf die Durchsetzungskraft von Armee und

⁵⁵ Kessler: Versuch, S. 103.

⁵⁶ Banac: National question, S. 145.

⁵⁷ Srećko M. Džaja: Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991). Mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas. München: Oldenbourg 2002 (= Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas. 37), S. 271.

⁵⁸ Banac: National question, S. 225.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 142.

Gendarmerie vertraut.⁶⁰ Diese Erweiterung hatte weitreichende Konsequenzen für die Bevölkerung, denn die Armee verfolgte jede, ihrer Meinung nach anti-monarchische, partikularistische oder republikanische Bewegung. Körperliche Bestrafungen und Folter, die bereits seit 1860 durch Beschluss des kroatischen Sabor verboten worden waren, fanden durch das serbische Militärrecht in Kroatien wieder Anwendung. Wie Banac betont, machte die Armee nicht selten davon Gebrauch „in northern Croatia, Bosnia and to less extend Dalmatia, military assaults and beatings became a daily staple.“⁶¹

Die erstmalige Verwirklichung der jugoslawischen Idee wurde somit für alle Nicht-Serben unter den Südslawen zu einer Enttäuschung auf der ganzen Linie. Bereits in den ersten Jahren erfuhren Bewohner jener Landesteile die ursprünglich zu Österreich-Ungarn gehörten (sog. *prečani*) und jenseits von Donau und Drina lebten, systematisch Benachteiligung auch jenseits physischer Gewalt. „Denn Steuerrecht, Wirtschaftspolitik und Machtverteilung im Staatsapparat begünstigten offensichtlich die Gebiete des ehemaligen Königreiches Serbien“⁶², so Steindorff.

Beispielsweise wurden etwa ehemalige k. u. k. Offiziere nur auf Antrag und nicht wie serbische automatisch in die „gemeinsame Armee“ aufgenommen. Sie wurden bei der Besoldung und Beförderungen benachteiligt und hatten ihre Dienstorte oft fern der Heimat. Ein ähnliches Bild zeigte die ebenfalls serbisch dominierte Gendarmerie.⁶³ Der österreichisch-ungarische Verwaltungsapparat wurde zerstört und durch einen serbischen ersetzt. Die Bestellung von meist unqualifizierten serbischen Beamten förderte Amtsmissbrauch und Korruption. Bei der Währungsumstellung wurde die Krone stark abgewertet, um den Dinar zu stabilisieren. Der Wertverlust von 20 % wurde mit Deflationsmaßnahmen gerechtfertigt, in Wahrheit handelte es sich um eine Budgetsanierung, der endgültige Wechselkurs lag schließlich bei 4 Kronen für einen Dinar. Auch bei der Besteuerung wurden die ehemaligen Habsburgergebiete diskriminiert. So musste zunächst nur in Kroatien Einkommenssteuer bezahlt werden, die Grundsteuer in Slowenien und der Vojvodina war doppelt so hoch im Vergleich zu Serbien.⁶⁴ Die Zentralisierung erfasste auch die Sprache, was von serbischer Seite unterschiedlich argumentiert wurde, wie Banac zeigt:

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 153.

⁶¹ Ebd., S. 147 -148.

⁶² Steindorff: Kroatien, S. 164.

⁶³ Vgl. Banac: National question, S. 150-152.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 219-224.

„[...] Belgrade's political centralism had a parallel linguistic direction, which amounted to the infiltration of Serbian terms and forms throughout Yugoslavia by means of the military, civil administration, and schools. But where the Yugoslavist unitarists of the DS [Demokratska stranka] were hard pressed to explain what sacrifices the Serbs had made at the altar of linguistic unity, Serbian nationalists of the NRS never even bothered to consider any linguistic concessions on the Serbs' part.“⁶⁵

Selbst gemäßigte Mitglieder der Radikalen, wie etwa Momčilo Ivanić, der sogar den kroatischen Positionen zur Autonomie ziemlich aufgeschlossen gegenüberstand, konnte dem kroatischen Widerstand, die Sprache betreffend, überhaupt nichts abgewinnen. Er sah es als erwiesen an, dass die Kroaten unter Gaj die serbische Sprache als Literatursprache angenommen hatten. Durch die sprachliche Vereinheitlichung sollte eine Serbisierung erfolgen, legitimiert durch *narodno jedinstvo*. Für die Radikalen war auch die lat. Schrift eine fremde „nicht slawische“ Schrift.⁶⁶

2.1.2. Die Vidovdan-Verfassung 1921

Es herrschte Verunsicherung, die so weit ging, dass kroatische Bauern die Kennzeichnung von Herdenvieh durch Brandzeichen (was in Serbien bereits praktiziert wurde, in Kroatien jedoch neu war) für Zwangsenteignung hielten und dagegen protestierten.

Die umfassende Politisierung der Bauernschaft schuf durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine breite Basis für die kroatische Bauernpartei. Stjepan Radić errang trotz zeitweiliger Inhaftierung und Behinderung seiner Partei durch die Behörden ein gutes Ergebnis bei den Wahlen zur Konstituante. Als Wahlsieger gingen die „Demokratische Partei“ (DS) sowie die „Radikale Partei“ (NRS), die mehrheitlich von Serben im ganzen Land gewählt wurden, hervor. Die Konstituante nahm den Regierungsentwurf an, der vorsah, eine Verfassung nur mit absoluter Mehrheit zu beschließen, statt wie in der Deklaration von Korfu und in den Instruktionen der Deputation vorgesehen, zwei Drittel Mehrheit. Dieses Verfahren sicherte die Durchsetzung des zentralistischen Staatsmodells. Die Abgeordneten der Bauernpartei verweigerten die Vereidigung auf den König und boykottierten die weiteren Arbeiten.⁶⁷ Am Vorabend der Beschlussfassung warnte Ante Trumbić, als letzter verbliebener großer kroatischer Politiker, in einer Rede vor dem fatalen Effekt, den diese Verfassung auf die nationale Frage haben würde:

⁶⁵ Ebd., S. 213.

⁶⁶ Vgl. Banac: National question, S. 213.

⁶⁷ Vgl. Steindorff: Kroatien, S. 160-161.

„A centralist system is pushed through under the guise of unity [...] This system represents a danger to peace and harmony among the people and to the pacification of conditions in the state [...]. This constitution will sharpen the tribal conflicts all the more, even though they are today exacerbated more than under Austria-Hungary.“⁶⁸

Die Verfassung wurde am St. Veitstag (*Vidovdan* 28. Juni) 1921 beschlossen. Ludwig Steindorff sieht in der Auswahl des Jahrestages der Kosovo-Schlacht und des Attentats von Sarajevo keinen Zufall, „Die Wahl des Tages war ein eindeutiger Hinweis auf das Bestreben, das Selbstverständnis des neuen Staates vor allem in die geschichtliche Tradition der Serben einzubinden.“⁶⁹ Das Ergebnis von 223:35 Stimmen war besonders deutlich da 161 Abgeordnete, mehrheitlich Vertreter von Kroatien-Slawonien und Dalmatien, der Abstimmung fernblieben. Die Verfassung garantierte dem König eine starke Stellung. Er konnte nicht nur Regierungen ernennen oder entlassen, sondern hatte auch bezüglich der Gesetze ein Initiativ- bzw. Vetorecht. Die ab 1924 umgesetzte Neueinteilung in 33 Verwaltungseinheiten (*oblasti*) begünstigte den Zentralismus und diente der Durchsetzung des jugoslawischen Unitarismus.⁷⁰

Die Meinung in der Bevölkerung war gespalten, wie Kessler beschreibt:

„Während serbische Stimmen mehrheitlich dem „alten Jugoslawien“ zustimmten, dabei allerdings zum Teil eine „Opferrolle“ Serbiens bei der angeblichen „Befreiung“ der anderen jugoslawischen Völker beschworen (und beschwören), lehnten und lehnen Kroaten und Slowenen diesen Staat spätestens seit der Annahme der ein zentralisierte Staatsordnung festschreibenden Verfassung vom 18. Juni 1921 wegen seines Zentralismus [...] ab; Montenegriner beklagten die Leugnung ihrer historischen Individualität nach dem bedingungslosen Anschluß 1918.“⁷¹

Dem stellte sich die kroatische Bauernpartei entgegen, „Wegen ihrer Programmatik in der nationalen Frage gewann die Partei [...] weite Teile der bürgerlichen kroatischen Wählerschichten und erlangte den Charakter einer institutionalisierten Nationalbewegung.“⁷² Dabei war die Auflösung des Staates nicht ihr Ziel, sondern seine föderative Umgestaltung. Steindorff bestätigt, dass „unabhängig von seiner manchmal scharfen Wortwahl[,] [...] Radić dem Prinzip der Gewaltfreiheit stets treu“⁷³ blieb.

⁶⁸ Banac: National question, S. 402.

⁶⁹ Steindorff: Kroatien, S. 160-161.

⁷⁰ Vgl. Banac: National question, S. 398.

⁷¹ Kessler: Versuch, S. 92.

⁷² Steindorff: Kroatien, S. 163.

⁷³ Ebd.

2.1.3. Von Demokratie zur Diktatur

Nachdem die kroatische Bauernpartei schließlich ihre Obstruktion aufgab und die Monarchie sowie die Verfassung anerkannte, bildete sie 1925 eine Koalition mit den serbischen „Radikalen“. Die Vorstellungen der Partner waren jedoch zu unterschiedlich und so wurde die Zusammenarbeit schon bald beendet. 1927 fand Radić im Serben aus Kroatien Svetozar Pribičević, dem Gründer der „Demokratischen Partei“ und früheren Befürworter des Zentralismus, einen unerwarteten Mitstreiter im Kampf um eine Verfassungsrevision. Man beschloss, die „Bäuerlich-demokratische Koalition“ zu bilden und fortan gemeinsame Oppositionspolitik zu betreiben. In den Folgemonaten nahmen Debatten im Parlament und Kampagnen der Presse an Aggressivität stark zu.⁷⁴ Wie vergiftet das Klima zwischen Serben und Kroaten 1928 war, zeigt das Attentat eines montenegrinischen Abgeordneten auf Radić in der Belgrader Skupština. Er erlag wenig später seinen Verletzungen und wurde zum Symbol für die „unterdrückten Kroaten“. „Sein Begräbnis nahm den Charakter einer Demonstration an; das Grab von Radić auf dem Zagreber Mirogoj-Friedhof wurde zu einer nationalen Wallfahrtstätte.“⁷⁵ Wolfgang Kessler interpretiert das Attentat als Symbol für das Versagen des Parlamentarismus und die verspielte Chance auf Integration der südslawischen Völker.⁷⁶

Der Nachfolger Radićs an der Spitze der kroatischen Bauernpartei, blieb in weiterer Folge mit seiner Partei der Parlamentsarbeit fern und zog die Anerkennung der „Vidovdan-Verfassung“ zurück, ohne jedoch die Monarchie oder den Staat als Ganzes in Frage zu stellen.⁷⁷ Der König reagierte auf die Staatskrise in dem er am 6. Jänner 1929 die Königsdiktatur ausrief, das Parlament auflöste und alle national orientierten Parteien verbat. Er versuchte mit einer „Flucht nach vorne“ die nationale Frage zu lösen, indem er das Land in neun sog. „banovine“ einteilte die nach ihrer geografischen Lage (am Meer oder Flüssen) benannt wurden.⁷⁸ Diesen „Neustart“ sollte auch der in „Königreich Jugoslawien“ geänderte Staatsname symbolisieren. Kessler sieht darin puren Pseudo-Jugoslawismus:

„Die staatlich veranstaltete Einheitsideologie, ein anderer Versuch der Herstellung einer „synthetischen Nation“, setzte eine neue, staatsorientierte künstliche Nationalität und die Fiktion eines einheitlichen Staatsvolks als Ziel und zugleich voraus. Spätestens jetzt war es das Ziel der serbischen Dynastie der Karadordevići, zum Staat Jugoslawien das Staatsvolk zu schaffen.“⁷⁹

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 164-165.

⁷⁵ Ebd., S. 165.

⁷⁶ Vgl. Kessler: Versuch, S. 114.

⁷⁷ Vgl. Steindorff: Kroatien, S. 165.

⁷⁸ Vgl. ebd.

⁷⁹ Kessler: Versuch, S. 114.

Verschiedene Gruppen wie die Ustaše („Die Aufständischen“) in Kroatien sowie die Kommunisten im ganzen Land hatten es sich aus ideologischen Gründen zum Ziel gesetzt, dieses Jugoslawien zu zerschlagen und nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dazu versuchten sie vor allem die Unzufriedenheit der nicht-serbischen Bevölkerung zu nutzen. Diverse Anschläge und Terrorakte blieben, bis auf die Ermordung König Aleksanders am 9. Oktober 1934, welche durch die Ustaša in Zusammenarbeit mit der IMRO („Innere Makedonische Revolutionäre Organisation“) ausgeführt wurde, weitgehend wirkungslos.

Aus kroatischer Perspektive war die Situation, in der die rechtliche Stellung Kroatiens weitgehend von Serbien bestimmt wurde, untragbar. Jene Kroaten, die schon von Beginn an gegen die Vereinigung waren, fühlten sich in ihrer ursprünglichen Forderung nach Unabhängigkeit und nationaler Souveränität bestärkt.⁸⁰

Die potentielle Tragfähigkeit eines Ende 1939 zwischen dem Serben Dragiša Cvetković und dem Kroaten Vladko Maček ausgearbeiteten Kompromisses für Serben und Kroaten (*Sporazum*) konnte aufgrund des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges nicht verifiziert werden. Er war, wie Sabrina Ramet es 2011 beschreibt, ein klassisches Beispiel für „zu wenig und zu spät“⁸¹.

Die Lösung der „kroatischen Frage“ beinhaltete die erstmalige administrative Zusammenfassung von Dalmatien und Kroatien-Slawonien. Dieser Verwaltungseinheit *banovina Hrvatska* („Banschaft Kroatien“) wurde der Status einer „in zentralen innenpolitischen Fragen autonomen Region“⁸² zugestanden. Die Lage aller anderen südslawischen Ethnien blieb gänzlich außer Betracht.

2.2. Die Kirchen im Ersten Jugoslawien

Der serbisch-kroatische Konfessionsunterschied wurde von Befürwortern der Vereinigung lange vor der Verwirklichung des gemeinsamen Staates als großes Hindernis auf dem Weg zur nationalen Einheit gesehen. Der serbische Schriftsteller Jovan Skerlić (1877-1914), formulierte es so: „[the] first step toward our *narodno jedinstvo* is religious indifference, a

⁸⁰ Vgl. Paul S. Shoup: Communism and the Yugoslav national question. New York [u.a.]: Columbia Univ. Pr. 1968 (=East central European studies of Columbia University 11), S. 9.

⁸¹ Sabrina P. Ramet: Die drei Jugoslawien. eine Geschichte der Staatbildungen und ihrer Probleme. München: Oldenbourg 2011 (= Südosteuropäische Arbeiten 136), S. 27.

⁸² Marie-Janine Calic: Der serbisch-kroatische Konflikt in Kroatien. In: Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregion Südosteuropas. Hrsg. v. Michael W. Weithmann. München: DTV 1993, S. 108-148, hier S. 123.

temporary comprehensive decline in religious feeling. [...] The Yugoslav idea [...] will either be anticlerical or it will not exist.“⁸³

Die Kluft zwischen den Kirchen war tatsächlich groß. Sie starteten von äußerst unterschiedlichen Positionen und verfolgten gegensätzliche Ziele. Die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK) ging mit klarem Vorteil gegenüber der katholischen Kirche in den gemeinsamen Staat. Klaus Buchenau beschreibt die Sicht der SOK:

„Die Serbisch Orthodoxe Kirche nahm die jugoslawische Vereinigung in erster Linie als Vereinigung des Serbentums wahr und damit als Verwirklichung eines historischen Ziels, an dem die Kirche in den Diasporagebieten außerhalb Serbiens emsig mitgearbeitet hatte.“⁸⁴

Diesem Selbstverständnis nach hatte die SOK seit der Gründung des mittelalterlichen serbischen Staates, über den serbischen Staat im 19. Jahrhundert bis zum Königreich SHS stets die federführende Rolle bei der Vereinigung der Serben inne. Diese enge Bindung zwischen Staat und orthodoxer Kirche wurde Seitens des Staates durch diverse Privilegien, vor allem materieller Natur, Rechnung getragen. Im Gegenzug war der Staat berechtigt, auf kircheninterne Vorgänge Einfluss zu nehmen bzw. war die Kirche verpflichtet, ihre internationalen Kontakte nur über das Außenministerium abzuwickeln.⁸⁵

Die katholische Kirche dagegen war aus mehreren Gründen deutlich im Nachteil. Erstens durch ihre frühere Rolle als Staatsreligion der untergegangenen Habsburgermonarchie, der größten Stütze des Vatikans in Europa. Zweitens wurde der Vatikan von der serbischen Führung eindeutig mit Italien assoziiert, dessen Gebietsansprüche eine ständige Bedrohung für Jugoslawien darstellten.⁸⁶ Von groß-serbisch, unitarisch orientierten Serben wurde sie darüber hinaus als „anti-slawisch“ gesehen, wohingegen die SOK als „national und heimisch“ wahrgenommen wurde.⁸⁷

Trotz des Verlusts der einstige Vormachtstellung und der Tatsache, dass eine „Mission“ der orthodoxen Serben, angesichts der Mehrheitsverhältnisse wenig realistisch erschien, wurde der neue Staat auch als Chance begriffen. Mit dazu trug die von Bischof Josip Strossmayer geprägt „kyrillo-methodianische Idee“ bei, die wesentlichen Einfluss auf den damaligen Zagreber Erzbischof Bauer und auch seine Nachfolger Stepinac hatte. Diese Ideologie betont

⁸³ Banac: National question, S. 411.

⁸⁴ Klaus Buchenau: Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945-1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich., Wiesbaden: Harrassowitz 2004 (= Balkanologische Veröffentlichungen 40), S. 54.

⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 54 -55.

⁸⁶ Vgl. Klaus Buchenau: Kämpfende Kirchen. Jugoslawiens religiöse Hypothek. Frankfurt a.M, Wien [u.a.]: Lang 2006, (= Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des orthodoxen Christentums 2), S. 56-57.

⁸⁷ Vgl. Banac: National question, S. 411.

das durch die „Slawenapostel“ Kyrill und Method noch vor der Kirchenspaltung geschaffene, verbindende Element zwischen katholischen und orthodoxen Slawen. Buchenau erinnert jedoch daran, dass der Strossmayer'sche Jugoslawismus auch seine Grenzen hatte, die in der Literatur oft übersehen werden: „Man erkannte den „getrennten Brüdern“ zwar den „wahren Glauben“, aber keineswegs die „wahre Kirche“ zu, die es nur in Einheit mit dem Papst geben könne.“⁸⁸ Der katholische Klerus unterstütze in weiterer Folge auch mehrheitlich die Deklaration, um dadurch die italienische Gefahr abwehren zu können.

Diese Bindung an Rom war es auch, die bereits 1919 serbische „Unitaristen“ kritisierten, sie schlugen dagegen vor, eine „nationale“ katholische Kirche zu gründen, die ihr Zentrum im Land hätte und damit auch leichter kontrollierbar wäre.⁸⁹

Spätestens mit der Verabschiedung der Verfassung 1920 wurden klare Fronten geschaffen. Damit wurde auch die Chance auf Annäherung bzw. ein verbindendes Element zwischen den Kirchen vertan. Die Verfassung garantierte zwar die Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften, privilegierte de facto aber die SOK. Die SOK setzte auf Konsolidierung ihrer Macht durch Zentralisierung. Dem Belgrader Patriarchat wurden fünf bereits bestehende Metropolen unterstellt. Die katholische Kirche suchte den „nationalen Schulterschluss“ mit der kroatischen Bauernpartei, der nach der Ermordung Radićs auf seinem Begräbnis erstmals deutlich sichtbar wurde.

Die Regierung in Belgrad versuchte diese Allianz zu schwächen, in dem sie der Forderung der katholischen Kirche nach einem Konkordat nachgab. Analog zu den politischen Spannungen im Land machte es sich die SOK, allen voran der Bischof und spätere Patriarch Nikolaj Velimirović, zum Ziel, dieses Konkordat zu verhindern. Stein des Anstoßes war in erster Linie die Benachteiligung der SOK, deren Status durch staatliche Stellen bestimmt wurde und nicht durch bilaterale Abkommen geregelt werden konnten. Weiters war die Bestimmung, wonach bei gemischten konfessionellen Eheschließungen stets die katholische Erziehung Vorrang habe, wie auch der erwähnte Passus der „freien öffentlichen Ausführung der Mission“ für die SOK untragbar. Darin wurde nicht die geistlich-spirituelle Arbeit der katholischen Kirche erkannt, sondern ein Freibrief zum Proselytismus.⁹⁰

⁸⁸ Buchenau: Kämpfende Kirchen, S. 54.

⁸⁹ Vgl. Banac: National question, S. 412.

⁹⁰ Vgl. Buchenau: Kämpfende Kirchen, S. 63-64.

Noch bevor die Ratifikation im Parlament anstand, kam es in Belgrad zu Massenprotesten. Velimirović drohte jenen Abgeordneten, die für das Konkordat abstimmten mit Exkommunikation. Vjekoslav Perica beschreibt das Abgleiten der Proteste in bürgerkriegsähnliche Zustände:

„On Sunday, 19 July 1937, the Cathedral of the Serbian Patriarchate in Belgrade was packed. The holy liturgy was presided over by Patriarch Varnava, with all the bishop members of the Holy Bishops' Assembly. After the service, the patriarch, with members of the hierarchy, clergy, monks, nuns, and seminarists, left the church to march at the head of what quickly grew into a massive, tens of thousands-strong column heading down the avenues of Yugoslavia's capital. As had been announced earlier, the Church took the people to the streets to protest the Popular Assembly's expected ratification [...]. The procession turned into massive riots that were labled "Bloody Liturgy" by the press. A few days later, the sudden death of the patriarch further destabilized the situation in the capital, and riots spread throughout the country.“⁹¹

Angeichts dieser Umstände wurde die Ratifikation abgebrochen. In der Zeit bis 1941 waren sowohl die SOK als auch die katholische Kirche in ethnisch nationaler Mobilisierung ihrer Gemeinschaft aktiv. Höhepunkt der Mobilisierung war die Gedenkfeier der SOK anlässlich des 550. Jahrestags der Kosovo-Schlacht 1339. Gleichzeitig beging die katholische Kirche die Feiern zum 1300-jährigen Jubiläum der Christianisierung der Kroaten 641.⁹²

Diese Entwicklung wurde auch begünstigt durch das Verbot jeglicher „stammlicher“ Parteiaktivität während der Königsdiktatur. Die SOK betonte nach wie vor, Jugoslawien sei *ihr* Staat und verwies auf den hohen „Blutzoll“ der Serben, der die Vereinigung erst ermöglichte. Als Beispiel dieser Argumentation nennt Buchenau die Polemik zwischen Erzbischof Bauer, der sich weigerte, an der Gedenkfeier des offiziellen Jugoslawien anlässlich des 700-jährigen Todestag des serbischen Nationalheiligen Sava teilzunehmen, da dies eine rein serbische Angelegenheit sei.⁹³ Bischof Velimirović antwortet darauf:

„Wenn der heilige Sava nicht den ersten serbischen Staat geschaffen, konsolidiert und verteidigt [...] hätte, wäre dann etwa jemals der zweite serbische Staat, derjenige von Karadjordje und Miloš möglich gewesen? Und wenn nicht dieser zweite, wiederum auf Sava zurückgehende serbische Staat existiert hätte, dann sehe ich nicht, wie man jemals das heutige Jugoslawien erkämpft und geschaffen hätte.“⁹⁴

Die immer stärker werdende politische Polarisierung in den 1930er Jahren führte in der katholischen Kirche zu Veränderungen. Es kam zur endgültigen Abkehr von der „kyrillo-

⁹¹ Vjekoslav Perica: *Balkan Idols. Religion and Nationalism in Yugoslav States*. Oxford University Press 2002, S. 17.

⁹² Vgl. Perica: *Balkan Idols*, S. 20.

⁹³ Vgl. Buchenau: *Kämpfende Kirchen*, S. 53

⁹⁴ Ebd.

methodianischen Idee“ und die vormalige Aufgeschlossenheit dem gemeinsamen Staat gegenüber wurde als „nationales Versagen“ des politischen Katholizismus kritisiert.⁹⁵

2.3. Der Zweite Weltkrieg

Jugoslawien trat dem Dreimächtepakt im März 1941 bei. Nach einem Militärputsch serbischer Offiziere gab Hitler die Weisung Nr. 25 heraus, der zufolge sich die politische Lage in Jugoslawien verändert habe und Jugoslawien ab sofort als Feind zu betrachten und so rasch als möglich zu zerschlagen sei. Am 6. April 1941 wurde mit der Umsetzung begonnen. Hitlers Truppen marschierten in Jugoslawien ein und teilten es in eine italienische und deutsche Besatzungszone. Serbien wurde, in den Grenzen von 1912, unter deutsche Militärverwaltung gestellt und eine Marionettenregierung installiert. Der nur seinem Namen nach „Unabhängige Staat Kroatien“ (*Nezavisna Država Hrvatska*, NDH), wurde unter Hitlers und Mussolinis Auspizien geschaffen. Der Staat reichte von Kroatien-Slawonien sowie Syrmien über ganz Bosnien-Herzegowina bis nach Dalmatien.⁹⁶



Abbildung 2

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ulf Brunnbauer: Politische Entwicklung Südosteuropas von 1945 bis 1989/1991. In: Konrad Clewing u. Oliver Jens Schmitt (Hrsg.): Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg: Friedrich Pustet 2011, S. 579.

Nachdem sich die Kroatische Bauernpartei als stärkste Partei das Angebot der Achsenmächte den Staat zu führen ablehnte, wurde in Person von Ante Pavelić die Ustaša an dessen Spitze gesetzt. Slavko Goldstein beschreibt die Ankunft der Deutschen:

„Dem Empfang nach zu urteilen, der der deutschen Wehrmacht in Zagreb und anderen Städten bereitet wurde, wie auch anderen öffentlichen Bekundungen dieser Tage nahm die Mehrheit der kroatischen Bevölkerung die militärische Niederlage Jugoslawiens und die Errichtung des NDH mit Genugtuung auf.“⁹⁷

Zur Legitimierung ihres Regimes griffen die Ustaše auf das historische, kroatische Staatsrecht zurück. Damit sollte die Loslösung von Jugoslawien, wie auch die nationale Ausschließlichkeit gerechtfertigt werden. Als ideologischer „Vater der Heimat“ wurde Ante Starčević dargestellt.⁹⁸ Ivo Goldstein zeigt die Vereinnahmung:

„Sie reduzierten sein Denken auf eine einzige, nämlich die nationalistische Dimension und gaben dieser eine extremistische und hetzerisch antiserbische Wendung, die Starčevićs politisches Denken ursprünglich so nicht hatte. Infolge dieser Instrumentalisierung blieben die demokratischen Impulse seiner politischen Theorie für die Rezeption verschüttet.“⁹⁹

Im Gegensatz zu den Muslimen, die das NDH-Regime zur „Blüte des kroatischen Volkes“ stilisierte, wurden Serben und Juden Opfer rassistischer Verfolgung. Ein Plan der Ustaše sah vor, ein Drittel der Serben im Staat zu ermorden, ein Drittel zu deportieren und ein Drittel zu Katholiken zu machen.¹⁰⁰ Der katholischen Kirche in Kroatien war dabei eine besondere Rolle zgedacht, sie sollte ihren Beitrag zur Unterstützung des Regimes durch „Notkonversionen“ orthodoxer Serben leisten.¹⁰¹ Die zweifelhafte Haltung römisch-katholischer Geistlicher in diesem Zusammenhang sollte in späterer Folge den Kommunisten bei der Pauschalverurteilung der katholischen Kirche als Kollaborateur sehr gelegen kommen. Allein in den größten Konzentrationslagern Jasenovac und Stara Gradiška kamen nach seriösen Schätzungen mehr als 80.000 Serben, Juden, Roma und anderen um.¹⁰²

Die verfolgten Serben schlossen sich zunächst mehrheitlich den serbischen Četniks an. Ihr Anführer war Oberst Dragoljub (Draža) Mihailović, der frühere Generalstabsoffizier der jugoslawischen Armee und spätere Kriegsminister der Londoner Exilregierung. Die Četniks

⁹⁷ Slavko Goldstein: Der Zweite Weltkrieg. Ins Deutsche übersetzt von Heiko Hänsel. In: Der Jugoslawien-Krieg., S. 173.

⁹⁸ Vgl. Ivo Goldstein: Kroatien bis 1918. Ins Deutsche übersetzt von Christine Dumbović-Reiser. In: Der Jugoslawien-Krieg, S. 64.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Vgl. Svein Mønnesland: Land ohne Wiederkehr. Ex-Jugoslawien. Die Wurzeln des Krieges. Klagenfurt/Celovec: Wiesner 1997, S. 245.

¹⁰¹ Vgl. Michael W. Weithmann: Balkan Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Graz, Wien, Köln: Styria 2000, S. 410-413.

¹⁰² Vgl. Vladimir Žerjavić, Opsesije i megalomanije oko Jasenovaca i Bleiburga. Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu [Obsessionen und Megalomanien um Jasenovac und Bleiburg. Bevölkerungsverlust Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg]. Zagreb 1992, zitiert nach Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S. 318.

waren eindeutig nationalserbisch ausgerichtet. Sie kämpften für die Wiedererrichtung der Monarchie, die Gründung eines ethnisch reinen Großserbien und die Kollektivbestrafung aller „einheimischen Aggressoren und Verräter“ (Kroaten, Albaner, bosnische Muslime sowie Jugoslawiendeutsche). Als „heilig und gottgefällig“ wurde diese Rache dargestellt, zu der die Serben aufgrund ihrer aktuellen wie historischen „Opferrolle“ berechtigt wären.¹⁰³ Die Alliierten erkannten die Četniks als führende Kraft der Résistance an und unterstützten sie.¹⁰⁴ Die Defensiv-Taktik der Četniks war in erster Linie auf Guerilla-Angriffe in Serbien und Montenegro ausgelegt. Es wurden keine politischen Strukturen aufgebaut, sondern voll auf die Hilfe der Alliierten vertraut.¹⁰⁵ Weniger eindeutig als die serbisch nationalistische Orientierung der Četniks war ihre Rolle zwischen Widerstand und Kollaboration. Das Erstarken der Partisanenbewegung mit Fortdauer des Krieges „zwang“ sie zu einer immer stärkeren Kollaboration mit Deutschen und Italienern.¹⁰⁶

Die Partisanenbewegung wurde von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens unter Josip Broz, genannt Tito, organisiert. Ihr bedingungsloser Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer machte sie besonders für die außerhalb Serbiens lebende und von der Ustaša verfolgte serbische Minderheit attraktiv. Aus Sicht der großserbisch orientierten Serben war es für das serbische Volk von herausragender Bedeutung, in einem gemeinsamen Staat leben zu können, um in keinem Teil dieses Staates als Minderheit der Mehrheit ausgeliefert zu sein.

Die anfängliche Begeisterung der Kroaten für das Ustaša Regime, welches Kroatien die nominelle Unabhängigkeit brachte, verebbte schnell. Im Gegensatz zu den Faschisten in Deutschland, hatten die Ustaša kein Sozialprogramm. Jeder der gegen das totalitäre rassistische Regime aufbegehrte, wurde verfolgt.¹⁰⁷ Dennoch erhielten die Partisanen in Zentral-Kroatien, im ersten Jahr des Widerstands eher wenig Zuspruch. Hauptgrund dafür war die passive und unentschlossene Haltung der in der Bevölkerung stark verankerten Kroatischen Bauernpartei unter Vladko Maček. „Nach Angaben Titos vom Frühjahr 1944

¹⁰³ Vgl. Sundhausen: Geschichte Serbiens, S. 320-321.

¹⁰⁴ Vgl. Weithmann: Balkanchronik, S. 416-417.

¹⁰⁵ Vgl. Jill A. Irvine: The Croat Question: partisan politics in the formation of the Yugoslav socialist state. Boulder: Westview Press 1993, S. 94-95.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Vgl. Slavko Goldstein: Der Zweite Weltkrieg. In: Der Jugoslawien-Krieg, S. 175.

setzte sich die „Volksbefreiungsarmee“ zu diesem Zeitpunkt aus 44 % Serben, 30 % Kroaten, 10 % Slowenen, 4 % Montenegrinern und 2,5 % bosnischen Muslimen zusammen.“¹⁰⁸

Für die Kommunisten war es entscheidend, die beiden größten Völker für die Partisanenbewegung mobilisieren zu können. Das primäre Ziel, die sozialistische Revolution und eine klassenlose Gesellschaft, wirkte jedoch auf die mehrheitlich bäuerlich, konservative Bevölkerung eher abschreckend. So wurden die Methoden des Klassenkampfes, wie die doktrinaire Verfolgung von Großbauern in Slowenien und Kroatien, sogenannter „Kulaken“, schon Mitte 1942 eingestellt.¹⁰⁹ Die Kommunistische Partei und ihre Zielsetzung rückten in den Hintergrund. In den Vordergrund wurde die Partisanenbewegung beziehungsweise die Volksfront gestellt.¹¹⁰

Die „Volksfronttaktik“ wurde in Slowenien beziehungsweise Kroatien schon vor dem Krieg sehr erfolgreich von „unten“, das heißt in der konspirativen Unterwanderung von Schulen, Gewerkschaftsorganisationen sowie Kultur- und Sportvereinen, angewandt.¹¹¹ Dieser neuen taktischen Variante zufolge sollte „das Proletariat und die Bauernschaft der unterdrückten Völker“ nun gemeinsam mit „allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften“, also auch mit oppositionellen bürgerlichen Parteien gegen den Faschismus und Nationalsozialismus kämpfen.¹¹² Zur Umsetzung bedienten sich die Kommunisten

„des Volksfrontmodells [...] in der Weise, daß alle Entscheidungen als Volkswille auf breitester Basis inszeniert und gleichzeitig von den Kommunisten gänzlich kontrolliert und gesteuert wurden.“¹¹³

Die KPJ propagierte ihre revolutionären Ziele nun nicht mehr öffentlich und bot den bisher auf das Schärfste bekämpften bürgerlich-nationalen Gruppen die Zusammenarbeit im Kampf gegen die Faschisten und ihren Kollaborateuren an.¹¹⁴ Ziel des Ganzen lag für die Kommunisten keinesfalls in einer Koalition verschiedener politischer Parteien, viel mehr bemühten sie sich um Rekrutierung von Kämpfern auch aus deren Reihen sowie um

¹⁰⁸ Tito: *Borba za oslobodjenje Jugoslavije 1941-45* [Der Kampf für die Befreiung Jugoslawiens.] Beograd 1947, S. 194, zitiert nach Sundhaussen: *Geschichte Serbiens*, S. 347.

¹⁰⁹ Vgl. Džaja: *Politische Realität*, S. 86.

¹¹⁰ Vgl. Shoup: *Communism*, S. 66.

¹¹¹ Vgl. Džaja: *Politische Realität*, S. 81.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Vera Kržišnik-Bukić: *Politika KPJ prema agrarnom i seljačkom pitanju na području Bosanske krajine 1945-1948. Uvod u problematiku agrara i seljaštva u rano socijalizmu* [Die Politik der KPJ gegenüber der Agrar- und Bauernfrage betreffen Bosnien 1945-1948. Einführung in die Problematik der bäuerlichen Landwirtschaft im frühen Sozialismus]. Banja Luka 1988, S. 68, zitiert nach Džaja, *Politische Realität*, S. 89.

¹¹⁴ Vgl. Shoup: *Communism*, S. 62.

„Aufklärung“ der breiten Bevölkerung über die „Schädlichkeit“ einer bürgerlichen Politik.¹¹⁵ Die Partisanen proklamierten den „antifaschistischen Volksbefreiungskampf“, die Anerkennung und Gleichberechtigung aller jugoslawischen Nationen sowie die Errichtung eines Arbeiter- und Bauernstaates als Ziel.¹¹⁶ Ihnen schwebte ein

„[...] neues Jugoslawien vor, das föderalistisch nach dem Modell der Sowjetunion organisiert werden sollte und in dem alle existierenden Völker (*narodi*) und Volksminderheiten (in sozialistischer jugoslawischer Terminologie ab 1963: *narodnosti*/"Völkerschaften") endlich ihre politische Anerkennung erreichen würden. Dies sollte durch das neue Ideologem von „Brüderlichkeit und Einheit“ ermöglicht werden und schließlich in eine neue klassenlose Gesellschaft führen.“¹¹⁷

Die gut organisierten Partisaneneinheiten hatten den Auftrag, in den eroberten Gebieten sogenannte „Volksbefreiungskomitees“ (*Narodno-oslobodilački odbori* / NOO) zu errichten. Diese neue politische Infrastruktur diente der Versorgung der Partisanenkämpfer und auch dazu, die Bevölkerung durch korrekte Arbeit auf ihre Seite zu ziehen.¹¹⁸ Der Umstand, dass sowohl NOO-Mitglieder als auch Mitglieder aller anderen politischen Organisationen, die zu dieser Zeit von den Partisanen gegründet wurden, allesamt Kommunisten waren, wurde streng geheim gehalten.¹¹⁹ Michael Weithmann sieht die Partisanenpropaganda am Ziel

„Auf diesem Wege erreichten die Kommunisten bald eine große gesamtjugoslawische Popularität. Im Chaos der Ustascha- und Tschetnikterrors werden die von den Volksbefreiungskomitee verwalteten Landstriche wirklich zu Inseln der Ordnung und der Unterstützung für die notleidende Bevölkerung. Die Exzesse der deutschen Besatzungstruppen und ihrer baldigen freiwilligen und unfreiwilligen Helfershelfer aus dem Tschetnik-Lager verbreitern die Plattform des Widerstandes gewaltig.“¹²⁰

2.4. Die Nationalitätenpolitik

Der erste jugoslawische Staat war an der Lösung der sogenannten nationalen Frage gescheitert. Ein System, welches nicht auf den Konsens, sondern im Gegenteil auf die Unterdrückung oder Benachteiligung der Bevölkerungsmehrheit (60 % Nicht-Serben) und der Erhaltung des Machtmonopols der Minderheit (40 % Serben) ausgerichtet war, konnte auch durch die Königsdiktatur am Ende nicht aufrechterhalten werden.¹²¹ Sabrina Ramet betont:

„Das Syndrom der ethnischen Politik, das sich entwickelte, war das Nebenprodukt und der Reflex der Probleme, die einem System der Illegitimität und der Dysfunktionalität zugrunde lagen. Oder anders gewendet: Die nationale Frage war nicht der Grund der Disfunktionalität des

¹¹⁵ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 87.

¹¹⁶ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S. 322 -323

¹¹⁷ Džaja: Politische Realität, S. 82-83.

¹¹⁸ Vgl. Weithmann: Balkanchronik, S. 417.

¹¹⁹ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 89.

¹²⁰ Weithmann: Balkanchronik, S. 417.

¹²¹ Vgl. Ramet: Die Drei Jugoslawien, S. 25-27.

Systems; im Gegenteil war es die Dysfunktionalität des Systems, die die nationale Frage hervorbrachte.“¹²²

Von den Kommunisten wurde folgende Linie zur nationalen Frage propagiert: „Die Völker Jugoslawiens werden auf Basis von Gleichheit über ihre gegenseitigen Beziehungen entscheiden“¹²³. Wie die Kommunisten die nationale Frage konkret zu lösen gedachten, wurde nicht erläutert beziehungsweise es wurde jede diesbezügliche Diskussion unterbunden.

Die KPJ versuchte aus einer Kombination von nationalen und sozialen Forderungen in der Bevölkerung Unterstützung für ihre Partisanenbewegung zu generieren. Der Hass gegen die Okkupanten sollte ein patriotisches Fieber erzeugen, das die gesamtjugoslawische Widerstandsbewegung beflügeln würde. Dazu wurden Reminiszenzen an den Jahrhunderte andauernden, heroischen Abwehrkampf der slawischen Völker gegen ausländische Besatzer gemacht.¹²⁴ Das Verhältnis der Kommunisten zu den Bauern war ein Besonderes

„The direct link between the peasant and the Partisans was not some quality of nationalism in the abstract but the desire of the peasant to escape foreign rule [...] It was a sentiment with glorious tradition. It was also primitive, ethnocentric, and provincial. The Partisans capitalized on this sentiment but they did not essentially alter its perspectives.“¹²⁵

Eric Hobsbawm nannte diese Entwicklung der Partisanen-Ideologie „antifascist *nationalism* of the late 1930s and 1940s“ und bezeichnete sie als „the remarriage of social revolution and patriotic sentiment“¹²⁶.

Jugoslawischer Nationalismus war hingegen in der Bevölkerung nicht verwurzelt. Aufgabe des inneren Zirkels der Kommunisten, der die Partisanen-Kampagnen organisierte, war es, diese Einstellung der Bevölkerung zu indoktrinieren. „Brüderlichkeit“ nach innen und „Einheit“ nach außen. Trotz großer Bemühungen der Führung um strenge Parteidisziplin war dies eine schwierige Aufgabe. Viele Widerstandskämpfer, egal ob neuere oder ältere, verloren das jugoslawische Prinzip oft aus den Augen, unter dem Druck, sich regionalen oder lokalen Nationalismen unterordnen zu müssen.¹²⁷

Jenen, die im Ersten Jugoslawien unzufrieden waren, wurde von Tito nahegelegt, sich im Partisanenkampf zu engagieren, denn der „Antifaschistische Volksbefreiungskampf“ sei

¹²² Ebd., S. 118.

¹²³ Irvine: Croat question, S. 105.

¹²⁴ Vgl. Irvine: Croat question, S. 102-104.

¹²⁵ Shoup: Communism, S. 98-99.

¹²⁶ Eric J. Hobsbawm: Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality. Cambridge, UK: Cambridge University Press 1990, S. 146 -147, zitiert nach Perica, Balkan Idols, S. 22.

¹²⁷ Vgl. Shoup: Communism, S. 99.

beides – der Kampf gegen die faschistischen Besatzer und die Abrechnung mit dem alten politischen Herrschaftssystem.¹²⁸ Die Partei lernte aus ihren Fehlern:

„In place of its earlier failures, the Party now evolved a brilliantly successful national policy, which both admirers and detractors of the Yugoslav Communists admit was instrumental in the victory of the Partisans over the occupation authorities and rival anti-Communist groups among the Yugoslav population.“¹²⁹

Die kommunistische Propaganda präsentierte die Partisanenbewegung sowohl als Kämpfer für nationale Partikularinteressen als auch für ein geeintes Jugoslawien, dessen Konturen bewusst vage gehalten wurden. Für viele, speziell für die Kroaten, ein Widerspruch in sich. Besonders wenn man bedenkt, dass die Errichtung eines unitarischen Jugoslawien als zentralistischer Parteistaat im Zuge der Revolution von Anfang an das nicht nach außen kommunizierte Ziel der Partei war.¹³⁰

2.4.1. Der AVNOJ

Die in den ersten Kriegsjahren betriebene Nationalitätenpolitik der Kommunisten war primär darauf ausgerichtet, die Partisanen zu einer Massenbewegung zu machen. Aus diesem Grund wurden auch Partikularinteressen einzelner Nationen unterstützt, die der jugoslawischen Bewegung im Weg standen. Als die Niederlage der Achsenmächte absehbar wurde, mussten sich die Kommunisten zu einer Lösung der „nationalen Frage“ bekennen.¹³¹

Der „Antifaschistische Volksbefreiungsrat Jugoslawiens“ (*Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije*, AVNOJ) wurde im Dezember 1942 als „politische Vertretung eines neuen Jugoslawien“ gegründet, welches „als Vielvölkerstaat nach kommunistischen, ideologischen [...] Prinzipien errichtet werden sollte“¹³². Die Erwartungshaltung der Delegierten war groß. Aus fast allen Teilen Jugoslawiens waren sie zur konstituierenden Sitzung nach Bihać gekommen. Die nationalen und sozialen Ziele jedes südslawischen Volkes sollten umgesetzt werden.¹³³ Der Rat erklärte sich schließlich zum einzig legitimen Repräsentant der jugoslawischen Résistance.¹³⁴

Als der AVNOJ zu seiner zweiten Sitzung im November 1943 in Jajce zusammentrat, wurde beschlossen, Jugoslawien nach dem föderalen Prinzip zu organisieren und den künftigen Staat

¹²⁸ Vgl. Irvine: Croat question, S. 104-105.

¹²⁹ Shoup: Communism, S. 60.

¹³⁰ Vgl. Irvine: Croat question, S. 104-105.

¹³¹ Vgl. Shoup: Communism, S. 71.

¹³² Džaja: Politische Realität, S. 89.

¹³³ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 89-90.

¹³⁴ Vgl. Shoup: Communism, S. 72.

in folgende administrative Einheiten zu teilen: Serbien, Kroatien, Slowenien, Montenegro mit Bucht von Kotor, Sandžak und Mazedonien. Der Status des Kosovos, der Vojvodina und vor allem Bosniens und der Herzegowina, wo sich die serbischen und kroatischen Interessen am meisten überschneiden, blieb zunächst ungeklärt. Das als provisorische Regierung unter dem Vorsitz Titos ohne Absprache mit Moskau eingesetzte „Nationale Befreiungskomitee“ (*Nacionalni komitet oslobođenja Jugoslavije* / NKOJ) delegitierte die Londoner Exilregierung und suspendierte das Rückkehrrecht des Königs bis zum Volksentscheid nach Ende des Krieges.¹³⁵

Die Kommunisten beabsichtigten, einen Föderalismus sowjetischer Art umzusetzen. Der Vorrang des Zentrums vor der Peripherie blieb stets durch die Kontrolle der streng zentralistisch organisierten KP abgesichert.¹³⁶ Dazu war absolute Parteidisziplin Grundvoraussetzung. Dies bedeutete eine klare Absage an jegliche Autonomiebestrebungen innerhalb und außerhalb der Partei.

Im Laufe des Jahres 1943 wurden auch die ersten antifaschistischen Landes- und Regionalräte gegründet. Diese Entscheidung war von der Intention geleitet, nationale Transmissionsorgane für Politik der KPJ zu schaffen.

„The system of anti-fascist councils, despite the fact that it was obviously not representative of the majority of the Yugoslav peoples, was an extremely effective political instrument in the struggle of the Communist Party to win recognition for the Partisans as a genuine national resistance force. The structure of the councils, capped by AVNOJ, embodied the strategy of the Communists of establishing local ties in as many of the Yugoslav regions as possible without compromising the role of the Party as the spokesman for Yugoslav national interests.“¹³⁷

Das Verhältnis zwischen dem gesamtjugoslawischen AVNOJ und den Landesräten war zunächst nicht reibungsfrei. Einige antifaschistische Landesräte behaupteten, selbst den Widerstand in ihrer Region zu verkörpern, was AVNOJ allein für sich reklamierte.¹³⁸ Sowohl kroatische als auch slowenische Kommunisten waren überzeugt, durch ihre Beteiligung am Volksbefreiungskampf das Recht erworben zu haben, als eigenständige, gleichberechtigte Partner in die Föderation eintreten zu können. Die slowenischen Delegierten konnten auf Grund kriegerischer Ereignissen nicht an der AVNOJ Sitzung teilnehmen. Sie sandten statt dessen ein Telegramm mit folgendem Inhalt:

¹³⁵ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 90-91.

¹³⁶ Ebd., S. 91.

¹³⁷ Shoup: Communism, S. 72.

¹³⁸ Vgl. ebd.

„In Bihac the contours of the new and democratic Yugoslavia, a homeland of free and equal peoples, had been etched. In this new Yugoslavia the Slovene people will not enter like they did in 1918 when they were treated like people without rights and merits on whom others have minted their destiny and constitution. The Slovenian people have contributed with their struggle to the liberation as few people did in Europe. Therefore in the new Yugoslavia, Slovenia will be unified and free. From Trieste to Spilj, from Kupa River to Celovac, The Slovenian people will be the only master on its soil.“¹³⁹

Tito selbst skizziert in einem 1942 publizierten Artikel¹⁴⁰ im Anschluss an AVNOJ I. die zukünftige Linie der KPJ in der Nationalitätenpolitik. Er erwähnte erstmals wieder seit 1937 das Recht der jugoslawischen Völker auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession. Dieses Selbstbestimmungsrecht stand jedoch unter Vorbehalt; den von den Kommunisten definierten „Volksfeinden“ und anderen „Verrätern“ sollte es vorenthalten werden. Diese Regelung wurde seitens der KPJ mit den Errungenschaften des antifaschistischen Kampfes und der sozialistischen Revolution legitimiert. Ohne Krieg und Revolution gäbe es keine Erlösung von der Unterdrückung und Ausbeutung durch die „serbischen Bourgeoisie“ und kein Recht auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller jugoslawischen Völker.¹⁴¹

Die von Kroatien und Slowenien zur zweiten AVNOJ Sitzung entsandten Delegierten gingen davon aus, dass ihre Republiken sich bereits als Nationalstaaten konstituiert hätten und als solche freiwillig dem föderalen Staatsverband beitraten.¹⁴² Dies widersprach jedoch eindeutig der Interpretation des Selbstbestimmungsrechts durch die Kommunisten, wie Shoup zeigt:

“In addition, it was later explained that the meetings of the national anti-fascist councils which confirmed the decisions of the second session of AVNOJ had also exercised, for the first and the last time, the right of self-determination for the nationalities they represented; this apparently held true even for those regions (Slovenia and Croatia) which had held meetings of regional anti-fascist councils before AVNOJ had met and decided that Yugoslavia was to be organized according to the federal principle.“¹⁴³

Durch die „Entscheidung“ der Delegierten, sich der Föderation anzuschließen, war das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker „verbraucht“. Die Jugoslawische Föderation, wie sie in Jajce gegründet worden war, anerkannte explizit die föderalen Einheiten – die zukünftigen Republiken –, wobei jede von ihnen als Heimat der jeweiligen „Stammnation“ angesehen wurde. Die Hauptentscheidung des AVNOJ, enthalten in dem Dokument mit dem Titel „Entscheidung der Errichtung Jugoslawiens auf dem föderalen Prinzip“ (*Odluka o izgradnji*

¹³⁹ Vgl. Reneo Lukic; Allan Lynch: Europe from the Balkans to the Urals. The Disintegration of Yugoslavia and the Soviet Union. Oxford [u. a.]: Oxford University Press 1996, S. 73.

¹⁴⁰ Vgl. Tito, Borba, S 121-30, zitiert nach Shoup: Communism, S. 73.

¹⁴¹ Vgl. Shoup: Communism, S. 73.

¹⁴² Lukić: Europe, S. 73.

¹⁴³ Shoup: Communism, S. 74.

Jugoslavije na federalnom principu), legte fest, dass die Föderation „auf dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession“¹⁴⁴ beruhte.

Die Beschlüsse der AVNOJ-Sitzungen, die in Bihać und Jajce gefasst wurden, spiegelten in erster Linie die Interessen der Kommunistischen Partei wider. Der Antifaschistische Volksbefreiungsrat nahm für sich in Anspruch, alle jugoslawischen Völker zu repräsentieren. Doch schon bei der Einberufung wurden nur Partisanen beziehungsweise Sympathisanten berücksichtigt. Weiters konnten aufgrund des Kriegsverlaufs nicht bei jeder Sitzung alle Delegationen anwesend sein.

Von serbischer Seite wurde in den späten 1980er-Jahren kritisiert, dass AVNOJ rein willkürlich Grenzen gezogen hätte. Tatsache ist jedoch, dass die überwiegende Mehrzahl der von AVNOJ vorgeschlagenen Grenzen noch auf die k. und k. Monarchie zurück ging. Das „neue“ Jugoslawien beruhte daher im Wesentlichen auf „alten“ Grenzen. Die damaligen Einwände von Moša Pijade, Milovan Đilas und einigen anderen serbischen und montenegrinischen Parteigranden gegen eine bosnische Republik wurden überwunden. Dennoch wurden die bosnischen Muslime nicht als „Stammnation“ dieser Republik angesehen.¹⁴⁵

Weiters wurde kritisiert, Serbien wäre nicht adäquat auf den AVNOJ Sitzungen vertreten gewesen. Die KP konnte in Serbien aufgrund starker Konkurrenz durch die Četniks nicht wirklich Fuß fassen. Der Antifaschistische Rat in Serbien (*Velika antifašistička skupština narodnog oslobođenja Srbije* / VASNOS) wurde erst Anfang November 1944 im bereits befreiten Belgrad gegründet und dieser bestätigte die AVNOJ Beschlüsse.

2.4.2. Die Partisanen in Kroatien

In Kroatien konstituierte sich mit ZAVNOH der erste aller antifaschistischen Räte auf Landesebene im Juni 1943. Andrija Hebrang erhielt als Vorsitzender mit seinem überzeugten Streben nach maximaler Autonomie für Kroatien und dem damit verbundenen Zuwiderhandeln gegen die Parteilinie viel Zustimmung von Seiten der kroatischen Bevölkerung.

¹⁴⁴ Vgl. Lukić: Europe, S. 73-74.

¹⁴⁵ John R. Lampe: Yugoslavia as history. Twice here was a country. 2. Aufl. Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 221.

Die Situation für die Kommunisten und ihre Partisanenbewegung in Kroatien war in den ersten Kriegsjahren äußerst unbefriedigend gewesen: Bauern, die dringend gebraucht worden wären, um die Partisanen in Kroatien zu einer Massenbewegung zu machen, wurden von radikaler sozialistischer Rhetorik verschreckt. Diese Entwicklung kam auch den Četniks entgegen, die sich nun der Bevölkerung gegenüber als Retter vor der drohenden „roten Gefahr“ behaupten konnten. Die in der Bevölkerung sehr stark verwurzelte Kroatische Bauernpartei (HSS) unter der Führung des von den Ustaše internierten Vladko Maček, die von den Kommunisten wiederholt als „bourgeoises Element“ diffamiert wurde, lehnte eine Zusammenarbeit kategorisch ab.¹⁴⁶ Nachdem die Führung der HSS auch den bewaffneten Widerstand verweigerte, war es für die Partisanen im ersten Jahr besonders schwierig, Kroaten zu rekrutieren. Erschwerend kam hinzu, dass zu Beginn die Partisanen-Einheiten mehrheitlich aus Serben bestand, die außerhalb Serbiens lebten und gegen die Verfolgung durch die Ustaše kämpften. Diese Überbetonung des serbischen Elements machten die Kommunisten bei Kroaten und Muslimen verdächtig.¹⁴⁷

Der Führer der kroatischen KP Andrija Hebrang setzte alles daran, dies zu ändern. Nach anfangs noch recht bescheidenen Erfolgen gelang es ihm ab 1943 immer besser die kroatische Beteiligung am „Antifaschistischen Volksbefreiungskampf“ zu steigern. Besonders nach der Gründung des ZAVNOH (*Zemaljsko antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Hrvatske*), das sich laut Eigendefinition an die Spitze der kroatischen Nationalbewegung stellte. Getreu dem Volksfrontmodell wurde diese Organisationseinheit errichtet, um Anhänger anderer politischer Parteien zu gewinnen und die Sichtbarkeit der Kommunisten in der Bewegung zu minimieren. Am Gründungskongress nannten Kardelj und Hebrang den ZAVNOH „[...] den Kulminationspunkt des jahrhundertelangen Kampfes für einen kroatischen Vertretungskörper [...]“¹⁴⁸. Das Mitglied des Zentralkomitees der KP Kroatien Karlo Mrazović behauptete in einer Rede sogar, dass die KP Kroatien die einzige Organisation sei, die im Stande wäre, die Ziele der kroatischen Nationalbewegung in der Tradition eines Josip Juraj Strossmayer zu verwirklichen.¹⁴⁹ Trotz mehrmaliger Versuche gelang es Hebrang zunächst nicht, die HSS in den ZAVNOH einzubinden. Daher versuchte er die Kroatische Bauernpartei, gegen den Willen Titos, zu spalten. Einige ehemals führende Mitglieder der Bauernpartei, die sich dem ZAVNOH anschlossen, übten heftige Kritik an Maček. Sie kritisierten ihn für sein

¹⁴⁶ Vgl. Irvine: Croat question, S. 115-127.

¹⁴⁷ Vgl. Shoup: Communism, S. 66.

¹⁴⁸ ZAVNOH, Zbornik dokumenata [Gesammelte Dokumente] (Zagreb, 1964-1975), Vol. 1, S. 178-220, zitiert nach Irvine: Croat question, S. 149.

¹⁴⁹ Ebd.

mangelndes Engagement für die kroatische Sache und verglichen ihn mit dem toten Stjepan Radić, der, wäre er noch am Leben – mit Sicherheit auch ZAVNOH in seinem Kampf um Autonomie und Souveränität Kroatiens unterstützt hätte. Hebrang machte sich die Forderungen der HSS zu Eigen und brachte damit viele ehemalige Anhänger der Bauernpartei in die Reihen der Partisanen. Auch das Wirtschafts- und Sozialprogramm der HSS wurde von ZAVNOH übernommen, um Ängste der Bauern vor Einführung des Kommunismus und Zwangsenteignung nach dem Krieg zu entkräften. ZAVNOH wurde als *die* politische Organisation der Partisanen in Kroatien dargestellt, die KP Kroatien trat weiter in den Hintergrund. Wie sehr die angestrebte Autonomie betont wurde, zeigt ein ZAVNOH Appell, der an die kroatischen Heimwehr Soldaten gerichtet war: „Schließt euch ohne zu zögern uns an und ihr werdet Kämpfer für die totale Freiheit und Unabhängigkeit Kroatiens sein. Ein Kroatien, in dem die Kroaten ihre eigenen Herren sein werden.“¹⁵⁰ Ende des Jahres 1943 wurde in einem ZAVNOH Dokument verlautbart, dass Istrien, das Küstenland sowie Dalmatien zu Kroatien gehören und den dort lebenden Italienern Autonomie gewährt werde. Damit wurde eine Entscheidung, die von der KPJ für die zweite AVNOJ-Sitzung geplant war, vorweggenommen. Tito erteilte diesem gezielten Versuch Hebrangs, seine Macht auf Kosten der noch schwachen Zentralmacht (AVNOJ) auch auf andere kroatisch besiedelte Gegenden auszudehnen, eine Abfuhr. Solche weitreichenden Entscheidungen könne und dürfe nur der AVNOJ treffen, da sie sonst keine Relevanz für externe Kräfte habe. Weiters kritisierte er die kroatische KP Führung dafür, dass sie bezüglich der Autonomie für die Italiener nicht spezifizierte, dass es sich lediglich um kulturelle und nicht politische Autonomie handelt. Tito stellte klar, dass sämtliche Entscheidungen, selbst wenn sie ausschließlich Kroatien betreffen, nur von der Parteiführung der KPJ und nicht von der KP Kroatien getroffen werden dürfen. In der Folge nahm ZAVNOH auf seiner zweiten Sitzung davon Abstand, Entscheidungen, die Jugoslawien als Ganzes berühren, zu treffen. Dennoch beharrte Hebrang darauf, dass ZAVNOH die Basis für die Macht und Autorität des AVNOJ in Bezug auf Kroatien sei.¹⁵¹

Hebrangs Vorhaben, den ungebrochen starken Zuspruch der Kroatischen Bauernpartei für seine Zwecke nutzbar zu machen und sie durch die Einbindung in den ZAVNOH auch kontrollieren zu können, war 1943 erfolgreich. Božidar Magovac, ein einflussreiches Führungsmitglied des linken Parteiflügels der HSS, entschloss sich, mit den Partisanen zu

¹⁵⁰ Ebd., S. 150.

¹⁵¹ Ebd., S. 151-152.

kooperieren.¹⁵² Während sich der von Magovac repräsentierte linke Flügel der kroatischen Bauernpartei in einer Koalition mit der KP Kroatien wähnte, waren die Kommunisten laut Džaja dabei, die HSS in „ein trojanisches Pferd mit der Aufgabe, die HSS als führende politische Kraft der Kroaten zu zerschlagen“¹⁵³, zu verwandeln. Magovac wurde zum ZAVNOH-Sekretär bestellt, jedoch wurde ihm eine unabhängige Parteiorganisation verboten. Die Zusammenarbeit erfolgte nicht wie in einer Koalition, sondern über ein neu gegründetes Exekutivkomitee der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei (IO HRSS). Sämtliche Resolutionen, die Magovac veröffentlichte, mussten unter ZAVNOH erscheinen.¹⁵⁴ Unter den der HSS treu gebliebenen Anhängern wurde Zwietracht gesät. Maček wurde gegenüber dem toten Stjepan Radić – „ein echter HSS Politiker, Patriot und Slawe“ – als „Verräter und Ustaše-Kollaborateur“¹⁵⁵ dargestellt.

Im Mai 1944 erklärte Hebrang anlässlich der dritten ZAVNOH-Sitzung dieses zur „Reinkarnation des kroatischen Sabor“ und versprach mehr Autonomie für Kroatien nach dem Krieg als ihm „die serbische Clique“ im *Sporazum* 1939 angeboten hatte. Hebrang machte sich seine eigenen Gedanken über den Platz des Sabors und ZAVNOH im künftigen föderalen Jugoslawien.¹⁵⁶ Er meinte:

„[...] that Croats alone, through their Sabor as the vessel of sovereignty, independently decide their fate. In other words, this means that only the Croatian Sabor as an expression of the democratic will of Croats and Serbs in Croatia can make authoritative decisions about the internal order of Croatia and about her relations with other peoples and states.“¹⁵⁷

Selbstbewusst durch die mittlerweile große Zustimmung der Kroaten, hatte Hebrang mit seinen Ansichten zu unabhängigen politischen Institutionen in Kroatien den Weg der KPJ und des Politbüros immer weiter verlassen. In den folgenden Wochen und Monaten verzichtete Hebrang sogar auf die obligatorische Erwähnung Jugoslawiens in Artikeln und Aufrufen. Dies brachte ihn erneut mit Tito in Konflikt, der im Begriff war, die Partei stärker zu zentralisieren. Trotzdem zeigte er sich flexibel, denn in gewisser Weise war Tito auf ihn angewiesen. Hebrang hatte den großen Zuspruch der Partisanenbewegung in Kroatien durch seine Politik erst ermöglicht. Weniger flexibel zeigte sich Milovan Đilas, der aus serbischer Sicht Hebrangs Linie kritisierte:

¹⁵² Vgl. Ivo Banac: With Stalin against Tito. Cominformist Split in Yugoslav Communism. Ithaca, New York: Cornell University Press 1988, S. 90-91.

¹⁵³ Džaja: Politische Realität, S. 106.

¹⁵⁴ Vgl. Irvine: Croat question, S. 154-159.

¹⁵⁵ Džaja: Politische Realität, S. 106 -107.

¹⁵⁶ Vgl. Irvine: Croat question, S. 162-163.

¹⁵⁷ Ebd.

„[...] by placing the primary emphasis on attracting the Croatian masses, Hebrang gave the party a predominately croatian tone,“¹⁵⁸ „and thereby aroused anxiety among the Serbs of Croatia.“¹⁵⁹

Die in Kroatien lebenden Serben waren irritiert. Hatten sie doch als erste und an vorderster Front gegen die Besatzungsmächte und die Ustaše gekämpft. Als damit begonnen wurde, ZAVNOH zur Regierung Kroatiens zu machen, hinterfragten sie ihre Stellung im zukünftigen Kroatien. Hebrang bemühte sich um die Serben in Kroatien und würdigte deren hohen Blutzoll im Kampf um die Befreiung Kroatiens und versprach ihnen die Gleichberechtigung mit den Kroaten. Als Anerkennung wurde eine serbische Zeitung (*Srpska riječ*) sowie der serbische Klub im ZAVNOH, als politische und kulturelle Interessensvertretung der Serben Kroatiens, gegründet. Die Klubmitglieder wurden damit beauftragt, die Ustaša- Propaganda zu entkräften, wonach die Serben in Kroatien nur ein Mittel zum Zweck seien und nach dem Sieg der Partisanen von Kroaten erneut verfolgt würden. Trotz all dieser Maßnahmen waren die Serben extrem unzufrieden mit ihrer Situation, besonders in der Kordun- Gegend. Bereits bestehende nationale Antagonismen wurden noch zusätzlich verstärkt. Serben aus dieser Gegend weigerten sich, gemeinsam mit Kroaten zu kämpfen. Schließlich desertierten im Mai 1944 mehrerer hundert serbischer Partisanen aus dieser Gegend und liefen zu den Deutschen über. Eine, diesen Vorfall untersuchende Kommission stellte eine weit verbreitete Frustration unter den serbischen Partisanen fest. Ihnen wurde von der KP Kroatien der Gebrauch der kyrillischen Schrift in Publikationen der Partisanen ebenso verboten wie Diskussionen über die Ustaša-Massaker an Serben während der ersten beiden Kriegsjahre. Sie beklagten sowohl den Mangel an serbischen Repräsentanten im ZAVNOH und der KP Kroatien als auch den Mangel an Garantien der politischen wie kulturellen Gleichberechtigung der Serben im neuen Staat. Die KP-Führung Kroatiens reagierte schnell und griff hart durch. Die Verantwortlichen wurden verhaftet und hart bestraft. Sämtliche serbische Parteimitglieder aus der Kordun Region wurden von einer Kommission zu den Vorfällen befragt, viele wurden daraufhin ausgeschlossen oder versetzt.¹⁶⁰

Gegen Ende des Krieges schienen die Interessen Hebrangs und Titos noch weiter als bisher auseinanderzugehen. Hebrang sprach sich unter anderem für die Einführung von Religion als Pflichtfach an kroatischen Schulen, das Verbot von Scheidungen, die Beibehaltung der lateinischen Schrift in sämtlichen Publikationen der KP sowie die Errichtung einer eigenen kroatischen Telegrafagentur aus. Besonders Letzteres war Tito, der auch die Medien

¹⁵⁸ Milovan Djilas: Wartime. Ins Deutsche übersetzt von Michael B. Petrovich. New York: Harcourt 1977, S. 315.

¹⁵⁹ Banac: Stalin, S. 93.

¹⁶⁰ Vgl. Irvine: Croat question, S. 170-173.

zentralisieren wollte, ein Dorn im Auge. Andrija Hebrang wurde im Sommer 1944 auf Geheiß Titos auf den Posten des Industrieministers hinweggelobt. Sein Nachfolger als kroatischer Parteichef wurde der linientreuen Vladimir Bakarić ¹⁶¹

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 193-198.

3. Kapitel

Im Folgenden befasse ich mich mit den Aspekten der Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den 1980er-Jahren, die für den Zerfall Jugoslawiens von besonderer Relevanz waren. In dieser Phase kam die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) unter Tito an die Macht. Wie im Krieg von der Partei propagiert, wurde der zweite jugoslawische Staat als Resultat des „Volksbefreiungskampfes“ auf föderalistischer Basis gegründet um die „Gleichberechtigung“ aller Völker zu gewährleisten. Ähnlich wie König Aleksander (siehe Kapitel 2) waren die Kommunisten davon überzeugt, durch ihre Politik/Herrschaft die Völker einen zu können. Ein Konsens bezüglich des gemeinsamen Staates in der Bevölkerung war daher keine Vorbedingung, sondern das erklärte Ziel dieser Politik.¹⁶² So wurde beispielsweise versucht, die Einheit der jugoslawischen Völker nach den im Krieg geschehenen Greueln dadurch zu erreichen, dass bestimmte Ereignisse oder Facetten des Bürgerkriegs tabuisiert bzw. andere, dem offiziellen kommunistischen Geschichtsbild dienende, hervorgekehrt wurden.

3.1. Die Ausschaltung politischer Gegner

Es wurde Erinnerungspolitik im Sinne der Partei betrieben, die die Machtergreifung legitimieren sollte. Es blieb kein „Aspekt der Jahre 1941-45 unberücksichtigt“¹⁶³. Dabei war jede kritische

„Auseinandersetzung mit den Kriegsereignissen [...] unerwünscht, da sie nicht nur den Staat, sondern auch die KPJ als „Schöpfer“ des Staates hätte in Frage stellen können. Die KPJ stand und fiel mit der neuen Staats- und Nationalkonzeption, und der stand und fiel mit der KPJ.“¹⁶⁴

Die oberste Priorität der Kommunisten war, die errungene Macht so gut wie möglich abzusichern. Der Anspruch der „alten“ Parteien, das Nachkriegsjugoslawien mitgestalten zu wollen, war für die Kommunisten inakzeptabel. „Ziel der kommunistischen Geschichts- und Erinnerungspolitik war es, das Andenken an die Heldentaten, die Brutalität der Gegner und die Opferzahlen des Zweiten Weltkriegs wachzuhalten.“¹⁶⁵ Nach Meinung der KPJ war die Herrschaft dieser Parteien am Scheitern des Ersten Jugoslawien schuld. Den ausbeuterischen Kapitalismus und das Versagen der Parteien in der nationalen Frage sahen die Kommunisten

¹⁶² Vgl. Ramet: Die drei Jugoslawien, S. 231.

¹⁶³ Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S. 348.

¹⁶⁴ Ebd., S. 345.

¹⁶⁵ Ebd., S. 348.

dabei als entscheidend an. Somit lenkten sie Hass und Ängste der Bevölkerung bewusst gegen politische Gegner und legitimierten damit strenges Vorgehen gegen dieselben.

Nach der Kapitulation Italiens waren die Partisanen Ende 1943 militärisch so erfolgreich, dass sie auch von den Alliierten nach der Konferenz von Teheran als Widerstandsbewegung anerkannt und nun anstelle der Četniks unterstützt wurden.¹⁶⁶ Auf Druck des britischen Premier Winston Churchill, der nach dem 50:50 -Abkommen mit Stalin Jugoslawien zu seiner Einflusszone rechnete, wurde General Draža Mihailović von König Petar II. Karađorđević aus der Exilregierung, der er seit 1941 als Kriegsminister angehörte, entlassen. Es folgte eine Regierungsbildung, mit welcher der Kroat Ivan Šubašić, Mitglied der kroatischen Bauernpartei, beauftragt wurde. Churchill machte die Einbindung des Königs beziehungsweise der Exilregierung in den Gründungsprozess des neuen Jugoslawiens zur Bedingung. Doch die Verhandlungen zwischen Tito und Šubašić auf der Adriainsel Vis führten zu zwei Abkommen, in denen Tito seine Vorstellungen durchsetzen konnte. In dem ersten Abkommen anerkannte Šubašić die neue vom AVNOJ beschlossene föderale Ordnung Jugoslawiens und verpflichtete sich, die neue königliche Regierung ausschließlich aus demokratisch gesinnten Politikern zusammenzustellen, die sich nicht gegen die Volksbefreiungsbewegung gestellt hatten und bereit waren, mit der Volksfront zu kooperieren. Tito erklärte, er wolle intensiver mit der Exilregierung zusammenarbeiten und habe nicht vor, die Fragen betreffend der Rückkehr des Königs beziehungsweise der Regierungsform vor einem Volksentscheid zu treffen. Er ging in weiterführenden Verhandlungen sogar soweit zu behaupten, in Jugoslawien nicht den Kommunismus einführen zu wollen. Das Resultat des zweiten Tito-Šubašić-Abkommens bedeutete eine weitere Stärkung der Position Titos. Der König sollte seine Kompetenzen an eine Regentschaft übertragen, auf deren Zusammensetzung Tito Einfluss eingeräumt wurde. Weiters wurde die Bildung einer gemeinsamen provisorische Regierung beschlossen. Srećko Džaja betont die Bedeutung dieses Schrittes für die weitere Entwicklung:

„Der Einstieg zur Zusammenarbeit der anderen politischen Parteien und Gruppen erfolgte nach dem zweiten Tito-Šubašić Abkommen vom 1. November 1944 und spielte sich zunächst ausschließlich im Rahmen der Volksfrontpolitik ab, beziehungsweise „der Deklaration über die politische Grundlage der Einheitlichen Volksbefreiungsfront (JNOF)“ vom 31. Dezember 1944. Letztere verpflichtete alle Mitglieder der Volksfront-Dachorganisation auf die Zustimmung

¹⁶⁶ Vgl. Weithmann: Balkan Chronik, S. 419-420.

sämtlicher Entschlüsse des Exekutivausschusses der Volksfront, der freilich unter Kontrolle der Kommunisten stand.“¹⁶⁷

Durch Annahme der Deklaration traten Teile folgender Parteien in die JNOF ein: die Sozialistische Partei, die Republikanische Partei (Jaša Prodanović), der Bauernbund, die Selbstständigen Demokratischen Partei (Sava Kosanović), die Sozialdemokratische Partei und die Bauernvolkspartei (Dragoljub Jovanović).¹⁶⁸ Auf Druck der Alliierten wurde auch eine bürgerliche Opposition außerhalb der Volksfront zugelassen. Der Serbe Milan Grol, vor dem Krieg Vorsitzender der Demokratischen Partei (DS) und danach Mitglied der Londoner Exilregierung, war der Hauptvertreter dieser Opposition.¹⁶⁹

Am 30. Jänner 1945 trat der König all seine Kompetenzen ab und am 7. März erfolgte die Bildung der provisorischen gemeinsamen Regierung des „Demokratisch Föderativen Jugoslawiens“ (DFJ). Ihr Auftrag war es, Wahlen beziehungsweise in weiterer Folge eine neue Verfassung vorzubereiten.¹⁷⁰ Neben Tito als Ministerpräsident waren auch Milan Grol als stellvertretender Ministerpräsident Ivan Šubašić als Außenminister in der Regierung.¹⁷¹ Der Montenegriner Milovan Đilas, Politbüromitglied und einer der damals engsten Vertrauten Titos, erklärte diese Vorgangsweise so:

„Die Bildung einer gemeinsamen Regierung Anfang März 1945 durch Vertreter des Partisanenparlaments AVNOJ und Exilpolitiker königlicher Regierungen lag auf der Linie der Vereinbarungen der Alliierten von Jalta. Aber die Partei und die unter dem Einfluß von Tito und Kardelj stehende AVNOJ-Führung interpretierten Jalta auf ihre eigene Weise. Trotz aller Bemühungen der Briten akzeptierten wir den König nicht, sondern nur ein „Königliches Regentschaftskollegium“, das sich aus uns gewogenen Persönlichkeiten zusammensetzte. Jeder in der Parteiführung und ihr nahestehenden Kreisen hatte begriffen, daß damit das Schicksal der Monarchie besiegelt war, auch wenn es eine Menge Leute gab, die sich mit dieser Art der Lösung nicht gerade zufrieden zeigten.“¹⁷²

3.1.1. Das Ende der Demokratie

Die politischen Gegner der Kommunisten wurden in ganz Jugoslawien bereits während des Krieges systematisch verfolgt. Die Grundlage dafür wurde auf der zweiten AVNOJ Sitzung in Jajce 1943 gelegt. Von diesen Beschlüssen waren auch die Volksdeutschen betroffen; ihnen wurde die jugoslawische Staatsbürgerschaft entzogen beziehungsweise jegliches bewegliches

¹⁶⁷ Džaja: Politische Realität, S. 107.

¹⁶⁸ Vgl. ebd.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 91-93.

¹⁷¹ Vgl. Karl Kaser: Handbuch der Regierungen Südosteuropas (1833-1980) II. Zur Kunde Südosteuropas II/10. Hrsg. vom Institut für Geschichte Universität Graz, Abt. Südosteuropäische Geschichte Prof. Dr. F. Hauptmann. Graz: Eigener Verlag 1982, S. 61.

¹⁷² Milovan Djilas: Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945-1966. München: Molden-Seewald GmbH 1983, S. 41.

und unbewegliches Vermögen beschlagnahmt.¹⁷³ Branko Petranović beschreibt das Vorgehen folgendermaßen:

„Das wichtigste Verfolgungsorgan war die auf Anordnung Titos am 13. Mai 1944 gegründete „Abteilung zum Schutz des Volkes“ (OZN-a), die 1946 in die „Verwaltung für Staatssicherheit“ (UDB-a) umgestaltet wurde und die ohne Gerichtsverhandlung Tausende von Zivilisten, darunter viele Priester – oft nach vorangegangener Folterung – an geheim gehaltenen Orten liquidierte.“¹⁷⁴

Weiters beschloss der AVNOJ die Gründung einer Staatskommission für die Ahndung von Kriegsverbrechen. Zu diesem Zweck wurde auf die Struktur der kommunistischen Landes-, Regional- und Gemeindekomitees in den befreiten Gebieten zurückgegriffen. Dadurch entstand eine äußerst mächtige Pyramide von mehr als 1.600 Kommissionen, die mit Parteianhängern besetzt wurden. Bis zum Ende der Aktion am 12. April 1948 wurden insgesamt 900.000 Strafanzeigen mit einschlägigen Dokumenten gesammelt, aufgrund welcher die Staatskommission ca. 120.000 Entscheidungen traf, nach denen ca. 65.000 Personen zu „Kriegsverbrechern, Hochverrättern und Volksfeinden“ erklärt wurden.¹⁷⁵ Auf diese Weise

„entstand eine riesige Dokumentationsbasis, die im sozialistischen Jugoslawien mehrfach verwendet wurde: bei der Anfertigung von Anklageschriften in zahllosen politischen Prozessen sowie von Anträgen für die Auslieferung der mutmaßlichen Kriegsverbrecher, die sich ins Ausland abgesetzt hatten, schließlich für die propagandistischen Publikationen und die kommunistische Geschichtsschreibung.“¹⁷⁶

Noch kurz vor Kriegsende kam es in der Nähe von Bleiburg in Kärnten zu massenhaften Liquidierung auf der Flucht befindlicher slowenischer und kroatischer Soldaten und Zivilisten durch Partisanen. Diejenigen, die es bis über die Grenze schafften, wurden von den britischen Truppen umgehend an die Partisanen ausgeliefert und liquidiert. Milovan Đilas lieferte eine mögliche Erklärung für das Massaker

„Niemand weiß, ob Tito direkte Befehle gegeben hat oder nicht. Doch er war sicher für eine radikale Lösung – aus pragmatischen Gründen, genauso wie die Briten pragmatische Gründe hatten, diese Flüchtlinge [im Zusammenhang mit Bleiburg, Anm. Portmann] zurückzuschicken. [...] Es gab keine Möglichkeit, die 20.000 bis 30.000 Fälle zuverlässig zu untersuchen. So war der einfachste Ausweg, sie alle zu erschießen, um damit das Problem los zu sein.“¹⁷⁷

¹⁷³ Vgl. Melčić, Dunja: Abrechnung mit den politischen Gegnern und die kommunistischen Nachkriegsverbrechen, in: Der Jugoslawien-Krieg, S. 198.

¹⁷⁴ Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S. 336.

¹⁷⁵ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 93.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Milovan Đilas: Persönliche Erfahrungen mit der Geschichte, In: George Urban, Gespräche mit Zeitgenossen. Acht Dispute über Geschichte und Politik. Weinheim, Basel: Beltz 1982, zitiert nach Michael Portmann: Kommunistische

Kommunistischen Angaben zufolge lag die Gesamtopferzahl des Zweiten Weltkriegs auf jugoslawischer Seite bei 1,7 Millionen. Dieser Mythos blieb in die 1980er-Jahre unangetastet. Er diene den Kommunisten um den Wert des Partisanenkampfes noch weiter zu steigern.¹⁷⁸

Nachdem Vladko Maček der Führer der stärksten und einflussreichsten politischen Kraft, der Kroatischen Bauernpartei (HSS), ins Exil gegangen war, hatten die Kommunisten schon während des Krieges damit begonnen den linken Flügel der HSS für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Wenig Erfolg hatte der Protest von Marija Radić, der Witwe des ermordeten Führers der kroatischen Bauernpartei Stjepan Radić, und der gemeinsamen Tochter Mira Košutić. Sie gaben die neugegründete Zeitung *Narodni glas čovječnosti, pravice i slobode* [„Die Volksstimme der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit“] heraus. In der ersten und einzigen Ausgabe vom 20. Oktober 1945 wurde unter dem Titel „Zašto ne idemo na izbore?“ [„Warum wir den Wahlen fern bleiben wollen?“] klargestellt, dass „der linke in die Volksfront eingebundene Flügel der Kroatischen Bauernpartei (IO HRSS) nicht alle Anhänger der HSS hinter sich habe und nur Vladko Maček, der von dem IO HRSS zum Verräter gestempelt wurde, das kroatische Volk vertreten könne.“¹⁷⁹ Weiters schrieb das Blatt, dass das Benutzen des Volksbefreiungskampfes für revolutionäre Projekte der Kommunisten, die Diffamierung und Verfolgung politischer Gegner als Volksfeinde, die massive Einschüchterung der Wähler während des Wahlkampfes sowie die Benachteiligung Sloweniens beziehungsweise Kroatiens bei der Geldumrechnung, wo im Falle Kroatiens für 1.000 Kuna nur 7 statt der ursprünglich vorgesehenen 20-25 Dinar zu erhalten waren, kritisiert und eine Rückkehr zur politischen Normalität verlangt.¹⁸⁰ Der Verkauf der Zeitschrift wurde, nachdem die erste Nummer mit zwei Auflagen von je 50.000 Stück schnell vergriffen war, von der Zagreber Staatsanwaltschaft am 23. Oktober 1945 eingestellt. Wie die Tageszeitung *Vjesnik* berichtete, hatten sich die Arbeiter der Druckerei geweigert, „ein reaktionäres Blatt wie *Narodni glas*, das gegen die Errungenschaften des Volksbefreiungskampfes schreibt“¹⁸¹, zu drucken.

Es folgte eine Kampagne zur Vorbereitung und Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung, welche die Kommunisten als Erweiterung zu der bisher von ihnen geschaffenen politischen Infrastruktur betrachteten. Bei der Einberufung der Mitglieder, die

Abrechnung mit Kriegsverbrechern, Kollaborateuren, „Volksfeinden“ und „Verrätern“ in Jugoslawien während des 2. Weltkriegs und unmittelbar danach (1943-1950). Wien: GRIN 2007, S. 144.

¹⁷⁸ Vgl. Ramet: Die drei Jugoslawien, S. 228.

¹⁷⁹ Džaja: Politische Realität, S. 109.

¹⁸⁰ Vgl. ebd., S.109-110.

¹⁸¹ Vgl. ebd., S. 110.

vormals Abgeordnete der Nationalversammlung 1938, Mitglieder bürgerlicher Parteien oder angesehene öffentliche Vertreter waren, wurde auf deren politische Zuverlässigkeit im kommunistischen Sinn geachtet. Somit war die erdrückende Mehrheit der Kommunisten und ihrer Sympathisanten bei der konstituierenden Sitzung der provisorischen Nationalversammlung am 7. August 1945 in Belgrad wenig überraschend. In der Folge wurden alle revolutionären Gesetze der Kommunisten mit Leichtigkeit beschlossen, die Opposition konnte meist nur 13 Stimmen (Grols Gruppe) aufbringen und wurde verlacht.¹⁸² Die Kommunisten waren damit noch nicht zufrieden, „ihr eigentliches Ziel war die theoretische und praktische Beseitigung jeder politischen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition“¹⁸³.

Mit Grol wurde abgerechnet, er wurde aufgrund seiner liberal klingenden Wortmeldungen in der parlamentarischen Debatte von den Kommunisten „des Verrats, der Spionage und der Kollaboration mit inneren und äußeren Feinden des neuen Jugoslawiens beschuldigt.“¹⁸⁴ Đilas berichtet:

„Um Grol begannen sich nicht nur Anhänger seiner Partei zu scharen, er wurde auch zum Katalysator verbissener Antikommunisten und Nationalisten. Die verdeckte Kampagne gegen ihn als ‚Repräsentanten‘ der Reaktion und des Tschetniktums wurde von Tag zu Tag heftiger und mit jeder neuen Ausgabe von *Demokratija* öffentlicher.“¹⁸⁵

Diese von Grol herausgegebene Zeitung wurde mit Wissen und unter Duldung der Parteiführung von jungen Kommunisten auf den Straßen öffentlich verbrannt.¹⁸⁶ Doch Grol setzte sich weiterhin „persönlich gegen Verhaftungen und Erschießungen ein, die im Jahre 1945 von Sicherheitsorganen, meist ohne Gerichtsurteil, durchgeführt wurden.“¹⁸⁷ In Regierungskreisen wurde ein Zitat von ihm kolportiert, das besagte, dass dies kein Staat sei, sondern ein Schlachthaus.¹⁸⁸ Grol trat am 18. August 1945 von seinem Amt als Vizepräsident der gemeinsamen provisorischen Regierung zurück und setzte den Oppositionskurs fort, bis seine Zeitung am 8. November 1945 vom Regime eingestellt wurde.¹⁸⁹

¹⁸² Vgl. ebd., S. 107-108.

¹⁸³ Ebd., S. 108.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Đilas: *Memoiren*, S. 42.

¹⁸⁶ Vgl. ebd.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Vgl. ebd.

¹⁸⁹ Vgl. Džaja: *Politische Realität*, S. 108.

Bald darauf trat Šubašić ebenfalls zurück. Gegen ihn wurde jedoch keine Kampagne geführt, er stand allerdings während der Vorbereitungen zum Rücktritt unter Hausarrest. Đilas schildert Šubašićs Situation als eigenartig:

„[...] die Reste der offiziellen kroatischen Bauernpartei des emigrierten Vlatko Maček (Šubašić war bis zum Kriegsausbruch einer ihrer Führer) gehörten der Front nicht an, und auch ehemalige Parteianhänger, die der Volksfront beigetreten waren, unterstützten Šubašić nicht; [...]“¹⁹⁰

Die Bedeutung seines Rücktritts wurde von den Briten jedoch unterschätzt:

„Tatsache war, daß er in der Regierung die Kontinuität des alten Jugoslawien und damit indirekt auch den Westen in den Abkommen mit der Sowjetunion repräsentiert.[...] Die Staatsform des alten Jugoslawien war am Erlöschen. Das Aushöhlen und Umgehen von Abkommen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Großmächten hatte begonnen.“¹⁹¹

Die Kommunisten waren nicht bereit, ihr Machtmonopol zu teilen. Sie bekämpften jegliche Art von Opposition mit allen Mitteln. Nicht weil die KP von einer Wahlniederlage bedroht gewesen wäre, sondern aus Furcht vor der Institutionalisierung einer Opposition. Das Politbüro sah die Lösung in einem speziell für diesen Zweck formulierten neuen Wahlgesetz.¹⁹² Der im Politbüro dafür zuständige Kardelj formulierte das Wahlgesetz so,

„[...] daß es der Opposition die Teilnahme unmöglich machte. Die Bezirks- und Republiklisten waren an die Bundesliste gebunden. Mit Ausnahme der Kommunisten waren sämtliche politischen Gruppierungen national und nicht gesamtjugoslawisch. Sie waren davon abhängig, ob die von Kommunisten und Volksfront kontrollierten Wahlkommissionen sie zu den Wahlen zulassen würden. Außerdem gab es im Wahlgesetz das Präjudiz, nach dem Beschlüsse des AVNOJ in der Konstituante nicht geändert werden konnten.“¹⁹³

Um ganz sicher zu gehen, dass potentielle Gegner der Kommunisten und der Volksfront keine Chance hatten, wurden im Zuge der Wahlvorbereitung Streichungen im Wählerverzeichnis vorgenommen. Nach ursprünglichen Vorschlägen wären in manchen Gegenden des Landes zwischen 40 - 50 %, in Kroatien sogar 60 % der Bevölkerung nicht wahlberechtigt gewesen. Edvard Kardelj, dem im Politbüro für die Konstituante zuständigen Funktionär, war sich darüber im Klaren, dass dies zu viel des revolutionären Eifers gewesen wäre. Er verlangte eine weitgehend einheitliche Aberkennungsquote für Serbien und Kroatien.¹⁹⁴ In Kroatien betrug sie schließlich 3,28 % (69.109) und in Serbien 2,13 % (50.417). Aus den Wahllisten

¹⁹⁰ Đilas: Memoiren, S. 44.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Vgl. ebd., S. 46

¹⁹³ Đilas: Memoiren, S. 43.

¹⁹⁴ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 110.

wurden insgesamt 194.158 Personen gestrichen und zur Wahl 8.235.963 zugelassen.¹⁹⁵ Nachdem die Opposition die Wahlen boykottierte, macht der Führer der Republikaner Jaša Prodanović den Vorschlag, eine „Wahlurne ohne Liste“ einzuführen (das Volk gab ihr den Namen „die unnütze Kiste“), in die alle, die „dagegen“ waren ihre Stimme abgeben konnten.¹⁹⁶ Davon machten bei der Wahl zur Bundesversammlung (*Savezna skupština*) durchschnittlich 9,52 % (in Kroatien 8,84 %, in Serbien 11,41 %) und bei der Wahl zur Nationalitätenversammlung (*Skupština naroda*) immerhin durchschnittlich 11,30 % (in Kroatien 10,75 %, in Serbien 12,69 %) der Wähler¹⁹⁷ Gebrauch. All das, trotz widriger Umstände, unter denen die Wahl stattfand.¹⁹⁸

Die britische Diplomatie erklärte den Wahlausgang folgendermaßen:

„Es scheint, daß die Wahlergebnisse die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung ziemlich genau widerspiegeln. Wenn diese Annahme stimmt, dann haben wir einen Nachweis mehr, daß der Trend zur Errichtung von Diktaturen in Mittel- und Osteuropa wächst, und zwar nicht deshalb, weil die breite Bevölkerung vom Kommunismus als Regierungsform überzeugt wäre, sondern deshalb, weil die Kriegs- und Nachkriegserfahrungen die Leute für ein Regime, das Ordnung und Sicherheit verspricht, empfänglicher machen, sogar um den Preis, daß sie auf persönliche Freiheiten und politische Entscheidungen verzichten müssen.“¹⁹⁹

Nach dem Sieg der Volksfront bei den Wahlen wurde in westlichen Medien kritisiert, dass die KPJ dabei sei, in Jugoslawien eine Diktatur einzuführen. Tito antwortete auf die Kritik nach Milovan Đilas wie folgt:

„In der Volksfront gibt es, wie Sie wissen, mehrere Parteien (in Wirklichkeit waren es Gruppen, Reste von Parteien – der Autor), und so wird sich im Parlament, innerhalb der Volksfront vermutlich, eine Opposition herauskristallisieren. Ich bin überzeugt, daß es eine Opposition geben wird. Und zwar eine ziemlich starke Opposition, und nicht solch eine wie ehemals (gemeint sind Grol und Šubašić).“²⁰⁰

3.1.2. Die Entmachtung der Kirchen

Die Bastionen des Serbentums und Kroatentums in Form der serbisch-orthodoxen und der katholischen Kirche wurden entmachtet und weitgehend aus dem öffentlichen Raum verbannt. Hauptgrund dafür war, dass

„[d]er katholische Klerus – und nicht nur der katholische[...] sich berufen [fühlte], nicht nur seine Gläubigen religiös zu betreuen, sondern auch als Anwalt der politischen Interessen seines

¹⁹⁵ Ebd., S. 110-111.

¹⁹⁶ Vgl. Djilas: Memoiren, S. 45-46.

¹⁹⁷ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 112.

¹⁹⁸ Ebd., S. 111.

¹⁹⁹ Ebd., S. 111-112.

²⁰⁰ Vgl. Djilas: Memoiren, S. 46.

Volkes aufzutreten. Ein solches Selbstverständnis stand im engen Zusammenhang mit der Rolle der Religionsgemeinschaften als Schutzorte der nationalen Identität in der jahrhundertlang andauernden Epoche der Fremdherrschaften in diesem Raum.“²⁰¹

Dem katholischen Erzbischof von Zagreb Alojzije Stepinac (1898-1960) machte Tito den Vorschlag, eine „nationale“ kroatisch-katholische Kirche zu gründen und sich von Rom loszusagen. Stepinac, ein treuer Diener des Papstes, war aber dazu unter keinen Umständen bereit.²⁰²

In dem am 20. September 1945 veröffentlichten Hirtenbrief des kroatischen Episkopats protestierte die kroatische Amtskirche unter anderem „gegen eine systematische Verfolgung der katholischen Kirche von Seiten der Kommunisten“²⁰³ wegen des Vorwurfs der Kollaboration mit dem Ustaša-Regime, „gegen die Beschlagnahme der katholischen Druckereien in Ljubljana, Maribor, Šibenik, Mostar und Sarajevo“²⁰⁴ sowie „gegen [die] radikale Bodenreform ohne irgendwelche Entschädigung.“²⁰⁵

Sofort wurde eine Kampagne gegen Stepinac und die katholische Kirche gestartet und der Erzbischof schien auf der Liste der Kriegsverbrecher auf. Er wurde unter anderem der politischen Kollaboration mit der italienischen und deutschen Besatzung und der gewaltsamen Konversion der orthodoxen Serben zum Katholizismus bezichtigt und angeklagt. Der Prozess wurde in äußerst kurzer Zeit (30. September bis 11. Oktober 1946), mit Verhandlungszeiten zumeist von 8 bis 21 Uhr durchgeführt, um die verhandlungsfreie Zeit und damit die Vorbereitungsmöglichkeit der Verteidigung möglichst kurz zu halten. Die Beweisführung der Anklage bestand größtenteils aus Presseausschnitten jener Zeit (1941-1946) beziehungsweise aus Protokollen ähnlicher Prozesse, die nun damit in Verbindung gebracht wurden. Die Anklage stellte 58 Zeugen, zumeist aus Regionen, die der Jurisdiktion Stepinac‘ nicht unterstanden, die alle gegen ihn aussagten. Die schriftlichen Gegenbeweise der Verteidigung wurden nur selektiv entgegengenommen. Von 47 Zeugen der Verteidigung, unter denen auch Juden und Serben waren, wurden lediglich sieben zugelassen. Die Polizei wachte darüber, dass sich niemand vom anwesenden Publikum Notizen machte. Das offizielle Stenogramm wurde „korrigiert“ beziehungsweise zensiert. Stepinac bekannte sich in allen Anklagepunkten nicht schuldig und wies alle Vorwürfe mit Entschlossenheit zurück. Er wurde zu „sechzehn

²⁰¹ Džaja: Politische Realität, S. 102.

²⁰² Vgl. Ramet: Die drei Jugoslawien, S. 234.

²⁰³ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 97-98.

²⁰⁴ Ebd., S. 97.

²⁰⁵ Ebd., S. 98.

Jahren Zwangsarbeit sowie zu fünf Jahren Entzug der politischen Rechte“²⁰⁶ verurteilt. Die Strafe wurde später abgemildert und in Hausarrest umgewandelt. An Stepinac sollte ein Exempel statuiert werden. Dafür spricht, dass die katholische Kirche in Kroatien den letzten verbliebenen Sammelpunkt des Kroatentums bildete. Die kroatischen Bauernpartei war zersplittert und ihr Führer Maček ins Exil geflüchtet.²⁰⁷ Milovan Đilas behauptet, die Strategie der Kommunisten war es, Stepinac stellvertretend für Maček anzuklagen.

„Doch die Strategie des Prozesses war falsch. Stepinac wurde nämlich überwiegend seine Haltung während des Krieges zur Last gelegt, der wirkliche Anlaß zu diesem Prozeß war indes seine oppositionelle Tätigkeit nach dem Krieg. Diese Wahrheit war schon dadurch nicht zu verschleiern, daß er erst fünfzehn Monate nach Kriegsende verhaftet wurde, nachdem vorher noch Tito und Bakarić mit ihm Gespräche geführt hatten [...]. Die feste und würdevolle Haltung von Erzbischof Stepinac war ein weiterer Grund für den Mißerfolg des Prozesses.“²⁰⁸

Die Wirkung des Prozesses war dementsprechend desaströs und lag vor allem in der „Vertiefung der Antipathie, die viele Kroaten gegenüber dem kommunistischen Regime hegten, und sie verhalf den Kroaten, in jedem Fall zu einem symbolischen Märtyrer.“²⁰⁹ Ein vertraulicher Polizeibericht aus 1952 gibt Aufschluss über die Einschätzung Stepinacs durch die Kommunisten:

„[...] er hat für seine Ziele sowohl die kroatischen Nationalbestrebungen als auch die faschistischen Tendenzen genutzt. Stepinac war für die Zusammenarbeit mit Deutschland so lange bereit, solange es von Nutzen für die Kirche war. Er war ebenfalls gegen die Juden und Freimaurer, soweit er glaubte, daß sie als Gegner der Kirche isoliert werden müssen. Genauso aber schreckte er später nicht davor zurück, die Juden vor Ausschreitungen der Ustaša sowie vor deutschen Okkupanten zu widersetzen und die Kontakte zu den westlichen Mächten herzustellen, sofern es den Interessen der Kirche dienen konnte.“²¹⁰

Anders als die katholische Kirche kam die serbisch-orthodoxe Kirche mit dem kommunistischen Regime zu einem *modus vivendi* und blieb als Symbol der serbischen Nationaltradition (wenn auch mit nur mit einem marginalen Einfluss auf die Gesellschaft) weitgehend unbehelligt.

Gegen sie wurde zu keinem Zeitpunkt eine solche Kampagne wie gegen die katholische Kirche geführt. Tito war gewillt, großzügig über den Umstand hinwegzusehen, dass die serbisch-orthodoxe Kirche im Krieg die Četniks unterstützt hatte.²¹¹ Von seinem Exil in den

²⁰⁶ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 94-95.

²⁰⁷ Vgl. Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: Beck 2010, S 177.

²⁰⁸ Djilas: Memoiren, S. 59.

²⁰⁹ Ramet: Drei Jugoslawien, S. 237.

²¹⁰ Arhiv Hrvatske [Zagreb], MUP: Katolička crkva kao ideološki protivnik FNRJ, 1952, kut. 5, oznaka 001.1., zitiert nach Džaja: Politische Realität, S. 99.

²¹¹ Vgl. Perica: Balkan Idols, S. 26-28.

USA aus forderte der serbische Theologe und Bischof Nikolaj Velimirović von seinen Landsleuten, im Namen der serbisch-orthodoxen Kirche gegen das Tito-Regime und die kroatisch-katholische Kirche zu kämpfen. Er war auch der erste, der die Kroaten des Genozids an den Serben während des Krieges anklagte. Der in Serbien verbliebene prominente Theologe Justin Popović wurde wegen seines Kampfes gegen das Regime zu 17 Jahren Gefängnis beziehungsweise Hausarrest verurteilt.²¹²

3.2. Die Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (FNRJ)

Reneo Lukic weist auf die besondere Ausgangssituation des sozialistischen Jugoslawiens hin, wenn er schreibt:

„At the end of World War II, Yugoslavia emerged as the ethnically and religiously most diverse country in Eastern Europe, comprising five nations: Serbs, Croats, Slovenes, Macedonians and Montenegrins. (The Muslims were not officially recognized as a nation until the 1974 Constitution.) The new federal state had four official languages, four religions and two alphabets.“²¹³

Am 31. Jänner 1946 wurde die neue Verfassung proklamiert. Als Vorbild diente die sowjetische Verfassung aus dem Jahr 1936. Die Vorarbeiten gestalteten sich jedoch schwierig. Es sollte das von AVNOJ beschlossene föderale System beziehungsweise das von Tito versprochene Selbstbestimmungsrecht und das Sezessionsrecht der einzelnen Republiken, wie in der Sowjetunion, implementiert werden. Vor allem Letzteres schien den allumfassenden kommunistischen Machtanspruch erheblich einzuschränken. Tito widersetzte sich dem Regierungsentwurf energisch:

„Das ist bei uns anders als bei den Russen. Wir können das nicht machen – in irgendeiner der Republiken, sagen wir Makedonien, verändert sich etwas, und die verlangen auf einmal die Abtrennung: Was machen wir dann?“²¹⁴

Schließlich akzeptierte Tito folgende Formulierung, dass

„[...] die Föderative Volksrepublik Jugoslawien als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Völker, die aufgrund des Selbstbestimmungsrechts, einschließlich des Rechts auf Lostrennung, ihren Willen bekundet haben, in einer föderativen Gemeinschaft zusammenzuleben.“²¹⁵

²¹² Vgl. ebd., S. 26-27.

²¹³ Lukic: Europe, S. 76.

²¹⁴ Djilas: Memoiren, S. 47.

²¹⁵ Ebd.

Das kommunistische Regime erklärte die nationale Frage als gelöst. Tatsächlich konnte auf einen Rückgang nationaler Spannungen seit der Machtergreifung verwiesen werden. Dafür gab es eine Reihe von Gründen. Jeglicher Diskurs zu diesem Thema, der von der Parteilinie abwich, wurde untersagt. Die letzten Reste der bürgerlich-nationalen Parteien wurden zerschlagen und ihre führenden Vertreter und Anhänger unterdrückt. Der Geheimdienst verfolgte „nationalistische Elemente“ im In- und Ausland. Die starke nationale Prägung der Bevölkerung blieb lediglich im privaten Bereich unberührt.²¹⁶ Shoup beschreibt die weitere Entwicklung:

„How deeply entrenched these sentiments were, was to become apparent in later years, not through the appearance of anti-Communist organizations, but in the adoption of local national outlooks by the Communists themselves.“²¹⁷

Der KPJ war dieses Problem sehr wohl bewusst. Dies beweist auch die Tatsache, dass die Kommunisten sich beeilten, ein Gesetz zu verabschieden, das jegliche Form von Diskriminierung aufgrund von „Rasse“ und Nationalität, oder (theoretisch auch) aufgrund der Religion als Verbrechen streng verbot.²¹⁸

Um „Brüderlichkeit und Einheit“ nicht zu gefährden, durfte kein Volk bevorzugt oder benachteiligt werden. Die Auswirkungen dieser Politik trafen besonders die Serben in Kroatien, die im Krieg unter der Verfolgung der Ustaše litten und sehr viel Anteil am Erfolg der Partisanen hatten. Nun stellten die von kommunistischen Machthabern versprochenen Sonderrechte innerhalb Kroatiens ein Problem dar. Sie wurden aus Angst vor der Reaktion anderer Nationen wieder zurückgenommen beziehungsweise nicht mehr thematisiert.²¹⁹

Die Grenzziehung stellte in Bezug auf Gleichberechtigung eine besondere Herausforderung für die Kommunisten dar. Speziell die Grenzfrage zwischen Kroatien und Serbien führten zu heftigen internen Diskussionen, die mitunter auch nationalistische Züge annahmen. Tito selbst versuchte die Bedeutung der Republiksgrenzen herunterzuspielen:

„[...] The borders of the federal states in federal Yugoslavia are not borders which divide, but borders which unite. What is the meaning of federal units in today's Yugoslavia? We don't consider them a group of small nations; rather they have a more administrative character, the freedom to govern oneself. That is the character of independence of each federal unit, full independence in the sense of free cultural and economic development.“²²⁰

²¹⁶ Vgl. Shoup: Communism, S. 100-110.

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 110.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 110-111.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 112 f.

²²⁰ Borba, 22.Mai 1945, S. 1, zitiert nach Shoup: Communism, S. 116.

Schließlich wurde eine Grenzkommision unter der Leitung von Milovan Đilas mit der Aufgabe betraut, denn die Standpunkte waren verhärtet. Wie der kroatische Historiker Ljubo Boban erklärt, war dafür die wechselnde Zugehörigkeit des Grenzgebiets im Ersten Jugoslawien verantwortlich, die von wechselnden Bevölkerungsmehrheiten begleitet wurde. Die Rückkehr der zu Zeiten der NDH geflohenen Serben führte zu zusätzlichen Spannungen.²²¹ Die kroatische Parteiführung stellte fest, dass Sr(ij)em vor der Entstehung Jugoslawiens 1918 ein Teil Kroatien-Slawoniens war, für die Serben dagegen galt die Vojvodina und damit auch Srem als ein serbisches Land.²²² Der Vorsitzende der Grenzkommision Milovan Đilas schildert die Situation folgendermaßen:

„[...] in der Wojwodina, wurde die Grenzziehung zwischen Serbien und Kroatien am Ende des Krieges aktuell – mit noch immer von Haß diktierten Argumenten. Hebrang tobte sich in seiner Aufsässigkeit [sic!] und Unversöhnlichkeit aus: „Man kennt doch die Grenze Kroatiens: bis Zemun! Entlang der Save bis zur Einmündung in die Donau!“²²³

Schließlich wurde die Region im Norden rund um Subotica, die größtenteils von Ungarn und *Bunjevci* Katholiken (Kroaten) bewohnt war, Serbien zugeteilt. Srem wurde zwischen Serbien und Kroatien geteilt.²²⁴ Đilas berichtet:

„Wir hielten uns bei der Arbeit ans ethnische Prinzip, um das Minderheitenproblem in Serbien bzw. Kroatien so gering wie möglich zu halten und das nationale Gefüge möglichst wenig zu stören. [...] Der serbische und kroatische Nationalismus waren damals weniger anziehend und auch stärker geknebelt gewesen.“²²⁵

Ebenfalls eine Gratwanderung stellte die Grenzziehung der Republik Serbien dar. Einerseits sollte die serbische Dominanz aus dem Ersten Jugoslawien gebrochen werden, andererseits sollten die Serben auch nicht benachteiligt werden. Besonders heikel war die Situation in Zusammenhang mit dem Kosovo. Während die Kosovo-Albaner eine eigene Republik forderten, war dies und der damit verbundene Verlust der „Wiege der serbischen Nation“ (auch) für serbische Kommunisten absolut inakzeptabel. Tito entschied sich für den Kompromiss, das Kosovo zu einem autonomen Gebiet innerhalb Serbiens zu machen.²²⁶

3.3. Der Titoismus

²²¹ Vgl. Ljubo Boban: *Hrvatske Granice od 1918. do 1992. godine*. [Kroatiens Grenzen von 1918-1992]. Hrvatska Akademija Znanosti i Umjetnosti, Školska Knjiga, 1992, S. 53-57.

²²² Vgl. Shoup: *Communism*, S. 117.

²²³ Đilas: *Memoiren*, S. 111.

²²⁴ Vgl. Lampe: *Yugoslavia*, S. 232.

²²⁵ Đilas: *Memoiren*, S. 112.

²²⁶ Vgl. Calic: *Geschichte Jugoslawiens*, S. 180.

Die innen- wie außenpolitische Neuorientierung, in der Literatur oftmals als „Titoismus“ bezeichnet, wurde durch den Tito-Stalin Konflikt eingeleitet.

Der Bruch zwischen Tito und Stalin war nicht wie nach außen dargestellt, ein ideologisches Zerwürfnis, sondern ein mit ideologischen Floskeln gut getarnter Machtkampf. Ein Indiz dafür, dass es sich um einen Machtkampf handelte, lieferte Tito in einer Rede anlässlich der Triest-Krise am 26. Mai 1945 in Ljubljana, in der er deutlich machte, dass „Jugoslawien kein Kleingeld zum Feilschen unter Großmächten“²²⁷ sei.

Doch genauso wenig wie Tito bereit war, der Forderung Hebrangs nach einem autonomen Kroatien zu nachzugeben, war Stalin bereit, Titos Autonomie innerhalb des kommunistischen Staatenblocks zu akzeptieren. Stalin war fest entschlossen, ihn durch eine Palastrevolte zu stürzen. Er war überzeugt, dass er nur einen Finger rühren brauche, um die KPJ dazu zu bringen, eine neue Führung zu installieren.²²⁸ Der Grund für Stalins energisches Handeln war die Furcht vor Jugoslawien, als einem neuen kommunistischen Zentrum der Region, das mit seinen „anti-westlichen Exzessen“ dabei war, sämtliche sowjetische Pläne zu durchkreuzen.²²⁹

Der Siedepunkt des Konflikts wurde am 22. Juni 1948 mit dem Ausschluss der KPJ aus dem Kommunistischen Informationsbüro (KOMINFORM) erreicht. Ganz bewusst wählte Stalin dieses Datum, den Jahrestag der Kosovo-Schlacht, der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo und der Vidovdan-Verfassung, um der KPJ die Grenzen ihrer „nationalen Unabhängigkeit“ vor Augen zu führen.

Entgegen aller Erwartungen war Stalins Plan, der auch ein Wirtschaftsembargo aller Moskautreuer Staaten beinhaltete, nicht erfolgreich. Dies lag neben der Geschlossenheit der Führung des Politbüro (Tito - Kardelj - Ranković - Đilas) vor allem daran, dass der Westen Jugoslawien massiv mit wirtschaftlicher und militärischer Hilfe unterstützte. Die USA machten klar, dass sie im Fall eines Angriffs der Sowjetunion auf Jugoslawien nicht neutral bleiben würden.²³⁰

Tito saß nach wie vor fest im Sattel. Die KPJ nahm dies als ultimativen Beweis für die erfolgreiche Vereinigung der jugoslawischen Völker unter ihrer Führung. Es wurde

²²⁷ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 121.

²²⁸ Vgl. Lampe: Yugoslavia, S. 249.

²²⁹ Vgl. Banac: Stalin, S. 29.

²³⁰ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, 351-352.

beschlossen, die „Sowjetisierung“ des Staates, das heißt Kollektivierung der Landwirtschaft, schärfere Kontrollen im Kultur- und Religionsbereich, verstärkt umzusetzen.²³¹

Unterdessen begann die Säuberung der Partei und Gesellschaft. „Stalinisten“ wurden verfolgt und in eigens dafür errichtete Straflager wie „Goli otok“ (Die kahle Insel) gesteckt. Schätzungen zufolge war rund ein Fünftel der Parteimitglieder 1948 dem Informbüro-Lager (IB) zuzuordnen darunter ein überproportional hoher Anteil von Montenegrinern und Serben (66 %). Der Kampf gegen die „*Ibeovci*“ (IB-Anhänger) dauerte bis in die 1970er-Jahre an. Zunächst wurde den Rädelsführern Hebrang und Žujović der Prozess gemacht. Im Gegensatz zu Žujović, der seine Meinung revidierte, um seinen Kopf zu retten, blieb Hebrang standhaft. Er wurde der Spionagetätigkeit für das Ustaša-Regime und für die Sowjetunion bezichtigt, angeklagt, verurteilt und schließlich eingesperrt. Laut offiziellen Angaben beging er im Gefängnis Selbstmord.²³² Die wahren Umstände seines Todes sollten besonders in den 1980er-Jahren in Kroatien zu einem Politikum werden. Der Historiker John Lampe stellt die Auswirkungen des Konflikts auf das Tito-Regime folgendermaßen dar:

„The Soviet siege liberated as well as constrained Tito's regime. In order to survive, it had to move closer to the West economically and away from the Soviet Union ideologically.“²³³

Edvard Kardelj nahm eine führende Rolle bei dieser ideologischen Neuausrichtung ein. Er übernahm die von Engels entwickelte und Lenin fortgeführte Idee des „Absterben des Staates“, wonach Freiheit und Gerechtigkeit nur dann zu erreichen sei, wenn sich der Staat zunächst von seiner kommandierenden Rolle auf eine rein koordinierende zurück ziehen und schließlich dem Volk alleine die Kontrolle über die Produktionsmittel überlassen sollte.²³⁴

Der erste Schritt auf diesem „eigenen Weg zum Sozialismus“, wurde mit der Einführung der „Arbeiterselbstverwaltung“ gesetzt. Tito kündigte 1948 auch eine Dezentralisierung des föderalen Staates an, doch es blieb zunächst weiterhin bei der Machtkonzentration im Politbüro.²³⁵

Die folgende Periode der 1950er-Jahre, das „Goldene Zeitalter“ Jugoslawiens, war gekennzeichnet durch signifikante Steigerung des durchschnittlichen Lebensstandards. In erster Linie war der wirtschaftliche Aufschwung, der Wiederaufbau und die Modernisierung,

²³¹ Vgl. Brunnbauer: Politische Entwicklung Südosteuropas. In: Clewing/Schmitt : Geschichte Südosteuropas, S. 614.

²³² Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 122-124.

²³³ Lampe: Yugoslavia, S. 255.

²³⁴ Vgl. Calic: Geschichte Jugoslawiens, S. 192.

²³⁵ Vgl. Lukic: Europe, S. 76.

Folge einer enormen wirtschaftlichen Unterstützung aus dem Westen, im Speziellen der USA nach dem Bruch mit Stalin. Von der Öffnung des Landes Richtung Westen profitierte vor allem Kroatien, das durch Tourismus und Dienstleistungssektor gleichzeitig die Hauptquelle Jugoslawiens für Deviseneinkünfte darstellte. Durch den Aufschwung entstand aber auch Konkurrenz unter den Republiken. Dieser Trend wurde durch den gegen Ende der 1960er-Jahre einsetzenden wirtschaftlichen Abschwung verstärkt.²³⁶

Jugoslawien wurden durch seine „Sonderrolle“ auch besonderes internationales Interesse und Anerkennung zuteil. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei die innenpolitischen Reformen des „neuen Weges“ und die außenpolitische Initiative der „Blockfreien“ Staaten.²³⁷ Dieser Erfolg hatte der Propaganda der KPJ zufolge nur einen Namen: Tito.

Die Abteilung Agitation und Propaganda (*Agitprop*), geleitet von Milovan Đilas, dem Vizepräsident der Volksrepublik, war für die Vermittlung dieser Botschaft von besonderer Bedeutung. Doch gerade Đilas äußerte als erster immer lautere Kritik am Kurs Titos. Vor allem die Dekadenz der herrschenden kommunistischen Klasse, der luxuriöse Lebensstil Titos und die autoritäre Herrschaft der KP ließen den überzeugten Antistalinisten an der Reformierung des Systems zweifeln. Da er nicht bereit war seine Kritik einzustellen, sondern im Gegenteil diese im offiziellen Parteiblatt *Borba* noch intensivierete, wurde er all seiner Funktionen enthoben, aus der Partei ausgeschlossen und inhaftiert. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran als prominenter Dissident das kommunistische System Jugoslawiens in Buchform einer fundamentalen Kritik zu unterziehen. Seine Entfernung aus dem innersten Zirkel der Macht hatte jedoch wenig Resonanz in der Bevölkerung.²³⁸

3.4. Die Sozialistisch Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ)

In konsequenter Weiterführung der Ideologie des Selbstverwaltungssozialismus und des Föderalismus wurde 1953 die Verfassung geändert und die KPJ in Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), aufgrund ihrer nunmehrigen an den Republiken und Provinzen orientierten bündischen Struktur umbenannt. Die neue Verfassung 1963 brachte einen

²³⁶ Vgl. Calic: Geschichte Jugoslawiens, 196-198.

²³⁷ Vgl. Brunnbauer: Südosteuropa. In: Clewing/Schmitt: Geschichte Südosteuropas, S. 616-617.

²³⁸ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 130-131.

weiteren Ausbau der Selbstverwaltungsorgane, sowie die Umbenennung des Staates in Sozialistisch Föderative Republik Jugoslawien mit sich.²³⁹

Das bereits Anfang der 1960er-Jahre nachlassende Wirtschaftswachstum zeigte auch die strukturellen Schwächen des Selbstverwaltungssozialismus auf, dessen deutlichster Ausdruck die steigende Arbeitslosigkeit war. Mit der Bewilligung der „temporären Beschäftigung im Ausland“²⁴⁰ versuchte das Regime durch Gastarbeiter das für ein kommunistisches System ungeahnte Problem zu entschärfen. Diese Möglichkeit nutzten bis Anfang der siebziger Jahre bereits 775.000 Menschen. Ein Drittel von den vorwiegend in Österreich und Deutschland beschäftigten Gastarbeitern waren Kroaten.²⁴¹

3.4.1. Das Wiederaufleben der „nationalen Frage“: Der Sprachenstreit

Der Verteilungskampf zwischen den Republiken in Zeiten der beginnenden Wirtschaftskrise Ende der 1960er-Jahre wurde intensiver. Erste Anzeichen waren in der mittlerweile relativ liberalisierten Sphäre der Wissenschaft und Kultur zu erkennen. So wurde die kommunistische Sprachpolitik insbesondere das Sprachabkommen von Novi Sad 1954 von kroatischen Intellektuellen öffentlich kritisiert. In der 1967 veröffentlichten „Deklaration über die Bezeichnung und Lage der kroatischen Literatursprache“ wurde das Abkommen, in dem man sich geeinigt hatte, dass das „Serbokroatische“ oder „Kroatoserbische“ eine Sprache mit zwei gleichberechtigten Varianten und Alphabeten sei, von kroatischen Intellektuellen in Frage gestellt. Grund dafür soll der zunehmende Vereinheitlichungsdruck, der der verfassungsmäßig verankerten Gleichberechtigung zuwiderlief, gewesen sein. Es wurde daher gefordert, die Verfassungsbestimmung dahingehend zu ändern, dass sie explizit die Gleichberechtigung bzw. die Verselbstständigung des Kroatischen enthalte. Die serbische Reaktion „Ein Vorschlag zum Nachdenken“ beantwortete die aufgeworfene Forderung mit dem Verweis darauf, dass man damit aufgrund des hohen serbischen Bevölkerungsanteils in Kroatien die Verwendung von zwei Alphabeten erzwingen würde. Das Regime verurteilte beide Dokumente als „nationalistische Abirrungen“, auf beide Seiten verloren die Unterzeichner ihre Posten und wurden zum Teil sogar aus der Partei ausgeschlossen.²⁴² Der Sprachenstreit war auf diese Weise keinesfalls beigelegt worden. Dies zeigte auch die Einstellung der

²³⁹ Vgl. Ebd., S. 127-128.

²⁴⁰ Džaja: Politische Realität, S. 140.

²⁴¹ Vgl. Calic: Geschichte Jugoslawiens, S. 212-213.

²⁴² Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 138-139.

Arbeiten an einem gemeinsamen „serbokroatischen“ Wörterbuch aufgrund zu großer Differenzen.

Der kroatische Sprachwissenschaftler Radoslav Katičić erklärt die Brisanz des Sprachenstreits mit den Erfahrungen der Kroaten in der österreichisch-ungarischen Monarchie und später im ersten jugoslawischen Staat. Damals wurden, unter Berufung auf die ethnische und sprachliche Einheit des „jugoslawischen Volkes“, Serbisch und Kroatisch zu ein und derselben Sprache erklärt. Noch bestehende Unterschiede zum serbischen standardsprachlichen Usus sollten durch Assimilation beseitigt werden.²⁴³ Die Entwicklungen in der Sprachpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg schienen nun zu einer Art Déjà-vu für die Kroaten zu werden:

„[...] bald machte sich der bereits aus der Zeit vor dem Krieg bekannte sprachliche Druck wieder bemerkbar. Die Standardsprache, die man in Kroatien, Bosnien, Serbien und Montenegro verwendete, wurde wieder mit Nachdruck für ‘ein und dieselbe’ erklärt, die Verwendung des Doppelnamens verpflichtend vorgeschrieben, die bestehenden Unterschiede unterschlagen. Sprachliche Einheit wurde als das Wesentliche angestrebt, die Unterschiede wurden hingegen bestenfalls geduldet.“²⁴⁴

3.4.2. Die Kritik der „Liberalen“

Das Regime wurde auch von der Gruppe „Neue Linke“, die sich rund um die Zeitung „Praxis“ formierte, für das Auseinanderklaffen zwischen Theorie und Praxis des Selbstverwaltungssystems stark kritisiert. Prominentestes Mitglied dieser Gruppe war der serbische Schriftsteller Dobrica Ćosić. Die Zeitung wurde später verboten und Ćosić wegen „nationalchauvinistischer“ Äußerungen aus dem BdKJ ausgeschlossen und verurteilt. Seine leitende Position im serbischen Schriftstellerbund durfte er jedoch behalten.²⁴⁵

Die immer stärker divergierenden Interessen der Republikführungen sorgten auch für Spannungen innerhalb des BdKJ. Durch anstehende Verfassungsänderungen sollten eine Antwort auf die Frage mehr oder weniger Föderalismus bzw. Marktwirtschaft getroffen werden. Am Ende setzten sich die Befürworter von Reformen und weiterer Dezentralisierung von Staat und Partei, vor allem der liberal gesinnte Flügel der Partei aus den Republiken Slowenien und Kroatien, gegen ihre konservativen Gegner aus der Republik Serbien durch. Als Führungsfigur der serbisch zentralistisch orientierten Fraktion musste der für sein hartes

²⁴³ Vgl. Radoslav Katičić: Jugoslawien im Lichte seiner Sprachen. In: Melčić (Der Jugoslawien-Krieg, S. 264-265.

²⁴⁴ Ebd., S. 264.

²⁴⁵ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 136, 145.

Vorgehen gegen die Albaner im Kosovo bekannte Innenminister Aleksandar Ranković 1966 abdanken.²⁴⁶

3.5. Der „Kroatische Frühling“

Die kroatische Parteiführung wollte eine weitere Verfassungsreform zu Gunsten der Republiken erzwingen. Sie ging mit ihrer Forderung nach mehr Autonomie in Finanz- und Wirtschaftspolitik bewusst an die Öffentlichkeit, um so den Druck der Straße für die Durchsetzung ihrer Ziele zu nutzen. Als Vehikel zur Mobilisierung wurde auf die studentische Jugend gesetzt. Bereits 1968 war es, von Belgrad ausgehend, im ganzen Land zu Studentenprotesten gekommen. Die damaligen, stark von der *Praxis*-Gruppe beeinflussten Forderungen nach Verwirklichung, der in der Verfassung verankerten basisdemokratischen Rechte, hatte Tito überraschend anerkannt.²⁴⁷

Die Studentenproteste Anfang der 1970er-Jahre hatten jedoch unterschiedliche Zielrichtungen. Die Forderungen der Studenten in Kroatien 1971 waren durch den Ende der 1960er wieder erstarkenden Sprachenkonflikt eindeutig national geprägt, während die Proteste in Belgrad weiter Ideen der „Neuen Linken“ verwirklichen wollten. Die kroatische „Massenbewegung“ (MASPOK), die von kroatischen Medien wie auch der Kulturorganisation *Matica Hrvatska* unterstützt wurde, vertrat nicht nur Forderungen nach mehr kultureller und politischer Emanzipation der „Sozialistischen Republik Kroatien“ vom Gesamtstaat, sondern zum Teil auch nationalistische Forderungen wie eine eigene Außenpolitik und Armee für Kroatien.

Die Reaktion des Regimes auf die Proteste war erneut inkonsistent. Einerseits entschied sich Tito hart durchzugreifen, auch wenn die Bewegung im Wesentlichen auf die studentische und intellektuelle Sphäre beschränkt blieb. Sowohl die kroatische als auch die serbische Parteiführung wurde abgesetzt und es kam in Kroatien zu einer umfassenden Säuberung unter Parteifunktionären in allen Schichten der Gesellschaft. Kulturorganisationen wie die *Matica Hrvatska* wurden verboten, Professoren verloren ihre Anstellungen und Studenten jegliche Chance auf beruflichen Aufstieg. Andererseits wurde, um dem aufkommenden Nationalismus die Spitze zu nehmen, den Forderungen im Wesentlichen nachgekommen, wie die Verfassung 1974 zeigt. Es folgte die Periode des sogenannten „Kroatischen Schweigens“, die bis Mitte

²⁴⁶ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, 364-365.

²⁴⁷ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S. 373.

der 1980er-Jahre andauern sollte. Der Konflikt um die Zukunft des Staates verlief in weiter Folge zwischen den beiden Extrempolen: Slowenien auf der einen und Serbien auf der anderen Seite.²⁴⁸

Durch die von Intellektuellen auf beiden Seiten immer deutlicher formulierte Kritik in Verbindung mit nationalen Forderungen gerieten die Kommunisten mehr und mehr unter Druck. Sie versuchten, die ethnische Balance und damit die Legitimität ihrer Herrschaft durch verstärkte Betonung der Diversität der Völker wiederherzustellen. Jedes Volk sollte seine eigene Identität und Kultur innerhalb Jugoslawiens leben dürfen. Die Historikerin Marie-Janine Calic sieht darin einen Paradigmenwechsel: Anstatt wie bisher die auf „Brüderlichkeit und Einheit“ zu setzten, rückte man seitens des Regimes nun die „Brüderlichkeit“ als Zentrale Tugend in den Vordergrund.²⁴⁹ Das angekündigte Vorgehen gegen jede Form von „Liberalismus“ einerseits und „Unitarismus“ bzw. „Nationalchauvinismus“ andererseits zeigt die Aussichtslosigkeit dieses Vorhabens am deutlichsten.²⁵⁰

Wie bereits angedeutet, glichen die Bemühungen, die kommunistische Herrschaft zu sichern einem Zick-Zack-Kurs. Denn trotz der zunächst scharfen Reaktion des Regimes mit „Säuberungen“ und verschärftem Pressegesetz, wurde mit der Verfassung 1974 den Forderungen der Zentralismusgegner weitgehend entsprochen. Die neue Verfassungslage führte mit ihrer starken Ausweitung der Kompetenzen der Republiken auf Kosten des föderalen Zentrums zu einer Situation, die stark einer Konföderation ähnelte. Auch die Entscheidungsfindung der Föderation wurde dezentralisiert. Als neues Zentralorgan wurde das kollektive Staatspräsidium geschaffen, zu dessen Präsident Tito auf Lebenszeit bestimmt wurde. Nach seinem Tod sollte dieses Gremium, das proportional mit Vertretern der Republiken und autonomen Provinzen besetzt wurde, nach dem Konsensprinzip entscheiden, um so Hegemonialbestrebungen größerer Republiken hintan zu halten.²⁵¹

Tito stirbt 1980 und fällt damit als „supranationaler Schiedsrichter“ aus. Im Jahr 1981 kommt es erneut wie schon 1968 zu schweren Unruhen im Kosovo. Schon damals forderten junge gut ausgebildete Albaner den albanischen Bevölkerungsanteil, der durch die rapide demographische Entwicklung seit Ende des Krieges massiv gestiegen war bei der Vergabe von politischen Rechten zu berücksichtigen. Es wurde daher eine Aufwertung des Kosovo

²⁴⁸ Vgl. Džaja: Politische Realität, S. 140-149.

²⁴⁹ Vgl. Calic: Geschichte Jugoslawiens, S. 340.

²⁵⁰ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, S. 375.

²⁵¹ Vgl. ebd., S. 376-377.

von der autonomen Provinz zur Republik gefordert. Der serbische Bevölkerungsanteil war im gleichen Zeitraum, nicht zuletzt aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage des Kosovo, stark gesunken. Die bisher politisch dominierenden Serben wollten eine Beschneidung ihrer politischen Rechte bzw. eine Republik Kosovo und die damit verbundene Loslösung von Serbien auf keinen Fall akzeptieren. Tito entschied sich damals erneut zu einem Kompromiss: Kosovo wurde de facto den Republiken gleichgestellt, blieb aber nominell eine autonome Provinz innerhalb Serbiens.²⁵² Zwölf Jahre später forderte die albanische Seite nun ultimativ den Status einer Republik für Kosovo. Die Lage eskalierte und konnte nur durch einen groß angelegten Einsatz der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) wieder unter Kontrolle gebracht werden.

²⁵² Vgl. ebd., S. 366-371.

4. Kapitel

In den vorangegangenen Kapiteln des ersten Teils wurde ein detaillierter Überblick über die Geschichte des königlichen wie auch des sozialistischen Jugoslawiens bis zum Tode Titos geboten. In diesem Kapitel soll geklärt werden, warum die Politik mit der kollektiven Erinnerung an diese Zeit eine so zentrale Rolle beim Zerfall Jugoslawiens spielte. Anhand eines Vergleichs der Vergangenheits- und Religionspolitik der Tito-Ära mit der Post-Tito-Ära soll dargestellt werden, wie die KPJ ihr Monopol über die Deutung der Vergangenheit verlor und sich neue „Deutungseliten“ im Vergangenheitsdiskurs etablierten. Es soll den folgenden Fragen nachgegangen werden: Welche Konsequenzen hatte dies für den Staat Jugoslawien? Welche Rolle spielten Kirchen, Historiographie, Literatur und Publizistik bei diesem Wandel? Was waren die Impulse des Vergangenheitsdiskurses Anfang und Ende der 1980er? Warum setzten sich nationale Perspektiven gegen die bis dahin so sehr betonte jugoslawische Perspektive durch?

4.1. Die Ära Tito

Warum war der Umgang mit Geschichte und damit die Geschichtswissenschaft selbst für die Kommunisten von so herausragender Bedeutung? Wolfgang Höpken spricht im Zusammenhang mit dieser Frage von außergewöhnlichem „Bedarf“ Jugoslawiens an Traditions- und Identitätsbildung:

„Jugoslawien war [...] ein Staat, der von seiner inneren Struktur wie von seiner Geschichte her einen außergewöhnlichen „Bedarf“ an Traditionsbildung besaß: Eine ethnisch, kulturell, konfessionell hochgradig segmentierte Gesellschaft, ein Staat ohne „lange“ staatliche Gemeinsamkeitstraditionen, geprägt zudem eher durch Erfahrungen des Antagonismus denn durch Zusammengehörigkeitsgefühle, ein System, das nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Anspruch auf Verwirklichung einer utopischen sozialen Ordnung neu geschaffen worden war – dies alles bildeten Rahmenbedingungen, die nach einer aus der Geschichte schöpfenden Identitäts- und Kohärenzstiftung geradezu verlangten.“²⁵³

²⁵³ Wolfgang Höpken: Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat: Jugoslawien 1944 bis 1991. In: *Umkämpfte Vergangenheit: Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Hrsg. von Petra Bock u. Edgar Wolfrum. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1999, S. 210-243, hier S. 210.

Denn die enormen politisch strukturellen Veränderungen, die mit der erneuten Gründung des jugoslawischen Staates einhergingen, verlangten nach Legitimation. Als Gründungsmythos wurde das Paradigma von „Krieg und Revolution“ geschmiedet. Nach kommunistischer Diktion suchte man den Systemwechsel hin zum Machtmonopol der KP aus dem „Volksbefreiungskrieg“ als „plebiszitär legitimierte Revolution historisch zu begründen.“²⁵⁴ Diese Vergangenheitspolitik hatte konkrete Zielvorgaben: Die Bevölkerung musste von der Sinnhaftigkeit einer Neugründung Jugoslawiens durch die Kommunisten und deren Nationalitätenpolitik als Garant für die Ausgeschlossenheit eines erneuten „Bruderkrieges“ überzeugt werden. Dies war einerseits aufgrund der ethnisch-kulturellen Diversität der jugoslawischen Gesellschaft, vielmehr aber noch wegen der überwiegend negativen Erfahrungen mit dem Zusammenleben in einem Staat vor und während des Zweiten Weltkriegs eine große Herausforderung.²⁵⁵

„[...] Es galt gewissermaßen, gegen die Erinnerung einer überwiegend als Konfliktgeschichte erfahrenen gemeinsamen Vergangenheit die historische Logik eines neuerlichen staatlichen Zusammenlebens zu vermitteln und einen erschütterten ‚Gemeinsamkeitsglauben‘ mittels Vergangenheitspolitik neu zu begründen. Es war also eine zugleich ‚legitimatorisch‘ wie auch ‚konstruktivistisch‘ gedachte Vergangenheitspolitik, die dem Identitätsmanagement der Partei zugrunde lag.“²⁵⁶

Es gilt zu klären, welche Rolle die Historiographie bei der Vermittlung der kommunistischen Vergangenheitspolitik spielen sollte. In Ermangelung langer gemeinsamer Traditionen konzentrierte sich der Diskurs auf die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, besonders deswegen, weil sich in ihr

„am unmittelbarsten beides legitimatorisch aufheben [ließ] – die Machteroberung der Kommunistischen Partei aus dem Krieg heraus und der von ihr herbeigeführte Systemwandel wie auch die Erneuerung der staatlichen Gemeinsamkeit in einem zweiten, diesmal auf den Anspruch der Gleichberechtigung seiner ethnischen Gruppen beruhenden jugoslawischen Staat.“²⁵⁷

4.1.1. Die Kernelemente der kommunistischen Vergangenheitspolitik

Im Folgenden werden der Inhalt mythologisierter Geschichtsbilder und deren Bedeutung für die Legitimitätssicherung des Systems und für die staatliche Identitätsstiftung kurz umrissen. Die offizielle kommunistische Historiographie hatte die Aufgabe, diese „Essentials“ zu transportieren, durfte sie jedoch nicht hinterfragen, denn sie „[...] hatte beides ideologisch

²⁵⁴ Ebd., S. 211.

²⁵⁵ Vgl. ebd.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Ebd., S. 212.

abzusichern: den politischen und ideologischen Herrschaftsanspruch der Partei[,] wie auch deren jugoslawistisches Lösungskonzept in der nationalen Frage.“²⁵⁸

4.1.1.1. Der Volksbefreiungskampf und die sozialistische Revolution

Das „Herzstück“ der Vergangenheitspolitik rückte die Gemeinsamkeit in den Vordergrund. Durch die Erinnerung an *gemeinsamen* Kampf und *gemeinsames* Leid sollte der Bildung einer neuen Gemeinschaftsidentität Vorschub geleistet werden. Die Geschichtswissenschaft beschäftigte sich intensiv mit diesem Topos. Von der Politik wurde sie durch Gründung neuer Forschungsinstitute und Museen, die sich ausschließlich dieser Thematik widmeten, unterstützt. Ein dichtes Netz an „lieux de mémoire“ wie Denkmäler, Partisanen-Friedhöfe und eine Reihe von staatlichen Feiertagen sowie Schwerpunkte im schulischen Geschichtsunterricht sollten die Erinnerung an den Krieg wach halten.²⁵⁹

4.1.1.2. Die „Klassen-Perspektive“

Ziel dieser Erinnerungspolitik war es, den Konflikt von ethnischen Bezügen zu säubern. Auslöser und Faktoren des Scheiterns des ersten jugoslawischen Staates, wie auch des darauffolgenden Bürgerkriegs, durften von der Historiographie ausschließlich aus der „Klassen-Perspektive“ untersucht bzw. dargestellt werden. „Schuld“ am Scheitern trug demnach *alleine* die Bourgeoisie *aller* jugoslawischen Völker, wohingegen sich die Mehrheit aller Völker der kommunistischen Revolution, repräsentiert durch die „supraethnische“ Partisanenbewegung, angeschlossen habe. Wer dagegen verstieß, indem er den Volksbefreiungskampf aus einer „nationalistischen“ und nicht jugoslawischen Perspektive darstellte, beispielsweise aus einer kroatisch oder serbisch fokussierten Perspektive, musste mit Strafen wegen „Verunglimpfung“ rechnen, die den Tatbestand staatsfeindlicher Aktivitäten erfüllen konnten.²⁶⁰ So unterband das Regime jede kritische Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Geschehnissen im Krieg und negierte seinen Charakter als Bürgerkrieg. Höpken sieht hierin eine entscheidende Verkürzung in der Darstellung des Krieges:

²⁵⁸ Wolfgang Höpken: Von der Entmythologisierung zur Stigmatisierung: „Krieg und Revolution“ in Jugoslawien 1941-1948 im Spiegel von Geschichtswissenschaft und historischer Publizistik. In: Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel. Hrsg. von Eva Schmidt-Hartmann. München: Oldenbourg 1994, (= Veröffentlichung des Collegium Carolinum; 76), S. 166.

²⁵⁹ Vgl. Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 212.

²⁶⁰ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 183.

„Er wurde jener ethnischen Dimension entkleidet, die er als ein Krieg der Völker Jugoslawiens untereinander – als Krieg „jeden gegen jeden“ – eben auch gehabt hatte, neben seiner Dimension als Befreiungskampf gegen ausländische Besatzer.“²⁶¹

Diese „gleichmäßige Verteilung“ der Schuld an Terror, Tod und Vertreibung an alle Völker Jugoslawiens wurde auch zur Legitimierung der Nationalitätenpolitik verwendet. Es war eine äußerst wichtige, vielleicht die wichtigste Basis für jeden Gedanken an ein geeintes Jugoslawien.²⁶²

4.1.1.3. Das Konzept von „Brüderlichkeit und Einheit“

Die auf den AVNOJ-Beschlüssen beruhende Föderation, durch die die Gleichberechtigung aller Völker gewährleistet und ein Zusammenleben in „Brüderlichkeit und Einheit“ ermöglicht werden sollte, wurde von den Kommunisten als zentrales Lösungskonzept für die nationale Frage propagiert. Höpken bezeichnet die Gefahren für diese Ideologie wie folgt:

„Der als nationalitätenpolitische Integrations-Ideologie gedachte Mythos von *bratstvo i jedinstvo* durfte nicht durch national differenzierende Geschichtskonstruktionen mit den unvermeidlichen moralischen Bewertungskategorien aufgeweicht werden.“²⁶³

Auch wenn man ab den 1960er-Jahren zunehmend die „Einheit“ zugunsten „Brüderlichkeit“ vernachlässigte, und damit die Diversität der Völker stärker betont wurde, blieb das Paradigma von „Brüderlichkeit und Einheit“ bis zum Tod Titos absolut sakrosankt.²⁶⁴

4.1.1.4. Der Mythos des Anti-Faschismus und der Emanzipationsmythos

Per Eigendefinition waren die kommunistischen Partisanen die *einzig* gesamtjugoslawische antifaschistische Widerstandskraft. Diese Betrachtungsweise als „einheitliche Front der Revolution“ ließ keinen Platz für eine differenziertere Betrachtungsweise der nicht-kommunistischen Kräfte.²⁶⁵

Nach dem Bruch mit Stalin wurde dieses Paradigma durch den „Emanzipationsmythos“ erweitert. Um ihre „anti-stalinistische“ Haltung noch stärker zu akzentuieren, wurde seitens der KPJ behauptet, man habe sich bereits im Königreich Jugoslawien von der nationalitätenpolitischen und ideologischen Linie Stalins emanzipiert. Man rühmte sich, diesen Antistalinismus seit damals konsequent weiter getragen zu haben.²⁶⁶ Die Schwäche

²⁶¹ Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 224.

²⁶² Vgl. ebd., S. 224-225.

²⁶³ Höpken: Stigmatisierung, S. 183.

²⁶⁴ Vgl. Calic: Geschichte Jugoslawiens, S. 228.

²⁶⁵ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 182.

²⁶⁶ Vgl. Höpken: Vergangenheit, S. 214.

dieser Argumentation lag auf der Hand, denn in der Zeit vor dem Bruch, 1944-1948, wurden auch von jugoslawischer Seite in der Öffentlichkeit stets die guten Beziehungen und die Verbundenheit mit der Sowjetunion betont. An diesem Umstand konnte auch der – von Theoretikern als eine Neuinterpretation von Marx entwickelte – „eigene Weg“ in Form des „Selbstverwaltungssozialismus“ nichts ändern.

4.1.1.5. Der „Selbstverwaltungssozialismus“

Diese „Errungenschaft“ des Titoismus wurde in eine Reihe von Legitimationsmythen eingebettet. Einerseits legitimierte die Bedrohung durch Stalin die Umsetzung der Brüderlichkeit (nach innen) und der Einheit (nach außen), andererseits förderte sie die Emanzipation von ihm. So betonte die KPJ nun nicht mehr ausschließlich ihre anti-faschistische, sondern zusätzlich auch ihre anti-stalinistische Haltung. Dementsprechend konnte man auf die Sonderrolle Jugoslawiens als „blockfrei“ verweisen. Tito vermochte durch seine geschickte außenpolitische Positionierung Jugoslawiens zwischen Ost- und West im wahrsten Sinne des Wortes Kapital aus der Situation zu schlagen.²⁶⁷ Denn das von aller Welt als Inkarnation des „neuen Wegs zum Sozialismus“ gefeierte Modell war wirtschaftlich international in keiner Weise konkurrenzfähig und Jugoslawien damit auf ausländische Kredite angewiesen.²⁶⁸ Durch die Bewilligung der „temporär begrenzten Arbeit im Ausland“ wurde das zunehmende Problem der Arbeitslosigkeit kaschiert, für Deviseneinnahmen gesorgt und der Bevölkerung mit Gewährung der allgemeinen Reisefreiheit mit Erfolg das Gefühl der Privilegiertheit im Vergleich zu anderen „sozialistischen“ Staaten vermittelt.²⁶⁹ Der loyalitätsstiftende Charakter dieser „kleinen Freiheiten“ darf nicht unterschätzt werden, betont Wolfgang Höpken.²⁷⁰

4.1.1.6. Der Tito-Kult

Der Kult rund um die Person Josip Broz Tito als siegreichen Feldherrn war in den ersten Nachkriegsjahren bereits stark ausgeprägt und erfuhr durch den „Sieg“ über Stalin und der Einleitung der „titoistischen“ Reformen eine weitere Steigerung. Tito war nahezu omnipräsent auf Bildern, Plakaten, Briefmarken – er positionierte sich als nationaler Übervater und Integrationsfigur.²⁷¹ Mit zunehmender zeitlicher Distanz zu den Heldentaten im Krieg begann

²⁶⁷ Vgl. Lampe: Yugoslavia, S. 255-260.

²⁶⁸ Vgl. Calic: Geschichte Jugoslawiens, S. 197-198.

²⁶⁹ Vgl. ebd., S. 229.

²⁷⁰ Vgl. Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 234.

²⁷¹ Vgl. ebd., S. 215-218.

der Tito-Kult auch aufgrund von schleichender „Veralltäglicung“ zu verblassen, erreichte aber während seines Todeskampfes 1980 einen neuen Höhepunkt.²⁷²

5. Kapitel

5.1. Der historische Diskurs 1945-1980

5.1.1. Vergangenheitspolitik in der FNRJ: Krieg und Revolution

5.1.1.1. Die (Un)freiheit der Wissenschaft und der Geschichtsforschung

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die Führung der KPJ äußerst skeptisch gegenüber der Historiographie eingestellt. Die Behandlung der legitimatorisch wichtigen Zeitgeschichte wurde der akademischen Fachhistorik verwehrt, da ihre Loyalität zum neuen sozialistischen System angezweifelt wurde. Stattdessen legte man sie in die Hände von ehemaligen Partisanenkämpfern und jetzigen Parteifunktionären. Das „Monopol als Konstrukteur kollektiver historischer Erinnerung“²⁷³ der KPJ ließ wenig Entfaltungsspielraum für die Wissenschaft, die überwiegend für die Legitimation aktueller politischer Ansprüche (Österreich, Triest) Jugoslawiens in Dienst genommen wurde.

Die (Un)Freiheit der Wissenschaft wird in der Literatur widersprüchlich beurteilt. Während Dunja Melčić davon spricht, dass es „keine dem wissenschaftlichen Ethos verpflichtete historische Forschung in dieser Periode“²⁷⁴ gegeben hat, ist Wolfgang Höpken um ein differenzierteres Bild bemüht.

Es gab keine detaillierten Interpretationsvorgaben der Partei, wie in anderen Volksdemokratien üblich, bei deren Nichtbefolgung existentielle Konsequenzen drohten. Höpken zufolge wurde die Zensur generell durch die Partei in erster Linie nicht ex ante sondern vorwiegend ex post durchgeführt. Das bis zum Zerfall 1991 gültige Parteiprogramm, wonach die Forschung „maximal vor administrativen und unnötigen Interventionen zu schützen“²⁷⁵ sei, schien diese liberale Haltung zu bestätigen. In der Praxis behielt es sich die Partei jedoch sehr wohl vor, wenn ihrer Ansicht nach der verordnete Erinnerungskonsens in

²⁷² Vgl. ebd., S. 227-228.

²⁷³ Ebd., S. 210.

²⁷⁴ Höpken: Stigmatisierung, S. 167.

²⁷⁵ VII. Kongres Saveza komunista Jugoslavije. Stenografske beleške [VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawies. Stenographische Berichte]. Beograd 1958, S. 1082.

der Historiographie gebrochen wurde, sachlich wie personell zu intervenieren.²⁷⁶ Der serbische Schriftsteller Danilo Kiš widerspricht Höpken jedoch insofern als er erklärt, dass es sehr wohl eine prophylaktische „freiwillige Selbstzensur“ ex ante durch den Autor gab. Denn niemand weiß so gut wie der Autor, was „zwischen den Zeilen“ steht.²⁷⁷ Der serbisch-bosnische Historiker Milorad Ekmečić siedelt das uneindeutige Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik im sozialistischen Jugoslawien rückblickend zwischen „historischer Wahrheitsfindung und politischer Pädagogik“ an²⁷⁸. Höpken resümiert:

„Trotz mancher Systembesonderheiten verfügte die Geschichtswissenschaft auch in Jugoslawien in legitimationsrelevanten Essentials – und dies war praktisch die gesamte Zeitgeschichte – nur über begrenzte Freiräume.“²⁷⁹

Zur Abgrenzung dieser Freiräume dienten in Jugoslawien die Geschichte thematisierende Reden von Parteiführern (Tito, Kardelj). Sowohl der Veteranenkämpferbund (SUBNOR) als auch die Partei selbst wachten über die Einhaltung der Grenzen im öffentlichen Vergangenheitsdiskurs.²⁸⁰

5.1.1.2. Der „eigene jugoslawische Weg zum Sozialismus“ und die Historiographie

Die Zäsur des Jahres 1948, als Ideologie-Wechsel, war für die Praxis der Historiographie viel weniger bestimmend als die „nationale Frage“. Die Aussage der kroatischen Historikerin Marijana Gross „daß es in Jugoslawien eigentlich keine wirklich stalinistische Geschichtswissenschaft gegeben hat“²⁸¹, deckt sich mit dem geringen Einfluss der Kritik von Đilas 1954. Der kroatische Historiker Drago Roksandić meinte in den achtziger Jahren sarkastisch, „dass es unter den jugoslawischen Historikern nur wenige Kommunisten und noch sehr viel weniger Marxisten gebe.“²⁸²

²⁷⁶ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 168.

²⁷⁷ Vgl. Nicole Münnich: Jugoslawische Literarische Geschichtskonzeption als Katalysator im gesellschaftlichen Umbruchsprozess. Die Goli otok-Literatur nach dem Tode Titos. In: Geschichte (ge)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien [sic!] und Bulgarien. Angela Richter u. Barbara Beyer (Hrsg.), Berlin: Frank & Timme 2006, S. 205-220, hier 206.

²⁷⁸ Miloš Jevtić: Živa reč Milorad Ekmečića [Das lebendige Wort von Milorad Ekmečić]. Gornji Milanovac: Dečje Novine 1990, S. 123.

²⁷⁹ Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 219.

²⁸⁰ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 169.

²⁸¹ Marijana Gross: Die jugoslawische Geschichtswissenschaft von heute. Österreichische Osthefte 8 (1966), S. 238-245 hier S. 239.

²⁸² Drago Roksandić: Markistička historiografija i historiska svijest [Marxistische Historiographie und historisches Bewußtsein]. In: Historiografija i suvremenost. Zagreb 1983, S. 63, zitiert nach Höpken: Stigmatisierung, S. 173.

5.2. Die Vergangenheitspolitik in der SFRJ

Jener „Konsens“, welcher der Historiographie verordnet wurde, blieb somit inhaltlich (siehe 4.1.1.1 bis 4.1.1.6) im Wesentlichen unverändert. Jedoch führte die im Zuge der Reformen fortan kontinuierlich betriebene Liberalisierung und Dezentralisierung des Staates parallel auch zu einer nachhaltigen „Föderalisierung“ der Historiographie, wie Höpken es nennt. Diese Entwicklung führte zu einem zahlenmäßigen Übergewicht republikanischer Forschungsinstitute gegenüber gesamtjugoslawischen. Die Verwendung der Geschichtswissenschaften für politische Zwecke ging zurück und Historiker orientierten sich in Richtung ihrer jeweiligen Republiken. Ein überregionaler Diskurs wurde dadurch erheblich erschwert. Um „nationalistischen“ Spannungen vorzubeugen, wurde das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die Angelegenheiten anderer Republiken von der Partei streng überwacht und dieses bildete ein zusätzliches Diskurshindernis. In Antizipation des Nationalismus-Vorwurfs und etwaiger damit verbundener Sanktionen nahm man in der Geschichtswissenschaft auch Abstand davon, die Zeitgeschichte zu thematisieren.²⁸³

Im Klima allgemeiner „liberaler“ Reformen wurde in den 1960er-Jahren erstmals der historische Konsens durchbrochen und an den von der KP geschaffenen und von der Historiographie untermauerten mythologisierten Darstellung vereinzelt gezweifelt. Der serbische Historiker Velimir Terzić ignorierte den bisherigen Interpretationskonsens von der Aufhebung der Frage nach Opfern und Tätern im Bürgerkrieg durch die „Klassen-Perspektive“ und wies der kroatischen Seite, im Speziellen der Bauernpartei, die überwiegende Schuld am Scheitern des ersten jugoslawischen Staates und dem darauffolgenden Krieg, zu.²⁸⁴

Der kroatische Historiker und spätere kroatische Präsident Franjo Tuđman zweifelte in seinem Buch über die Entstehung des sozialistischen Jugoslawien den Mythos der „einheitlichen Front der Konterrevolution“ im Zweiten Weltkrieg an.²⁸⁵ Tuđman versuchte, zweifellos aus primär national-kroatischem Interesse, zwischen Ustaša, Heimwehr und Bauernpartei zu differenzieren. Wolfgang Höpken sieht als Hintergrund des Konflikts eindeutig die „nationale Frage“:

²⁸³ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 174.

²⁸⁴ Velimir Terzić: Jugoslavija u aprilskom ratu 1941 g. [Jugoslawien im Aprilkrieg 1941]. Titograd: Grafički zavod 1963.

²⁸⁵ Franjo Tuđman: Stvaranje socijalističke Jugoslavije [Die Schaffung des sozialistischen Jugoslawien]. Zagreb: Naprijed 1960.

„Seit Mitte der sechziger Jahre waren Konflikte innerhalb der Geschichtswissenschaft denn auch sehr viel mehr ein Ergebnis der Konkurrenz unterschiedlicher *nationaler* Interpretationsparadigmen denn ein Streit um ideologische Konformität oder gar um methodische Prämissen von Geschichtswissenschaft. Die Fragmentisierung der Geschichtswissenschaft, die sich nicht zuletzt in einer zunehmenden Unfähigkeit ausdrückte, überhaupt noch zu gemeinsamen Synthesen zu gelangen, reicherte die Aspektbreite historiographischer Interpretationen somit zwar an, blieb aber weit von einem pluralistischen Wissenschaftsdiskurs entfernt“²⁸⁶

Durch den Aufbruch des Konsenses war besonders die kommunistische Nationalitätenpolitik, die auf der ethnischen Balance der „Brüderlichkeit und Einheit“ beruhte, bedroht. Für Höpken stehen nationale Perspektive und Stoßrichtung der Arbeiten in eindeutigem Zusammenhang mit dem zu dieser Zeit immer stärker werdenden innerparteilichen Konflikt um Machtverteilung zwischen Föderation und Republiken. Die weitergehende Dezentralisierung des Landes, von den Kommunisten eigentlich als Instrument des nationalitätenpolitischen Interessenausgleichs gedacht, wurde von der slowenischen und kroatischen Parteiorganisation heftig gefordert und von der serbischen ebenso stark abgelehnt.²⁸⁷ Das hatte jedoch für das Geschichtsbild gravierende Folgen:

„Mit der fortschreitenden Dezentralisierung Jugoslawiens zugunsten der Republiken, insbesondere seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, kamen derartige Friktionen immer stärker zum Ausdruck, und in dem Maße, in dem sich die politische Autonomie- und Handlungsfreiräume der Republiken vergrößerten, verstärkte sich auch die Partikularisierungs- und Fragmentarisierungstendenzen der jugoslawischen Geschichtswissenschaft, der schulischen Geschichtsvermittlung und des öffentlichen Umgangs mit Geschichte.“²⁸⁸

Beide erwähnten Autoren wurden von der KPJ aufgrund „nationalistischer Tendenzen“ verurteilt und die Historiographie wieder in ihre Schranken verwiesen. Die Partei wollte durch ihr Eingreifen ein weiteres Abdriften vom „Klassen-Paradigma“ hin zu einer etwaigen Thematisierung der „Kriegsschuld“ verhindern. Diese Reaktion diente in erster Linie der Nationalitätenpolitik, jedoch wurde somit ein professioneller Diskurs, der den Krieg offen als Bürgerkrieg thematisiert hätte, verhindert und damit eine Chance zur Aufarbeitung und Neutralisierung vertan. Dieser Diskurs wurde erst in den späten 1980er und frühen neunziger Jahren mit großer Radikalität und Vehemenz nachgeholt.²⁸⁹

Abgesehen von diesem verhinderten Perspektivwechsel in Hinblick auf „Krieg und Revolution“, darf nicht übersehen werden, dass die sechziger und siebziger Jahre grundsätzlich durch einen generellen Trend zur Rationalisierung in der Historiographie

²⁸⁶ Höpken: Mythologisierung, S. 174.

²⁸⁷ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 184.

²⁸⁸ Ebd., S. 229.

²⁸⁹ Vgl. ebd., 184-185.

gekennzeichnet waren. Grund für diesen Wandel war die erste Generation akademisch ausgebildeter Historiker, die verstärkt damit begann, auch ausländische Archive für ihre Arbeit zu nutzen. In Kombination mit der in den sechziger Jahren eingeleiteten Autonomisierung zeitgeschichtlicher Forschungsinstitute führte dies auch zu einer Professionalisierung der wissenschaftlichen Methoden.²⁹⁰ An den bisher gültigen Interpretationen des Volksbefreiungskrieges änderte dies jedoch nichts, wie Höpken zeigt:

„Viele der in den ersten Nachkriegsjahren in diesem Interpretationsmuster angelegten Perspektivenverzerrungen blieben so auch von dem Bemühen um Professionalisierung und Versachlichung in den siebziger Jahren unberührt, und politisch sensible Essentials wurden auch weiterhin ausgespart.“²⁹¹

Im Vergleich zu anderen jugoslawischen Völkern galten für Serben und Kroaten besonders strenge Regeln in Bezug auf die Geschichte der eigenen Nation. Das Regime versuchte die Entwicklung von ethnozentrischen Geschichtsbildern zu verhindern, damit die gesamtjugoslawische Identität nicht in den Hintergrund tritt. Im Falle Kroatiens durfte von der Historiographie kein Bezug auf die historische Bestrebung Kroatiens nach Eigenstaatlichkeit genommen werden. Somit blieben deren politische Kultfiguren, wie zum Beispiel Banus Jelačić oder Stjepan Radić, für den Diskurs auf Republiksebene Tabu. Wurden sie dennoch erwähnt, wie im Zusammenhang mit der nationalkroatischen Bewegung des „Kroatischen Frühlings“ 1971, reagierte das Regime mit harten administrativen Sanktionen.²⁹² Die Auswirkungen dieser Sanktionen waren für die Historiographie in Kroatien besonders gravierend. Um jeglichen Anschein nationalistischer Betätigung von vornherein zu entkräften, wurde das politisch brisante Feld der Zeitgeschichte zur Gänze verlassen.²⁹³

Für Serbien galt ein Verbot der öffentlichkeitswirksamen Erinnerung an den mittelalterlichen serbischen Staat, den Kosovo-Mythos oder die Balkankriege. Die öffentlichen Feiern zum Gedenken an die Schlacht am Amselfeld wurden bereits 1944 abgeschafft. Höpken nennt es eine Vergangenheitspolitik des „Ausblendens“ nationaler Geschichte zugunsten der gesamtjugoslawischen, die in den 1980er-Jahren auf serbischer wie kroatischer Seite zum Vorwurf der „Enteignung“ der eignen Geschichte führte.²⁹⁴ Tatsächlich wurde die nationale Geschichten aber nicht vernichtet, sondern ausschließlich aus der Perspektive der titoistischen Ideologie gesehen.

²⁹⁰ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 178.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Vgl. Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 230-231.

²⁹³ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 169.

²⁹⁴ Vgl. Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 231.

Doch auch strenge Linie und harte Konsequenzen änderten nichts daran, dass man sich nach der Wende zur (Kon)Föderalisierung 1974 in der Historiographie lediglich auf Koexistenz und „Nichteinmischung“ einigen konnte. Als Beispiel wie weitreichend die Unfähigkeit zur Verständigung über die gemeinsame Geschichte bereits damals gediehen war, können die erfolglosen Projekte der „Geschichte Jugoslawiens“ sowie einer zweiten Auflage der „Enzyklopädie Jugoslawiens“ genannt werden.²⁹⁵ Höpken diagnostiziert: Die „Vergangenheitspolitik wurde so auch zum Spiegelbild der zunehmenden zentrifugalen Entwicklung von Partei und Staat, die lange vor der Existenzkrise des Staates einsetzte.“²⁹⁶

5.3. Das Ende der Ära Tito

Das Ende der Ära Tito stand ganz im Zeichen der Enttabuisierung. Die bisher unantastbaren, durch strenge Sanktionen gewährten, Kernelemente kommunistischer Vergangenheitspolitik überlebten Tito nur um wenige Jahre. Darunter auch die bisher unbehelligt gebliebene Person Josip Broz Tito selbst. Obwohl der Tito-Kult nach seinem Ableben auf einem neuen Höhepunkt angelangt war, wurde bereits ein Jahr danach mit der Dekonstruktion begonnen. Wie rasch diese voranschritt beweist die Tatsache, dass die Tito-Biographie von Vladimir Dedijers heftige Kontroversen auslöste, jedoch nur wenige Jahre später serbische Intellektuelle nahezu unbehelligt eine Überprüfung der historischen Rolle der Person Titos verlangen konnten.²⁹⁷ An diesem Beispiel ist auch die schwindende Kraft der Partei erkennbar, einen ihrer Ansicht nach schädlichen Diskurs zu unterbinden.²⁹⁸

In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre agierte der größte Teil der Fachwissenschaft zurückhaltend und überließ der historischen Publizistik weitgehend die Themenherrschaft. Dadurch vergab sie die Möglichkeit, als Korrektiv im öffentlichen Diskurs in Zeiten des Umbruchs die Zukunft Jugoslawiens aktiv mitzugestalten. Konträr dazu die historische Publizistik, die genau die Grenzen zu überschreiten und „heiße“ Themen und Fragen aufzuwerfen gewillt war, welche von der Fachhistorik umgangen worden waren. Als Anreiz dazu dienten nicht zuletzt die großen Vermarktungschancen, denn das Interesse der

²⁹⁵ Vgl. Ebd., S. 230.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Vladimir Dedijer: Novi prilozi za biografiju Jozipa Broza Tita [Neue Beiträge zu einer Biographie Jozip Broz Titos]. 3 Bde. Rijeka-Zagreb: Mladost 1981-1984.

²⁹⁸ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 185.

Bevölkerung endlich die „wahre“ Geschichte zu kennen war groß.²⁹⁹ Nicole Münnich beschreibt die Stimmung nach dem Ableben Titos:

„Mit Titos Tod brach eine neue Zeit an, die geprägt war von Machtvakuum und dem Fehlen klarer politischer Ziele einerseits sowie ökonomischer Krise und Resignation andererseits. Vor diesem Hintergrund entstand eine Welle politisch engagierter Literatur, die mit der Dekonstruktion einiger offizieller Geschichtsbilder begann, welche bis dato Geltungs- und Integrationskraft besessen hatten oder zumindest nicht öffentlich in Frage gestellt worden waren.“³⁰⁰

Erstmals wurde nach dem moralischen Preis gefragt, den das Land durch die kommunistische Machtergreifung, die sogenannte „Revolution“, zu bezahlen hatte. Es wurde der, auch von der Fachhistorik stets bemühte, „Emanzipations-“ Topos durchbrochen und damit gleichzeitig der „eigene Weg“ des „Selbstverwaltungssozialismus“, durch die Beleuchtung der stalinistischen Struktur und Ideologie der KPJ in Frage gestellt. Der Konflikt zwischen KPJ und der Sowjetunion wurde erstmals als Konflikt zweier Stalinismen dargestellt. Es wurde die Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt, die Säuberung der Partei, welche in Folge des Kominform-Konflikts besonders umfangreich durchgeführt worden war, thematisiert bzw. eine Neubewertung innerparteilicher Dissidenten (der Fall Hebrang) vorgenommen. Dieser nach der Lagerinsel in der Adria benannte „Goli-otok“-Literatur gelang damit in kürzester Zeit das, woran die Fachwissenschaft trotz gradueller Versachlichung und Rationalisierung in den 1970er-Jahren bisher gescheitert war,³⁰¹ wie Höpken bestätigt:

„Die Literatur trug so binnen kurzer Zeit mehr zu einem Wandel des Revolutionsbildes bei als die Geschichtswissenschaft mit all ihrem institutionellen Aufwand. Bedeutender aber noch als diese „historiographische“ Leistung der Belletristik war ihr politischer Impuls, verstand sie sich doch zugleich als Programm für die Gegenwart, um die strukturellen Ursachen jener stalinistischen Vergangenheit für die Zukunft überwinden zu helfen.“³⁰²

Nicht nur das Lager selbst, sondern auch der Umgang mit dieser Frage als eines der größten Tabus in der Geschichte des sozialistischen Jugoslawiens wurde in einer Reihe von Romanen, die gegen Ende der 1970er-Jahre entstanden sind, jedoch erst jetzt erscheinen konnten, thematisiert.³⁰³

Die Resonanz in der Öffentlichkeit war groß und breit gestreut: Vom Studenten (Momčilo Petrović) bis zum ehemaligen Armee-General (Gojko Nikoliš) wurde vom BdKJ nach einer umfassenden historischen Aufklärung verlangt. Selbst bisher durch und durch systemtreue

²⁹⁹ Vgl. ebd., S. 186-187.

³⁰⁰ Münnich: Geschichtskonzeption, S. 208.

³⁰¹ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 186-187.

³⁰² Vgl. ebd.

³⁰³ Vgl. Münnich: Geschichtskonzeption, S. 209-210.

Organisationen, wie etwa der Serbische Schriftstellerverband, schlossen sich dieser Forderung an und erhöhten den Druck, dem dann schließlich 1987 mit einer Artikelserie zu diesem Thema im Parteiorgan „Borba“ nachgegeben wurde.³⁰⁴ Münnich verweist jedoch auf die begrenzte Möglichkeit der Literatur in Bezug auf Korrektur verzerrter Geschichtsbilder:

„Sie hatte die Möglichkeit, auf einen weißen Fleck im kulturellen Gedächtnis Jugoslawiens hinzuweisen, umfassende Aufklärung konnte nur die Historiographie leisten. Dennoch, als jene Instanz, die die Ereignisse um 1948 und auf Goli otok hätte untersuchen und analysieren können, nahm sich die Geschichtswissenschaft des Themas nur sehr zögerlich an.“³⁰⁵

Als eine der Ausnahmen von der Zurückhaltung der Historiographie kann eine im weiteren Sinn als fachhistorisch zu qualifizierende Arbeit zweier serbischer Autoren gewertet werden. Durch die Publikation des Buches „Party Pluralism or Monism“³⁰⁶ leiteten der Historiker Vojislav Koštunica und der Publizist Kosta Čavoski den Interpretationswandel von der am Klassen-Paradigma ausgerichteten *jugoslawistischen* Perspektive hin zur *nationalen* Perspektive. In dieser Publikation zeigen die Autoren, wie die intrigante Machtpolitik der KPJ eine mögliche bürgerlich-pluralistische Alternative in den Jahren 1944-1948 zunichtemachte. Obwohl deren Möglichkeiten laut Höpken überschätzt wurden, machte die erstmalige Darstellung der bürgerlichen Parteien als eine rechtsstaatliche nicht-kommunistische Alternative, die Arbeit bemerkenswert. Damit wurde der Mythos des kommunistischen Monopols in Bezug auf den Antifaschismus zerstört und ein neuer „Blickwinkel jenseits des dichotomen Schemas von Revolution und Konterrevolution“ eröffnet.³⁰⁷

5.3.1. Aus Kommunismus wird Nationalismus

Anstelle der bisherigen Hegemonie der KP über die Erinnerung produzierte der Legitimitätsverlust der prolongierten System- und Staatskrise neue Deutungseliten und Vergangenheitsbilder. Die konkurrierenden Eliten machten Vergangenheit zur Mobilisierungsressource im Kampf um die Macht in der Phase des Staatszerfalls. Eine wesentliche Rolle dabei spielte das „Erinnerungs-Bedürfnis“ der Bevölkerung. Die bisher tabuisierte bzw. ausgeblendete Geschichte sollte „rekonstruiert“ bzw. „renoviert“ werden.³⁰⁸

„Angesichts der Tatsache, daß in Jugoslawien dabei nicht nur das Ende eines Systems, sondern auch die Krise eines Staates zu verarbeiten war, überraschte es nicht, daß die neuen

³⁰⁴ Vgl. ebd., S. 214-215.

³⁰⁵ Ebd., S. 215-216.

³⁰⁶ Vojislav Koštunica, Kosta Čavoski: Party Pluralism or Monism: Social Movements and the Political System in Yugoslavia 1944-1949. New York: Columbia University Press 1985.

³⁰⁷ Vgl. Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 235.

³⁰⁸ Ebd., S. 234.

Vergangenheitsorientierungen dabei nunmehr vorrangig aus dem Diskurs des Nationalen entnommen wurde.“³⁰⁹

Waren es Anfang der 1980er-Jahre noch wenige „Dissidenten“, wie Vasilije Krestić, wurde in den historiographischen Arbeiten, die ab Mitte der 1980er Jahre entstanden, Nationalismus zum Tenor. Diese Entwicklung kann als ein gesamtjugoslawisches Phänomen angesehen werden. Dies gilt im besonderen Maß für die serbische Historiographie, die Slobodan Miloševićs serbisch- nationalistischen Kurs vorbehaltlos unterstützte.³¹⁰

Dieser Entwicklung konnte auch der Tito-Kult nicht standhalten:

„Tito selbst, bis dahin unantastbar, geriet in die Diskussion, und alle Versuche mittels der althergebrachten Sanktionsandrohungen eine Entwertung seiner Person zu verhindern, erwiesen sich angesichts des schleichenden Machtverfalls der Partei als hilflos.“³¹¹

Bereits fünf Jahre nach seinem Tod fand ein grundlegender Paradigmenwechsel im historischen Diskurs statt, der die Einstellung zum gemeinsamen Staat änderte.

„Dieses anfängliche Enttabuisierungsanliegen sollte den Staat noch nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber es griff bereits fundamentale Stützpfeiler der historischen Systemlegitimation an. Derartige Ansätze, welche die früher verordnete Vergangenheitspolitik zu transzendieren suchten, ohne dabei das Anliegen einer gesamtjugoslawischen Identität zu dekonstruieren, trugen jedoch nicht weit und vermochten sich langfristig nicht zu stabilisieren. Sie verloren schnell ihre reflexiv-enttabuisierende Substanz und büßten die Rolle der Initialzündung für einen pluralistischen gesellschaftlichen Selbstvergewisserungsdiskurs ein.“³¹²

Der serbische Soziologe Nebojša Popov sieht in diesem Wandel bereits eine Vorbereitung auf den Sezessionskrieg:

„Was als enttabuisierende Überwindung monistischer Erinnerungsvorgaben begonnen hatte, das entwickelte sich nicht zu einer intellektuellen „Katharsis“ über die sozialistischen Vergangenheitspolitik, sondern mehr und mehr zu einer „Waffe“ in der nationalistischen Abrechnung untereinander“³¹³ „in letzter Instanz zu einem Mobilisierungsinstrument für die kriegerrische Auseinandersetzung.“³¹⁴

5.3.2. Die posttitoistischen Nationalismen

Auf serbischer Seite konzentrierte man sich ebenfalls auf die Neuperspektivisierung der Zeit von Krieg und Revolution und dabei besonders auf die Rolle der Četnici. Die Darstellungen des serbischen Historikers Veslin Djuretić im Jahr 1985 bedeuteten einen doppelten

³⁰⁹ Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 234-235.

³¹⁰ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 191.

³¹¹ Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 235.

³¹² Ebd., S. 235-236.

³¹³ Nebojša Popov: Traumatologija partijske države [Traumatologie des Parteistaates]. In: Ders. (Hrsg.): Srpska strana rata. Trauma i katarza u istorijskom pamćenju [Die serbische Seite des Krieges. Trauma und Katharsis im historischen Gedächtnis]. Beograd: Republika 1996, S. 113.

³¹⁴ Höpken: Vergangenheitspolitik, S. 236.

Tabubruch mit jenen Geschichtsbildern, die die Kommunisten bisher bevorzugt für die Legitimation ihres Machtmonopols herangezogen hatten.³¹⁵ Djuretić analysierte das Verhältnis von Četniks, der Exilregierung und den Alliierten und kam dabei zum Schluss, dass sie eigentlich eine *national* serbische Résistance waren, jedoch von den Alliierten verraten und von den Partisanen verfolgt worden waren. Damit setzte er sich nicht nur über das Dogma der antifaschistischen Monopolstellung der KP hinweg, sondern auch über das bis dahin gehütete Prinzip der Gleichbehandlung aller jugoslawischen Nationen bei der „Verteilung“ von Schuld und Verrat. Somit blieben als einzig nicht antifaschistische Fraktion die Kroaten als Kollaborateure übrig.³¹⁶

Die kroatischen Historiographie nutzte größere Freiräume Mitte der achtziger Jahre, um weiter an einer differenzierteren Darstellung der Bauernpartei im Zweiten Weltkrieg zu arbeiten. Ohne den bisher weitgehend verbindlichen, ideologischen Scheuklappen gelangte man zu weitaus objektiveren Ergebnissen, als es bis dahin möglich gewesen war.³¹⁷

Die Kontroverse zwischen serbischen und kroatischen Historikern über Djuretićs Publikation überschattete jedoch jegliche Objektivierungsbemühungen auf beiden Seiten und führte sogar zu einer Zuspitzung der Diskussion auf die Frage, wer Opfer- bzw. Täter gewesen war. Der Grund für die Intensität der Kontroverse lag darin, dass es bisher, wenn überhaupt, nur andeutungsweise, möglich war, den Krieg als Bürgerkrieg darzustellen. Dabei sammelte sich Frustration an. Auf serbischer Seite war es die nicht ausreichend gewürdigten Opfer, die Serbien erbracht hatte. Auf kroatischer Seite sah man den latenten Vorwurf der Kollektivschuld nicht hinreichend entkräftet. Die Sanktionen der Partei dagegen waren nahezu wirkungslos, weder trafen sie den Autor übermäßig hart, noch konnten sie den Streit beenden. Die Machtlosigkeit war symptomatisch für den Zustand des BdKJ, der, weder in dieser noch in anderen Fragen, kaum, zu einer gemeinsamen Vorgehensweise finden konnte. Somit war auch der zu Beginn der 1980er-Jahre aus legitimatorischen Gründen noch mühsam aufrechterhaltene Konsens allgemein verbindlicher historischer Darstellungen hinfällig. Die abhanden gekommene politische Legitimität war es auch, die den Wandel vom

³¹⁵ Veselin Djuretić: *Saveznici i jugoslovenska ratna drama* [Die Verbündeten und das jugoslawische Kriegsdrama]. 2. Auflage, Bd. 2 Beograd 1992.

³¹⁶ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, 188-190.

³¹⁷ Vgl. ebd., 188.

jugoslawischen zum nationalen Blickwinkel wesentlich beschleunigte.³¹⁸ Wolfgang Höpken meint, dass nicht die ideologische Übersättigung soweit geführt hatte, sondern

„[e]s waren vielmehr sehr viel weiter gehende Zeiterfahrungen des Jugoslawien der achtziger Jahre, die diese Revisionsneigung stimulierten. Die multiple Krise des Staates und des Systems, die zeitgleiche Erschütterung und wachsende Zerrüttung seiner ideologischen und ordnungspolitischen Fundamente wie auch seiner nationalitätenpolitischen Grundlagen, die das erste Jahrzehnt nach Tito zunehmend prägten und die das Vorspiel zum staatlichen Zerfall zu Beginn der neunziger Jahre bildeten, dies alles ruinierte nicht nur die politische Legitimität der herrschenden Partei, sondern nahm damit zugleich auch der bis dahin von der Partei zur eigene Legitimierung verordneten historischen Erinnerung die normative Verbindlichkeit.“³¹⁹

Jener Diskurs, den die Literatur zu Beginn der 80er durch die Thematisierung von Goli-otok gestartet hatte, trat nun in den Hintergrund. Münnich sieht den Grund dafür in der mangelnden nationalen Zurechenbarkeit dieses Themas. Ganz im Gegensatz zu den nun aufgeworfenen Themenkomplexen von Jasenovac bzw. Bleiburg.³²⁰ Höpken sieht eine parallele Entwicklung dazu: „Die Öffnung der Pandora-Büchse nationaler Antagonismen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, die zum Zerfall und zum Krieg führen sollte, war so begleitet von der Öffnung auch der historiographischen Büchse der Unheilsbringerin.“³²¹

5.4. Die serbische Perspektive

5.4.1. Die serbisch-orthodoxe Kirche

Wie bereits im ersten Teil der Arbeit erwähnt, wurden die Kirchen als letzte verbliebene Opposition zum Kommunismus im ersten Nachkriegsjahrzehnt starker Verfolgung durch das Regime ausgesetzt.

Mit Anfang der 1950er-Jahre begann sich die Situation für die Kirchen zu entspannen. Tito forderte 1953 in einer Rede öffentlich das Ende der Gewalt gegen Religionsgemeinschaften.³²² Wesentlichen Einfluss auf diese Entspannung hatte ein neues Religionsgesetz, dass den Religionsgemeinschaften mehr Freiheiten zusicherte.

Die serbisch-orthodoxe Kirche (SOK) war im Gegensatz zur katholischen Kirche in Kroatien weniger lang Repressionen ausgesetzt, denn sie fand schon bald nach dem Krieg zu einem „modus vivendi“ mit dem Regime. Damit verbunden war jedoch auch die finanzielle

³¹⁸ Vgl. ebd., 188-190.

³¹⁹ Höpken: Mythologisierung, S. 190.

³²⁰ Vgl. Münnich: Geschichtskonzeption, S. 217.

³²¹ Höpken: Mythologisierung, S. 191.

³²² Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 108.

Abhängigkeit. Aus diesem Grund konnte die SOK den Einflussnahmen des Regimes auf kircheninterne Vorgänge weniger entgegensetzen als ihr kroatisches Pendant. Auch der Umstand, dass das Zentrum mit Patriarchensitz in Belgrad, also im Inland lag, war für die Kommunisten von Vorteil.³²³ Wie Klaus Buchenau schreibt, betrachtete man seitens der KPJ die SOK nicht mehr als Gefahr, denn

„seit Anfang der 50er Jahre war die orthodoxe Kirche als möglicher Faktor antikommunistischer Opposition ausgeschaltet worden. Der 1952 unter massiver staatlicher Einflussnahme gewählte Patriarch Vikentije war genauso wie sein Nachfolger German ein Garant für die „Linientreue“ des Belgrader Patriarchats; außerdem war die Kirche durch ihre weitgehende Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung gezähmt.“³²⁴

Doch dieser Eindruck täuscht: Mit Ende der liberalen Phase der 60er Jahre endet auch der Glaube der Bevölkerung an die Reformierbarkeit des Systems und mit aufkommenden Krisen in den 70er- und 80er-Jahren wird klar, dass sich sowohl die SOK als auch die katholische Kirche, nur nach außen hin mit dem Staat Jugoslawien angefreundet hatte. Denn:

„Je föderativer Jugoslawien wurde, desto weniger betrachtete es die SOK als ihren Staat. „Brüderlichkeit und Einheit“ galt tatsächlich nur so lange, wie die serbischen Bischöfe die Republiksgrenzen als „rein administrativ“ verstehen konnten und man ihnen nicht auf schmerzhaft Weise das Gegenteil bewies.“³²⁵

Im Verhältnis zur katholischen Kirche erwartete sich die Mehrheit der SOK nach dem Zweiten Vatikanum Selbstkritik der kroatischen katholischen Kirche in Form einer einseitigen Entschuldigung für die Gräueltaten der Ustaša als Zeichen des „wahren Ökumenismus“. Darüber hinaus wurde die Ökumene als Bedrohung wahrgenommen. Man fürchtete einen erneuten, diesmal freundlich formulierten Unionsversuch seitens der katholischen Kirche.³²⁶

Auf die wieder verstärkt antireligiöse Linie des Regimes reagiert die SOK mit Antimodernismus. Konservative Kreise erhalten Auftrieb und propagieren verstärkt „Svetosavlje“ als Antwort auf diesen „Angriff“. Diese dem „Gottesdiener“ und serbischen Nationalheiligen Sava nachempfundene Haltung zielt auf die Vereinigung von Staat und Kirche sowie auf die strikte Ablehnung aller Anders- oder Nichtgläubigen als Feinde des „heiligen Serbien“ ab. Somit gab es klare Feindbilder, die zur Steigerung der nationalen Kohäsion beitragen sollten.

³²³ Vgl. ebd., S. 117-118.

³²⁴ Buchenau: Kirchen, S. 42.

³²⁵ Ebd., S. 120.

³²⁶ Vgl. ebd., S. 121.

Die große Resonanz der katholischen Jubiläumsfeiern, die eine national-katholische Mobilisierungswelle erzeugten, auf die noch einzugehen sein wird, konnte die SOK nicht erreichen. In den 1970er- und 80er-Jahren wurden zwar ebenso häufig große religiöse Feiern abgehalten, doch trotz gesteigerter Beteiligung blieb das Ausmaß stets unter jenem der Katholiken. Wie Buchenau berichtet waren „Existenzängste [...] die Folge – ein Klima, in dem radikal antiökumenische und xenophobe Kräfte besonders gut gedeihen konnten.“³²⁷

Erst in den 80er-Jahren in Folge der Kosovo-Unruhen nehmen sich mehr Gläubige „ihrer“ Kirche an und unterstützen dabei vor allem radikale Kräfte. Klaus Buchenau nennt daher die Föderalisierung für die SOK

„ein ähnlich ‚nützliches‘ Vehikel, wie es das Ende des kroatischen Frühlings [sic!] für die katholische Kirche war: ein Grund, sich erneut zur ‚Beschützerin der Nation‘ aufzuschwingen und damit komplizierte Fragen nach dem Sinn kirchlicher Existenz in einer zunehmend pluralen Welt beiseite zu wischen.“³²⁸

Besonders nach dem Tod Titos nutzten beide christlichen Kirchen die wachsende Freiheit und Unterstützung der Gläubigen.

„[...] um ihre Autorität hinter nationale Projekte zu stellen, deren Ziel die Beseitigung Tito-Jugoslawiens war – sei es durch Rezentralisierung, das „großserbische Projekt“ oder durch Konföderalisierung bis zum vollkommenen Austritt aus dem Staatsverband.“³²⁹

Ähnlich kann der Meinungsumschwung des „roten“ Patriarchen German in den 80er-Jahren erklärt werden. Er wurde 1958 auf Drängen der Partei hin gewählt und versuchte seitdem mit indirekter nationaler Agitation über Kirchenjubiläen bzw. stiller Diplomatie die Stellung der SOK in der Gesellschaft zu stärken. Der 1982 veröffentlichte „Appell zur Verteidigung der serbischen Bevölkerung und seiner Heiligtümer in Kosovo“ unterschrieben von 21 serbischen Priestern und Mönchen, darunter auch Amfilohije Radović, Irinej Bulović und Atanasije Jevtić, alle radikal antimodernistisch, antiökumenisch geprägte Schüler von Justin Popović, markierte die Wende zu einem direkteren, weniger „angepassten“ Kurs der Kirchenleitung. Buchenau wertet als „politisch brisant, die Betonung des identitären Faktors vor allem dadurch, dass die konkreten Spuren serbischer Präsenz in der Provinz – Bevölkerung und sakrale Bauten – implizit als *unverzichtbare Materialisierung* der nationalen Identität

³²⁷ Ebd., S. 124.

³²⁸ Buchenau: Kirchen, S. 125.

³²⁹ Ebd., S. 106.

gewertet wurde.“³³⁰ Damit argumentierten die Autoren des Appells auch den fortwährenden Existenzkampf der serbischen Nation:

„Das serbische Volk schlägt bis heute seine Kosovoschlacht, kämpft darum und um eine solche Erinnerung seiner Identität, für eine sinnerfüllte Existenz in dieser Region, seit 1389 bis heute. [...] Die Tatsache, dass die Kosovo-Schlacht von 1389 bis heute andauert bedeutet, dass sich das serbische Volk noch nicht ergeben hat, und darum ist Kosovo bis zum heutigen Tag unser.“³³¹

Die Erinnerung an den von den Ustaša begangenen Genozid an den Serben war in diesem Zusammenhang ebenso präsent. Die Überleitung „Von Kosovo nach Jadovno“ wurde von Bischof Atanasije Jevtić verfasst und in der Kirchenzeitung *Pravoslavljje* publiziert. Der Bischof setzte damit die aktuelle Lage der Serben mit jener Situation gleich, in der sich das serbische Volk im Zweiten Weltkrieg befand. Er bekundete öffentlich, dass die Opferzahl von 35.000 Menschen untertrieben sei. Seiner Meinung nach waren es 50.000 - 80.000 Serben die damals dem Ustaša-Massaker zum Opfer fielen. Die SOK bemühte sich um einen nationalen Schulterschluss und öffnete ihre Foren, wie *Glas Crkve*, für national gesinnte serbische Intellektuelle; sie publizierte Essays, Gedichte sowie Forderungskataloge voller Xenophobie und Chauvinismus.³³²

Von der „christlichen Schwesterkirche“ in Kroatien erwartete man sich offiziell in dieser Situation Verständnis und Unterstützung, doch die katholische Kirche hatte mehr Sympathie für die albanische Seite. Das offizielle „Schweigen“ führte in Serbien zu extremen Reaktionen. Von einem erneuten vatikanischen Eingreifen in innerjugoslawische religiöse Angelegenheiten aus antiorthodoxen und antislawischen Motiven sprach der Belgrader Historiker Dragoljub Živojinović 1986. Er führte als Beispiele die Jahre 1918 und 1941 an, in denen die Unterstützung der kroatisch- nationalen Forderungen seitens der katholischen Kirche zur Destabilisierung des Staates geführt hätte.³³³

Patriarch German schwenkte auf die von Ćosić und anderen Literaten bereits vorgegebene großserbische Linie ein, noch bevor sich die offene Abkehr von Jugoslawien allgemein durchgesetzt hatte. German deutete 1987 die serbische Geschichte wie folgt:

³³⁰ Ebd., S. 170. Hervorhebungen im Original.

³³¹ *Apel za zaštitu* [Apell zum Schutz], *Pravoslavljje* 1982, zitiert nach Buchenau: Kirchen, S. 171.

³³² Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 176-184.

³³³ Vgl. ebd., S. 183-184.

„Wir haben Jugoslawien aufgebaut, und das zweimal. Wenn wir nur die serbischen Länder abgesichert hätten, gäbe es heute doppelt so viele Serben. Niemals war ich der Wahrheit näher, dass die serbische Frage nur in einem serbischen Staat gelöst werden kann.“³³⁴

Der serbische Historiker Veljko Djurić ging in seinem in *Pravoslavje* 1988 noch einen Schritt weiter und skizzierte bereits die Grenzen des zukünftigen Serbien:

„Wenn Kosovo und Methohija der Osten des serbischen Volkes sind, dann ist der dalmatinische Kosovo sein Westen. Die östlichen Grenzen sind durch die Heiligtümer markiert, die ein anderes Volk in Massengräber verwandelt! Die Westgrenze werden durch Massengräber markiert, die zu Heiligtümern werden müssen.“³³⁵

5.4.2. Die serbische Historiographie

Nachdem Slobodan Milošević 1987 an die Macht kam und der serbische Nationalismus zum Programm erhoben wurde, sozusagen als „Gegengift“ zum Titoismus, forderte er ein Ende der systematischen Benachteiligung und Unterdrückung des serbischen Volkes wie sie in der Ära Tito geherrscht hatte. Das Ancien Régime mit seiner Nationalitätenpolitik wurde dabei als Verursacher der System- und Staatskrise identifiziert.

Die serbische Historiographie adaptierte sich bereitwillig an die neuen Bedingungen. Ihre Aufgabe war es, den von der serbischen Partei vor allem auf politischer und wirtschaftlicher Ebene geführten „Benachteiligungsdiskurs“ auch historisch zu legitimieren bzw. zu untermauern. Miloševićs Kampf für ein „starkes Serbien“ bedurfte einer neuen serbischen Identität, hergeleitet aus einer generell neuen Darstellung der fast gesamten serbischen Geschichte. Dieses Geschichtsbild umfasste folgende tragenden Elemente, auf die noch näher einzugehen sein wird. Erstens die Glorifizierung der Eigenstaatlichkeit, von deren Ursprung im mittelalterlichen Reich Dušans bis zum Königreich Serbien, die dem Vielvölkerstaat Jugoslawien geopfert worden sei. Zweitens Serbiens Rolle als „Kämpfer“ und „Sieger“ im Krieg und gleichzeitig als „Opfer“ und „Verlierer“ im Frieden. Die jüngere Vergangenheit der Ära-Tito wurde im Zuge dessen nicht mehr nur entmythologisiert, sondern auch stigmatisiert.³³⁶

Das serbische Volk wurde von der serbischen Historiographie primär als Opfer dargestellt. Ansätze für diese Interpretation waren bereits vom serbischen Schriftsteller Dobrica Ćosić in den 60er-Jahren vertreten worden. Wolfgang Höpken begründet die Wahl des Opfermotivs

³³⁴ Patriarch German: Ja i komunisti [Ich und die Kommunisten], S. 18-19, zitiert nach Buchenau: Kirchen, S. 127.

³³⁵ Veljko Djurić: Dalmatinsko Kosovo i Kosovo i Metohija [Das dalmatinische Kosovo und Kosovo und Methochien]. In: Pravoslavje, Nr. 520 v. 15.11.88, S. 10, zitiert nach Buchenau: Kirchen, S. 185.

³³⁶ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 192.

damit, dass hier die „Leidensgeschichte als Grundlage kollektiver Identitätsbildung herangezogen [wird, denn] es ist die Opferrolle, seltener die Erinnerung an eigene (Un-)Taten, welche der Fundierung gemeinschaftsstiftender Erzählungen und Erinnerungen dient“. ³³⁷ Leid hat auch einen „politischen Mehrwert“ insofern als es „moralisch privilegiert“ und den eigenen materiellen wie immateriellen Ansprüchen moralische Legitimität verleiht. ³³⁸ Der Kampf gegen die Türken, Österreicher und später Ustaša bzw. Deutsche, die alle „die Vernichtung des serbischen Volkes geplant hatten“, wurde als ständiger aufgezwungener Überlebenskampf dargestellt. Ergebnis dieser „Aufopferung“ für die slawischen Brüder war der erste jugoslawische Staat, der durch den militärischen Sieg erkämpft und durch die Aufgabe der serbischen Eigenstaatlichkeit ermöglicht wurde. Dieses Experiment musste jedoch an den separatistischen Forderungen kroatischer Nationalisten scheitern. Während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Partisanen der national-serbische Widerstand von Četnici und Exilregierung unterdrückt. In der Nachkriegsordnung wurden serbische bürgerlich nationale Parteien Opfer der kommunistischen Machtpolitik. Eine demokratisch-rechtsstaatliche Alternative wurde so verhindert. Der Grund allen Übels im zweiten jugoslawischen Staat war für die serbische Geschichtsschreibung die titoistische Nationalitätenpolitik, denn sie habe durch die unter dem Vorwand der Verhinderung des vermeintlichen „großserbischen Hegemonismus“ vorgenommene Föderalisierung des Staates, das serbische Volk benachteiligt. Dabei wurde das gesamte serbische Volk und nicht nur die „serbische Bourgeoisie“ bestraft. ³³⁹ Im Vergleich zum idealisierten eigenen Staat Serbien, erscheint der Vielvölkerstaat Jugoslawien somit als „Irrweg serbischer Geschichte“. ³⁴⁰

In einem 1986 veröffentlichten, unfertigen Dokument, genannt „Memorandum“ der Serbischen Akademie der Wissenschaften (SANU), wurde diese Sicht, die inzwischen im öffentlichen Geschichtsbewusstsein tonangebend geworden war, von namhaften serbischen Historikern und Schriftstellern geteilt. Ivo Goldstein bringt es auf den Punkt: „The document began by analyzing the Yugoslav crisis in detail and then outlined what was in fact the national program for a Greater Serbia.“ ³⁴¹

³³⁷ Wolfgang Höpken: Jasenovac – Bleiburg – Kočevski rog: Erinnerungsorte als Identitätssymbole in (Post-)Jugoslavien. In: Geschichte (ge)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien [sic!] und Bulgarien. Angela Richter u. Barbara Beyer (Hrsg.), Berlin: Frank & Timme 2006, S. 401-429, hier S. 401.

³³⁸ Vgl. ebd.

³³⁹ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 194.

³⁴⁰ Höpken: Stigmatisierung, S. 193.

³⁴¹ Ivo Goldstein: Jasenovac – Myth and Reality. In: Südosteuropa. Traditionen als Macht. Hrsg. v. Emil Brix, Arnold Suppan; Wien: Oldenbourg 2007, S. 106.

Tito wurde in diesem Dokument offen beschuldigt, Serbien und das serbische Volk willentlich geschwächt zu haben. Durch Nationalismus, der „von oben“ kam, seien die Serben im Gegensatz zu anderen jugoslawischen Nationen daran gehindert worden, ihre ethnische Identität zu entwickeln. Diese anderen Völker Jugoslawiens, genannt „Anti-Serben“ (vor allem die Slowenen und Kroaten, Anm. d. Autors), weil sie sich mit der albanischen Protestbewegung in den 80ern solidarisiert hätten, hätten ein Komplott gegen die Serben geschmiedet. Es sei das erklärte Ziel der Kroaten, durch eine Assimilationskampagne die „Kroatisierung“ der serbischen Minderheit in Kroatien zu erreichen. Die Publizistik benutzte das Memorandum, um auf Basis der aus dem Kontext gerissenen oder erfundenen Tatsachen, die öffentliche Empörung über den vermeintliche „Betrug“ am serbischen Volk, das im Laufe seiner Geschichte ständig verfolgt, getötet und mit dem Genozid bedroht worden sei, aufzuzeigen. Das bestätige die „allgemeine Sichtweise“, dass Serbien im Krieg alles gewonnen und im Frieden stets alles verloren habe.³⁴²

Im Hinblick auf die Entstehung des sozialistischen Jugoslawiens waren die Meinungen in der serbischen Historiographie weniger einheitlich. Einem radikalrevisionistischen Flügel dem Veselin Djuretić und Kosta Čavoski zugeordnet werden können, stand ein eher gemäßigten Flügel mit Ljubomir Tadić und Branko Petranović gegenüber. Während die Beschlüsse des AVNOJ für die Erstgenannten „nur einen weiteren Stein im Mosaik der Benachteiligung Serbiens [darstellten], der das „serbische ethnische Territorium“ mittels eines künstlichen, auf fiktiven Grenzen beruhenden Föderalismus“³⁴³ teilte, bedeuteten, war sie für die Letztgenannten lediglich ein Kompromiss zum Nachteil Serbiens. Erst im Laufe der sechziger Jahre, als die Partei von Slowenen und Kroaten in Richtung antiserbischer Politik bewegt worden sei, habe der entstandene radikale Föderalismus dem serbischen Volk zu schaden begonnen.³⁴⁴ In dieser unterschiedlichen Perspektive der serbischen Historiographie auf die die Staatsgründung sieht Höpken

„die Auffassungsunterschiede zwischen jenen [...], die in einem Großserbien die „historisch richtigere“ Alternative zu jugoslawischen Staatsexperiment sehen, und denen, die an der Idee Jugoslawiens, wenn auch mit einem grundlegend anders positionierten Serbien, festhalten.“³⁴⁵

³⁴² Vgl. ebd.

³⁴³ Veselin Djuretić: Razaranje srpstva u XX veku: Ideološka upotreba istorije [Die Zerstörung des Serbentums im 20. Jahrhundert: Die Ideologische Instrumentalisierung der Geschichte]. Beograd: Balkanološki institut SANU 1992, S. 69-71, zitiert nach Höpken, Stigmatisierung, S. 198.

³⁴⁴ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 198.

³⁴⁵ Ebd.

Dennoch bleibt Jugoslawien in beiden Perspektiven in Hinblick auf seine sozialistisch-föderale Nationalitätenpolitik als „antiserbische Verschwörung“³⁴⁶ verrufen. Von der Politik wurde die Parallele vom Existenzkampf des serbischen Volkes als historische Konstante der serbischen Leidensgeschichte, zur aktuellen Situation der sich zuspitzenden nationalen Antagonismen gezogen. So meint Höpken:

„Geschichtswissenschaft und historischer Diskurs in Serbien [...] bestätigen so in besonders drastischer Weise, wie leicht „mythisches und mythosnahes Denken“ in Zeiten des Orientierungsbedarfs und der Orientierungskrise die Funktion der Sinnbildung okkupieren kann, wenn historische Erinnerung der Beeinflussung durch einen aufgeklärten Diskurs entzogen wird.“³⁴⁷

In weiterer Folge wurde auch der Emanzipationstopos endgültig zerstört und der Beginn der Ära Tito nun nicht mehr als Abkehr, sondern als Beginn der konsequenten Orientierung am Stalinismus, sowohl ideologisch als auch in nationalitätenpolitischer Sicht, betrachtet. Als Beweis dafür wurde der Vorgänger Titos als KPJ-Vorsitzender, der Serbe Sima Marković, rehabilitiert, da er, wie auch die meisten anderen serbischen (bürgerlichen) Politiker im Ersten Jugoslawien, für eine einheitliche, zentralistische Staatskonzeption eintrat. Damit konnte die Brücke zur gegenwärtigen Rezentralisierungspolitik Miloševićs geschlagen werden. Slowenien und Kroatien pochten jedoch auf die Beibehaltung des föderativen Status quo, wodurch der innerparteiliche Riss sich weiter vergrößerte.³⁴⁸

Der bis dahin noch weitgehend gewährte Konsens, die Opfer des Zweiten Weltkrieges nicht aus der nationalen sondern aus der „Klassen-Perspektive“ zu sehen, ein legitimatorisches Kernelement der Nationalitätenpolitik der Tito-Ära, wurde im Klima extremer werdender nationaler Gegensätze aufgegeben. Die historische Publizistik und Literatur konzentrierte sich auf weitere Stigmatisierung dieser Politik. Schon Anfang der achtziger Jahre wurde das Geschichtsbild des Krieges durch die Veröffentlichung der wahren Umstände der Berechnung der Opferzahl von 1,7 Millionen Menschen erschüttert. Derjenigen, der von KPJ damals mit der Ermittlung der Opferzahlen beauftragt wurde, bekannte die gesamten Kriegsverluste berechnet zu haben und dabei auch den kriegsbedingten Geburtenausfall und andere Faktoren berücksichtigt zu haben. Die Partei übernahm diese Zahl aus Propagandagründen als „Kriegstote“ und steigerte durch diesen Mythos die Kraft des Volksbefreiungskampfes.³⁴⁹

³⁴⁶ Ebd., S 199.

³⁴⁷ Ebd., S. 193.

³⁴⁸ Vgl. ebd., S. 194.

³⁴⁹ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Serbiens, 337-338.

In der Folge entwickelte sich ein heftiger Disput über die Opfer und Täter im Zweiten Weltkrieg. Die bisher erzwungene „Gleichmacherei“ sollte ein Ende haben. Eine Fülle von Publikationen beschäftigte sich mit dem Nachweis der „Schuld“ und es begann eine „Aufrechnung“ nationaler Opferzahlen. Während serbische Autoren dabei zu Übertreibungen neigten und „den Kroaten“ Genozid am serbischen Volk vorwarfen, waren kroatische Autoren, wie schon Tuđman, um eine Minimierung bemüht. Entgegen der zwischenzeitlich bereits erreichten Versachlichung und Rationalisierung in der historischen Forschung Ende der 1970er wurde von Seiten der serbischen Historiographie Maček und die kroatische Bauernpartei als Juniorpartner der Ustaša und des Vatikans dargestellt. Diese „Genozid-Literatur“ bot erneut Anknüpfungspunkte für das serbische „Geschichtstrauma“.³⁵⁰ Für Höpken ist die klare Folge eine

„Interpretationslandschaft des Zweiten Weltkriegs, in der auch die serbisch-kroatischen Beziehungen praktisch nur noch aus der Perspektive des ‚Genozid‘-Topos thematisiert werden.“³⁵¹

In Anlehnung an die aktuelle Politik der Distanzierung von Belgrad wurden Parallelen zum „Separatismus“ der Kroaten im Königreich Jugoslawien und den Folgen der Verwirklichung eines unabhängigen Kroatiens für das serbische Volk gezogen. Aufgrund „Ustaša-faschistischer“ Positionen in der kroatischen Politik Ende der 1980er Jahre und der Verschwörung von Kroaten, Muslimen und Albanern drohe dem serbischen Volk erneut ein „aufgezwungener Existenzkampf“. Der Diskurs bekam zunehmend einen Unterton der Bedrohung. Goldstein verweist auf die Wirkung dieser Radikalisierung: „In Serbia the conviction grew that whatever they did to ‘pay themselves back’ was justified.“³⁵²

Diese Entwicklung begann bereits 1986: Der serbische Historiker und Mitglied der SANU Vasilije Krestić unterstellte den Kroaten generell eine „Genozidale Veranlagung“:

„It is certain that the origin of genocidal acts against the Serbs in Croatia can be found [...] in the sixteenth and seventeenth centuries, when the Serbs began to settle Croatia lands.“³⁵³

Als Beweis für den Willen der Kroaten, die Serben zerstören zu wollen, nannte er eine Vielzahl von kroatisch-serbischen Konflikten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts.

³⁵⁰ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, 196-198.

³⁵¹ Ebd., S. 197.

³⁵² Goldstein: Myth, S. 107.

³⁵³ Književne novine, 716, Belgrade 15. Sept. 1986, zitiert nach: Goldstein: Myth, S. 105.

Die Verbrechen der Ustaše wurden von der serbischen Historiographie als erneuter Beweis für diese Veranlagung gesehen. Viele serbische Historiker bzw. selbsternannte Historiker begannen den, vom Tito-Regime angeblich nicht entsprechend gewürdigten, hohen serbischen Blutzoll im Zweiten Weltkrieg zu dokumentieren.³⁵⁴ Zum topographischen Synonym für die Gräueltaten, die dem serbischen Volk im Zweiten Weltkrieg durch Kroaten widerfahren wurde der Ort des größten Konzentrationslagers in der NDH: Jasenovac.

Wolfgang Höpken verweist auf die besondere Konstellation zwischen Opferdiskurs und historischen Ort in diesem Fall:

„Dort, wo das eigene Opfer in das Zentrum kollektiver Identitätserzählungen gerückt wird, da wird diese Opferrolle nicht selten symbolisch aufgehoben in topographischen Denominationen. Namen wie ‚Auschwitz‘, ‚Katyn‘ oder – im Fall des serbischen Gedächtnisses – ‚Kosovo‘ sind mehr als nur räumliche Konkretisierungen erfahrenen Leids, sie sind in den Worten Jörn Rüsens „narrative Abbreviaturen“³⁵⁵, in denen die topographische Bezeichnung für eine gemeinschaftlich erinnerte Geschichte steht, die weit über das am Ort Geschehene hinausreicht. Es ist die besondere, erfahrbare Sinnmächtigkeit des Ortes, die solche Räume prägt.“³⁵⁶

Jasenovac wurde in der Ära Tito zwar nicht tabuisiert, die Opferzahl der im Lager umgekommenen Juden, Serben aber auch Kroaten wurde auf offiziell 600.000 - 700.000 festgesetzt, um die Schrecken des Krieges zu betonen. Dies obwohl eine geheime Untersuchung in den 1960er-Jahren nicht mehr als 59.000 Namen von Opfern ausfindig machen konnte. Im Vergleich zu andern Erinnerungsorten des „Volksbefreiungskrieges“ war Jasenovac schwer in die Kriegsnarration, die vorwiegend die Rolle des „Kämpfers“ und nicht die des Opfers betonte, eingebunden. Ein weiterer Grund für die Nachrangigkeit des Erinnerungsortes ist in seiner Inkompatibilität mit der „Klassen-Perspektive“ zu suchen. Eine ethnische Differenzierung von Opfern und Tätern war, wie bereits erwähnt, nicht erwünscht, weshalb auch eine „neutrale“ Optik für die erst in den 1960er-Jahren errichtete Gedenkstätte gewählt wurde.³⁵⁷

Für Höpken ist Jasenovac, genauso wie Bleiburg, ein weiteres Beispiel für die Ambivalenz und Komplexität des Zweiten Weltkriegs in Jugoslawien:

„[...] eines Krieges, in dem sich nicht nur ‚Besatzer‘ und ‚Befreier‘ gegenüberstanden, sondern in dem sich die Grenzen zwischen ‚Tätern‘ und ‚Opfern‘ verflüssigten und der sich gerade deswegen eines eindeutigen Erinnerns entzieht.“³⁵⁸

³⁵⁴ Goldstein: Myth, S. 105.

³⁵⁵ Jörn Rüsen: Zerbrechende Zeit. Über den Sinn der Geschichte. Köln, Wien [u.a.]: Böhlau 2001, S. 182.

³⁵⁶ Höpken: Jasenovac, S. 403.

³⁵⁷ Vgl. ebd., S. 407-412.

³⁵⁸ Höpken: Jasenovac, S. 403.

Von serbischer Seite wurde der Vorwurf erhoben, man habe das Ausmaß der Opfer von Jasenovac in der Ära Tito bewusst nicht thematisiert, um die verordnete „Brüderlichkeit und Einheit“ und damit die Nationalitätenpolitik nicht zu gefährden. Diesem Manipulationsvorwurf ist zu entgegen, dass die Kommunisten selbst, eine überhöhte Zahl an Opfern nutzten und diese keineswegs verschwiegen. Die manipulierten Opferzahlen waren in jedem Schulbuch zu finden.³⁵⁹ In der allgemeinen nationalistischen Hysterie gegen Ende der 80er-Jahre wurde die Zahl der Opfer schließlich bis zu 1 Million gesteigert.

5.5. Die kroatische Perspektive

5.5.1. Die katholische Kirche in Kroatien

Die katholische Kirche war trotz einer umfassenden Säkularisierung im Sozialismus nach wie vor stark in der Bevölkerung verankert. Im Gegensatz zu den Gläubigen der serbisch-orthodoxen Kirche waren die Angehörigen der katholischen Kirche in Kroatien traditionell starke Kirchgänger.³⁶⁰ Ein Zeichen ihre Verbundenheit mit der Kirche war auch die große Spendenbereitschaft, vor allem die der kroatischen Diaspora. Die gute interne Organisation und das geschlossene agieren machte Interventionen von außen schwierig. Wegen der soliden finanziellen Versorgung mit Spenden war die katholische Kirche in Kroatien auch weniger anfällig für Erpressungsversuche durch das Regime. Doch war die Unterstützung aus dem Ausland an Bedingungen geknüpft. Die Diaspora, in der ehemalige Ustaše und Ultranationalisten tonangebend waren, erwartete von den Kroaten in der Heimat „konsequentes Märtyrertum“ und keinerlei Kompromisse mit dem „illegitimen Regime“, welches sie zu Fall bringen wollte, um einen kroatischen Nationalstaat errichten zu können.³⁶¹

Die katholische Kirche in Kroatien profitierte besonders vom Ende der Gewalt gegen Religionsgemeinschaften und der Liberalisierung der Religionspolitik, war sie doch im Nachkriegsjugoslawien als einzig verbliebene Opposition und damit Hauptkonkurrent der Kommunisten, besonderer Verfolgung ausgesetzt gewesen.³⁶² Sogar ausgewiesene Skeptiker Tito-Jugoslawiens, wie der kroatische Erzbischof Franjo Kuharić, bestätigen dies:

„Der Papst ernennt die Bischöfe ungehindert von staatlicher Einmischung; die Kirche ist in ihrer inneren Administration frei. Es gibt weder für Priester noch für Ordensleute einen ‚Numerus clausus‘; die Bischöfe ernennen und versetzen die Priester nach ihrem Gutdünken, Priester und

³⁵⁹ Vgl. ebd., S. 408-412.

³⁶⁰ Vgl. Buchenau: Kirchen, S.124.

³⁶¹ Vgl. ebd., S. 130-137.

³⁶² Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 108-109.

Gläubige sind frei, sich in Kirchenräumen zu versammeln, ohne dafür besondere Genehmigungen zu benötigen. Die Orden können existieren und funktionieren, wenn auch im Rahmen des Gesetzes. Die Bewegungsfreiheit inner- und außerhalb des Landes wird nicht behindert, auch wenn es vorkommt, dass man Priestern – nach unserer Überzeugung ohne Rechtfertigung – den Pass entzieht. Die Freiheiten der Kirchenpresse zählen ebenfalls zu den positiven Tatsachen.“³⁶³

Die Unbeugsamkeit der katholischen Kirche in Kroatien bezüglich der Einflussnahme in innerkirchliche Vorgänge, wie etwa Bischofswahlen sowie der Kontakt mit der extremistischen Diaspora führten jedoch weiterhin zu Spannungen mit dem Regime. Besonders der Umstand, dass beide Zentren im Ausland lagen und damit dem Zugriff der KPJ weitgehend entzogen waren, bereitete den Kommunisten Schwierigkeiten. Als Absicherung sollten Gesetze, welche die „Trennung von Kirche und Staat“ geboten bzw. den „Missbrauch der Religion zu politischen Zwecken“ verboten, dienen.³⁶⁴

Die Rezeption des Zweiten Vatikanums in der katholischen Kirche Kroatiens in den 1960er-Jahren war geteilt. Einerseits fühlte der Klerus sich verunsichert und durch diese Verordnung „von oben“ dazu genötigt auf die SOK und andere Religionsgemeinschaften im ökumenischen Sinn zugehen zu müssen. Man befürchtete, dass dies von der SOK oder den Kommunisten, im „worst case“ sogar von beiden, ausgenutzt werden könnte. Andererseits waren Impulse des Konzils, die auf Volksnähe der Kirche hinauslaufen, wie die Verwendung der Volkssprache im Gottesdienst und Stärkung der Bischofskonferenz, willkommen.³⁶⁵

Nach dem Tod des überzeugten Antikommunisten Stepinac, der 1952 vom Papst zum Kardinal ernannt wurde, schien der Weg frei für das Regime, auch mit der katholischen Kirche zu einem „modus vivendi“ zu gelangen.

Die katholische Kirche war daran jedoch nur aus rein pragmatischen Gründen interessiert, „hielt aber unter der Oberfläche am antimodernen Erbe der 30er Jahre sowie am kroatischen Nationalismus fest“³⁶⁶ - so Buchenau.

Die schrecklichen Erfahrungen, welche die katholische Kirche in den 1940er- und 50er-Jahren gemacht hatte, wurden nicht vergessen, sondern im Gegenteil zu einer „*corporate identity*“, wie Buchenau es nennt, ausgebaut, deren Symbol der verurteilte Kardinal Stepinac wurde. Besonders ab den 70er-Jahren wurde der Kult um ihn von seinem Nachfolger

³⁶³ Glas Koncila v. 8.3.1987, S. 3, zitiert nach Buchenau: Kirchen, S. 105.

³⁶⁴ Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 137-139.

³⁶⁵ Vgl. ebd., S. 114.

³⁶⁶ Ebd., S. 120.

Erzbischof Franjo Kuharić vorangetrieben, der mit seiner verstärkt nationalen Linie kommunistische Tabus austestete und damit gleichzeitig den Forderungen der Diaspora nachkam.³⁶⁷

Die Entfaltungsmöglichkeiten in nationaler Hinsicht stiegen umgekehrt proportional mit der Föderalisierung. Einer der Hauptgründe dafür war, dass die Zuständigkeit für Religionswesen von der Bundes- zur Republiksebene wechselte und so auch von den Quellen des Geheimdienst UDBA abgeschnitten wurde.³⁶⁸

Als Reaktion auf die Niederschlagung des „Kroatischen Frühlings“ und den verstärkten antireligiösen Politik distanzierten sich konservative Kreise, wie der eben genannte Erzbischof, von den „radikaldemokratischen“ Forderungen und hielten ihr Elemente der „katholischen Nation“ entgegen. „[...] [T]he Catholic Church in Croatia was agile and outspoken as both the carrier of the national idea and fighter for greater religious liberty.“³⁶⁹ Auch wenn die Kirche nicht direkt in politischen Angelegenheiten intervenierte, so war die kroatische Symbolik - die Treue zu Rom, „seit dem 7. Jahrhundert“, die Mutter Gottes als Schutzpatronin der Kroaten und der Kult um Stepinac - unübersehbar. Der Zustrom der Gläubigen erreichte nach der Zwischenkriegszeit einen neuen Höchststand.³⁷⁰ Die Unzertrennlichkeit der Verbindung zwischen Kirche und kroatischer Nation betonte auch der als liberal und konzilstreu geltende kroatische Theologe Tomislav Šagi-Bunić, wenn er schreibt

„The Church and the Croatian nation are inseparable, and nothing can sever that connection. Catholicism cannot be deleted from the people's collective memory or the Croatian national identity, either by theoretical persuasion and propaganda or by a revolutionary act. The Catholic Church in our country has done nothing bad or harmful in recent years, no moves or gestures that could have possibly hampered the development of the Croatian people or that have been at the expense of any other nationality in Yugoslavia.“³⁷¹

Die Mobilisierungskraft wurde durch zahllose öffentliche Gedenkveranstaltungen in Kroatien, aber auch in anderen Republiken, unter Beweis gestellt. Den Höhepunkt bildeten die religiösen Massenveranstaltungen anlässlich des 1300-jährigen Jubiläums der Christianisierung. Diese sogenannten „Großen Novene“ wurden von 1975 bis 1984 zelebriert. An den abschließenden Messen nahmen bis zu 400.000 Gläubige teil.³⁷² Im Anschluss an die

³⁶⁷ Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 120.

³⁶⁸ Vgl. ebd., S. 109-110.

³⁶⁹ Perica: Balkan, S. 57.

³⁷⁰ Vgl. ebd., S. 58-59.

³⁷¹ Glas Koncila, 6.2.1972, zitiert nach Perica: Balkan Idols, S. 62.

³⁷² Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 122-124.

große Eröffnung wurde im Wallfahrtsort Marija Bistrica und in Zagreb simultan in einer eigenen Veranstaltung die szenische Darstellung der Geschichte der kroatischen Kirche und des kroatischen Volkes von 641 bis 1984 geboten. In diesem Rahmen wurde auch auf das Verhältnis der katholischen Kirche zur Orthodoxie Bezug genommen. Es wurde behauptet, dass die Existenz der serbisch-orthodoxen Kirche das Resultat eines doppelten Spiels des heiligen Sava war, der Rom und Konstantinopel gegeneinander ausspielte, um sich schließlich mit Ostrom im Interesse des serbischen Königshaus der Nemanjić zu verbünden. Die von den Osmanen erzwungene und vom Patriarchen Arsenje III. - Crnojević 1691 angeführte Auswanderung wurde als Invasion kroatischen Territoriums dargestellt.³⁷³

Die Demonstrationen in Folge der Konkordatskrise 1937 wurden als Beweis für die Unterstützung der SOK für die serbische Hegemonie im Ersten Jugoslawien angesehen. Die Periode des Zweiten Weltkrieges blieb in szenischen Darstellung zur Gänze unerwähnt. Umso mehr widmete man sich der Verfolgung des kroatischen Klerus in der Nachkriegszeit und dem Schauprozess gegen Erzbischof Stepinac. Alle damals auf Seiten der katholischen Kirche handelnden Personen, die ebenfalls verfolgt wurden, glorifizierte man als Heilige und Märtyrer.³⁷⁴ Erzbischof Kuharić rückte in seiner Abschlusspredigt die historisch zugeordnete Rolle der Kroaten als Verteidiger des katholischen Westen gegen den orthodoxen Osten in den Vordergrund: „God rendered to us Catholic Croats this land in which we have lived for thousand and three hundred years, and we will not let anyone else rule over us in our own land.“³⁷⁵

Vjekoslav Perica betont die Rolle der Geschichte als Abgrenzungskriterium zur SOK und dem multinationalen Jugoslawien:

„The crowds of the Great Novena operated as a plebiscite for the new Croatia as designed by the Catholic Church. The Church supplied the newborn nation with the necessities such as a new history and new symbols and myths. The key component of the new nation was its new history, authorized by the Church. The new Croatia was reinvented as a ‘100 percent Western’ nation [...]“³⁷⁶

Die SOK, wie auch die säkulare nationalistische serbischen Historiographie, lehnten die „große Novene“ mit der Begründung ab, dass eigentlich aus Serben und Kroaten eine slawisch-orthodoxe Nation geworden wäre, hätten nicht die Päpste interveniert und die

³⁷³ Vgl. Perica: Balkan Idols, S. 68-69.

³⁷⁴ Vgl. ebd.

³⁷⁵ Ebd., S. 70.

³⁷⁶ Ebd., S. 72.

Vereinigung der beiden slawischen Brudervölker verhindert. Diese These wurde vom serbisch-orthodoxen Bischof und Kirchenhistoriker Nikodim Milaš (1845-1915) entwickelt.³⁷⁷

Der Klerus nutzte seine gestärkte Stellung, um etwaige interne Widerstände gegen die konservativen Mainstream zu brechen. Buchenau zufolge war

„[f]ür die Bischöfe [...] ihre verstärkt nationale Funktion auch willkommen, um die Kirchendisziplin zu erhalten. Da die katholische Kirche die Nation am Leben erhalte, so das Argument, müsse sie stark und einheitlich sein.“³⁷⁸

Trotz warnender Stimmen, auch im mehrheitlich antiserbisch orientierten ZK der KP Kroatiens, wurden kirchlichen Massenveranstaltungen von der Partei 1975 unter Verweis auf die Religionsfreiheit zugelassen. Die katholische Kirche in Kroatien nutzte ihre nun wiedererlangte bestimmende Stellung innerhalb der Gesellschaft, um jene zu unterstützen, die den Wunsch der Kirche nach der Entstehung einer eigenständigen katholischen kroatischen Nation teilten.³⁷⁹ Sehr aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist das Verhältnis der katholischen Kirche zu Franjo Tuđman und seiner HDZ. Der jahrzehntelange Chefredakteur der Zageber katholischen Zeitschrift „*Glas Koncila*“, Živko Kustić schrieb im April 2000 dazu:

„Die Kirche bei den Kroaten und die Mehrheit des kroatischen Volkes empfanden die HDZ nicht als Partei, sondern als Befreiungsbewegung. Wir haben Tuđman nicht als Parteipolitiker unterstützt, sondern weil wir gemeinsam mit ihm die Befreiung des kroatischen Staates wollen. [...] wir wollten in jedem Fall erreichen, dass das Volk die Kommunisten abwählt [...] und ein kroatischer Staat geschaffen wird. Die HDZ hatte dasselbe Programm, und hier sind wir ein Stück historischen Weges gemeinsam gegangen. Gemeinsam haben wir Jugoslawien zerstört. Jugoslawien musste zerstört werden, das war eine Frage der Ethik, der Ehre. Wer Jugoslawien nicht zerstören wollte, war kein ehrenwerter Mensch.“³⁸⁰

5.5.2. Die kroatische Historiographie

Die kroatische Historiographie hatte im Gegensatz zu ihrem serbischen Pendant weniger Einfluss auf den öffentlichen Diskurs. Der Grund dafür war vor allem das grundsätzliche Misstrauen gegenüber der Historiographie seit der Niederschlagung des „Kroatischen Frühlings“. Nach den Säuberungen waren überwiegend treue Parteikader kritischen Wissenschaftlern nachgefolgt. Somit war die akademische Fachhistorik mit ihrer eher vorsichtigen Kritik generell als „opportunistisch“ und „rot“ verschrien. Ihre Rolle übernahm

³⁷⁷ Vgl. ebd., S. 72-73.

³⁷⁸ Buchenau: Kirchen, S. 124.

³⁷⁹ Vgl. ebd., S. 123-124.

³⁸⁰ Interview mit Kustić am 21.04.2000, zitiert nach Buchenau: Kirchen, S. 128.

zunächst die historische Publizistik. Ab Mitte der achtziger Jahre überwog der historische Revisionismus, dessen vorrangiges Ziel es war, den Genozid- wie Kollektivschuldvorwurf der serbischen Seite zu entkräften. Wie bereits von Tuđman in den 1960er-Jahren vorgegeben, geschah dies nicht durch neue wissenschaftlich fundierte rationale Erkenntnisse, sondern im Zuge eines hoch emotional geführten Diskurses, der darauf abzielte, die eigne Täterrolle hinter der Opferrolle möglichst zu verbergen.³⁸¹ Höpken nennt Gründe, warum auch von „Tätern“ die Rolle des Opfers bevorzugt wird:

„Die Betonung des eigenen Opferstatus rückt aber nicht nur dort in den Vordergrund, wo es die Erfahrung von Vernichtung und Verfolgung ist, aus welcher heraus Identität gestiftet wird; sie wird nicht nur dort aktiviert, wo man bestrebt ist, die Konfrontation mit eigener Verantwortung und Schuld durch den Verweis auf selbst erlittenes Unrecht zu flankieren. [...] Allenthalben suchen gesellschaftliche Gruppen, insbesondere Minderheiten, ihre angebliche oder tatsächliche Deprivation und damit ihren Opferstatus als Kern ihrer gemeinsamen Identität auszugeben und als gewinnbringendes symbolisches Kapital in den Kampf um politische oder auch ökonomische Ressourcen einzubringen.“³⁸²

Für Goldstein hat der Revisionismus in den Jahren 1989/90, mit den kroatischen Bestrebungen sich möglichst stark gegenüber Jugoslawien und Serbien abzugrenzen, seinen Höhepunkt erreicht. Die Neudarstellung kroatischer Geschichte, an der sich auch die Historiographie beteiligte, vom Mittelalter bis zur Gegenwart, war gekennzeichnet von überbordender Betonung der Eigenstaatlichkeitsbestrebung als historische Konstante kroatischer Geschichte. Im Zuge dessen wurde auch die verbrecherische NDH zwar als Diktatur, aber gleichzeitig auch als erster unabhängiger kroatischer Staat in relativ positivem Licht dargestellt, wohingegen beide jugoslawischen Staaten ausschließlich negativ konnotiert wurden. Besonders im Hinblick auf das sozialistische Jugoslawien wurde aus Serben und Kommunisten ein gemeinsames Feindbild, der „Serbokommunismus“ konstruiert. Als Gegenreaktion auf die Jasenovac Vorwürfe und als Synonym für die kommunistischen Nachkriegsverbrechen wurde Bleiburg in den Mittelpunkt gerückt.³⁸³ Höpken betont, dass

„[a]uch in diesem Fall [...] das Grauen jedoch offenbar der topographischen Konkretisierung [bedarf] um erinnerungskulturell zu wirken, und dies macht Bleiburg zum Synonym all jener Nachkriegsverbrechen, die sich in ihrer Mehrheit an ganz anderen, oftmals nur schwer zu lokalisierenden Orten abgespielt haben.“³⁸⁴

Die überwiegende Mehrheit jener am 17. Mai 1945 ausgelieferten politischen bzw. militärischen Gegner der Kommunisten wurden nämlich nicht an Ort und Stelle in Bleiburg

³⁸¹ Vgl. Höpken: Stigmatisierung, S. 199 f.

³⁸² Höpken: Jasenovac, S. 402.

³⁸³ Vgl. Goldstein: Myth, S. 107.

³⁸⁴ Höpken: Jasenovac, S. 405.

ermordet, sondern starben auf dem Rückmarsch auf jugoslawischem Territorium. Die Opferzahl war und ist ebenso umstritten, wie jene von Jasenovac. In der Literatur wird zumeist die Schätzung Žerjavićs³⁸⁵ zitiert, der zufolge ca. 55.000 der insgesamt 200.000 bis 300.000 Gefangenen darunter neben der Zivilbevölkerung Angehörige der Ustaša, der kroatischen Heimwehr, der slowenischen Domobrancen und der serbischen Četnici, getötet wurden.³⁸⁶

Diese ethnische Vielfalt der Opfer wurde von kroatischen Revisionisten übergangen. Als Opfer wurden ausschließlich Kroaten deklariert bzw. der Todesmarsch zum „kroatischen Kreuzweg“ stilisiert.

Das große Echo in den Medien und der Öffentlichkeit dieser revisionistisch pseudo-wissenschaftlichen „Aufdeckungen“ in den 1980er-Jahren war ein Resultat des „verordneten Vergessens“ in der Tito-Ära. Im Gegensatz zu Jasenovac war Bleiburg ein absolutes Tabu, schließlich wären in diesem Zusammenhang die Gewaltverbrechen der siegreichen Partisanen zur Sprache gekommen.³⁸⁷ Bleiburg ist prädestiniert als Beispiel für die tabuisierte, nie wissenschaftlich-analytisch untersuchte und aufgearbeitete NDH/Ustaša Vergangenheit, wie Wolfgang Höpken bestätigt

„Die erst nach dem Ende des Sozialismus und jugoslawischer Staatlichkeit möglich gewordene Memorialisierung des zuvor Tabuisierten entsprang dabei freilich von Anfang an nicht nur dem Ziel einer aufklärerischen Archäologie des Vergessenen. Über den Rekurs auf die Gewalt von serbischer und kommunistischer Seite *an* Kroaten im Zweiten Weltkrieg konstituierte sich vielmehr auch die kroatische Nation als „Opfergemeinschaft“, um dem von serbischer Seite vermittelten Bild der kroatischen „Tätergemeinschaft“ entgegenzutreten. Der narrativen Abbeviatur „Jasenovac“ als Symbol *kroatischen* Terrors im serbischen Gedächtnis wurde so auf kroatischer Seite die narrative Abbeviatur „Bleiburg“ als erinnerungspolitisches Konkurrenz-Symbol der eigenen Opferrolle im Kriege entgegengesetzt.“³⁸⁸

Die Kraft dieses tabuisierten Vermächtnisses zeigte sich erstmals bei den Ereignissen des „Kroatischen Frühlings“ in den frühen 1970ern, die jedoch mit administrativen Mitteln von der Partei wieder unter Kontrolle gebracht werden konnte. Goldstein sieht in dem NDH-Staat – als erste Verwirklichung der kroatischen Eigenstaatlichkeit gegenüber positiver Einstellung des ultra-nationalistischen Flügels – das zweite, erst später bekannt gewordene Gesicht des „Kroatischen Frühlings“.³⁸⁹

³⁸⁵ Žerjavić: Opsesije, S. 77.

³⁸⁶ Vgl. Höpken: Jasenovac, S. 405.

³⁸⁷ Vgl. ebd., S. 416-418.

³⁸⁸ Ebd., S. 418.

³⁸⁹ Vgl. Goldstein: Myth, S. 107-109.

Gegen Ende der 80er-Jahre waren es auch das sich in den letzten Zügen befindende kommunistische Regime und der jugoslawische Staat, die die politische Motivation klar zum Ausdruck brachten, einen mit dem historischen Staatsrecht der Kroaten im Einklang stehenden eigenen kroatischen Staat zu legitimieren und ihn nicht nur als als unselbstständigen Teil Jugoslawiens erscheinen zu lassen. Franjo Tuđmans diesbezügliche politische Agenda wurde besonders von der politischen Emigration finanziell unterstützt. So wurden Anfang der 1990er-Jahre unter anderem jene, die wegen ihrer Ustaša-Vergangenheit aus Jugoslawien nach Kriegsende geflohen waren, mit Wahlkampfspenden zu Unterstützern der HDZ (*Hrvatska demokratska zajednica*) bei den ersten freien Wahlen.³⁹⁰

Serbischen Jasenovac-Darstellungen als Todeslager wurde von Seiten der Revisionisten vehement entgegnet, es hätte sich dabei lediglich um ein „Arbeitslager“ gehandelt. Die Rassengesetzgebung in der NDH sei nie zur Anwendung gekommen, nur gesetzlich Verurteilte Regime-Gegner seien in dieses Lager eingewiesen worden. Die Ustaša sei nie antisemitisch gewesen, gemessen an der Bevölkerung sei es im NDH-Staat sogar gelungen, europaweit die meisten Juden zu retten. Die Serben-Verfolgung sei nur eine Reaktion auf die (angebliche) serbische Rebellion 1941 gegen den kroatischen Staat gewesen. Diese und andere Thesen dieser Art, die entweder manipuliert oder schlicht erlogen waren, hatten eine fatale Wirkung auf den öffentlichen Diskurs in Kroatien. Wie Goldstein bestätigt, kamen plötzlich Zweifel auf, ob ein Genozid an den Juden im NDH überhaupt je stattgefunden hatte.³⁹¹

Als Höhepunkt des Revisionismus in der kroatischen Historiographie kann das Werk des späteren Staatspräsidenten Tuđman gesehen werden. In seinem Buch mit dem Titel *Bespuća povijesne zbiljnosti* („Irrwege der Geschichtswirklichkeit“) erstmals veröffentlicht 1989 korrigiert er die Gesamtzahl der Opfer des Lagers Jasenovac „vorwiegend Zigeuner, Juden und Serben aber auch Kroaten“ auf 30.000-40.000 nach unten.³⁹² Tuđman betont, dass „[d]ie Anzahl der jüdischen Häftlinge [...] 5-8mal so groß [war] wie die der Serben.“³⁹³ Er behauptet überdies, unter Berufung auf drei sehr glaubwürdige Augenzeugen, dass Juden die zweite Autorität im Lager gewesen seien. Juden hätten die „besseren“ Posten in Küche und Verwaltung okkupiert und wurden von den Zeugen beschuldigt, im wesentlichen Ausmaß bei

³⁹⁰ Vgl. Buchenau: Kirchen, S. 158-160.

³⁹¹ Vgl. Goldstein: Myth, S. 107-109.

³⁹² Vgl. Franjo Tuđman: Irrwege der Geschichtswirklichkeit. Ins Deutsche übersetzt von Vesna Ivančević und Jasna Schmidt. Zagreb: Školska knjiga 1993, S. 393.

³⁹³ Ebd., S. 395.

der „Selektion“ und späteren Tötung von Lagerinsassen mitgewirkt zu haben.³⁹⁴ Tuđman versucht damit die Juden zu Mittätern, der an Serben begangenen Verbrechen zu machen.

Tuđman plante Jasenovac als Symbol für die „kroatische Täterrolle“ im Zweiten Weltkrieg unbrauchbar zu machen und in eine Gedenkstätte „für alle Opfer des Totalitarismus“, umzuwandeln. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an den Interventionen in- und ausländischer jüdischer Organisationen. Wie Wolfgang Höpken betont, wäre dies die Spitze des vergangenheitspolitischen Irrsinns gewesen, wenn „Opfern der Ustaša am gleichen Erinnerungsort gedacht worden wäre wie den Angehörigen der Ustaša selbst, die nach dem Kriege zu den Opfern von Partisanengewalt wurden.“³⁹⁵

Überwindung innerkroatischer Erinnerungsgrenzen

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg entzweite jedoch nicht nur Serben und Kroaten, sondern sorgte auch innerhalb der kroatischen Gesellschaft für eine Spaltung, wie Höpken bestätigt:

„Bleiburg und sein relationaler Gegenmythos Jasenovac waren aber nicht nur Symbole einer serbisch-kroatischen Opferkonkurrenz. Über sie werden auch innerkroatische Erinnerungskämpfe ausgetragen zwischen jenen, die auch den neuen kroatischen Staat in der Traditionslinie des vom alten Jugoslawien [sic] repräsentierten Antifaschismus sehen und jenen, für die der neue Staat seine politische Identität auf einer gleichsam antikommunistischen Basis zu gründen habe. Der Rekurs auf Bleiburg diene daher immer auch dazu, ersterem die politische Legitimität abzuspochen.“³⁹⁶

Als Franjo Tuđman mit seiner HDZ an die Macht gelangte verkündete er die „Versöhnung von Ustaša und Partisanen“ als eine der Grundpfeiler seines politischen Programms.³⁹⁷ Beide hätten ihren Beitrag im Kampf für die „kroatische Sache“ geleistet.³⁹⁸

Die kroatische Historikerin Marijana Gross kritisierte diese Art von Erinnerungsdiskurs: „Das Töten der Partisanen am Ende des Krieges diene dazu das Töten im Kriege zu vergessen.“³⁹⁹

Auch in Kroatien lieferte die Kirche ihren Beitrag zur „nachzuholenden Trauerarbeit“ mit sakraler Begleitung der Exhumierungen bzw. Trauer- und Gedenkfeierlichkeiten. Hier zeigt sich wie tief Erinnerungs- und Identitätsdiskurs miteinander verwoben sind. Die Opfer des

³⁹⁴ Vgl. ebd., S. 394-395.

³⁹⁵ Höpken: Jasenovac, S. 417.

³⁹⁶ Ebd., S. 418-419.

³⁹⁷ Vgl. Goldstein: Myth, S. 108.

³⁹⁸ Vgl. Radonic: Krieg um die Erinnerung, S. 18.

³⁹⁹ Vgl. Marijana Gross: Wie denkt man kroatische Geschichte? Geschichtsschreibung als Identitätsstiftung. Österreichische Osthefte 35 (1993) 1, S. 189-216.

Todesmärsches wurden gleichsam zum Symbol eines *nationalen*, kroatischen Kollektivschicksals gemacht, das in den Auseinandersetzungen der 90er-Jahre seine Fortsetzung gefunden habe – von „Bleiburg bis Vukovar“, wie der Dubrovniker Erzbischof Puljić bei der Gedenkfeier im Jahre 2003 eine Linie von den Partisanenverbrechen zur serbischen Gewalt der 1990er-Jahre zog. Die von den Partisanen ermordeten Angehörigen der Domobrancen und der Ustaša wurden so zu Opfern, deren Sterben in der Verwirklichung des kroatischen Staates 1991 seinen Sinn gefunden hatte.⁴⁰⁰

⁴⁰⁰ Vgl. Höpken: Jasenovac, S. 418-419. .

6. Konklusion

Für den Zerfall Jugoslawiens kann die These des „uralten Hasses“ definitiv als Ursache ausgeschlossen werden. Der vermeintlich über Jahrhunderte gewachsene Hass zwischen Serben und Kroaten ist, wie im ersten Kapitel dargestellt, ein Mythos. Die „obsession with history“⁴⁰¹ wie es der letzte amerikanische Botschafter in Jugoslawien, Warren Zimmermann, ausdrückte, rührt vielmehr von der Suche der südslawischen Völker nach Identität bzw. deren Legitimierung her.

Die Anfänge dieser Suche reichen in das 19. Jahrhundert zurück. Die serbische wie die kroatische nationale Identität wurden vom jeweiligen mittelalterlichen „nationalen Staat“ abgeleitet und im 19. Jahrhundert diverse großserbische bzw. großkroatische Pläne damit begründet. Dem aufkommenden Jugoslawismus hingegen fehlte ein solcher historischer Bezugspunkt, auch wenn besonders die „Illyristen“ bemüht waren, einen solchen zu konstruieren. Sprachliche, wie kulturelle Ähnlichkeiten alleine waren nicht stark genug, um ein kollektives jugoslawisches Nationalbewusstsein entstehen zu lassen. Selbst jene Sprachreformatoren, die den Anstoß zur gemeinsamen Sprache gaben, konnten sich nicht wirklich einigen; jeder von ihnen hatte pragmatische Gründe, die Sprache „serbisch“ oder „kroatisch“ zu nennen.

Die erstmalige staatliche Vereinigung fand schließlich unter Umständen statt, die weit entfernt von einer Einigung „auf Augenhöhe“ waren. Der Volkswille spielte für diese auf der Ebene der politischen Eliten getroffene Entscheidung überhaupt keine Rolle. Nach der Gründung Jugoslawiens blieb, entgegen der Annahme der „Jugoslawisten“, die ethnische Differenzierung trotz der gemeinsamen Sprache und des gemeinsamen Staates erhalten. Der Grund dafür ist im besonderen Assimilierungsdruck seitens der serbisch dominierten Monarchie zu sehen. Der „Pseudo-Jugoslawismus“ diente nur als Vorwand, um die Serbisierung und die damit verbundene gewaltsame Unterdrückung anderer Völker durchzusetzen. Die Kroaten, als zahlenmäßig zweitgrößtes Volk, waren davon besonders betroffen. Daraus resultierte die gegenseitige Antipathie und der Aufschwung antijugoslawischer Kräfte. Jene, die von Beginn an gegen eine bedingungslose Vereinigung mit Serbien waren, wie die HSS oder die katholische Kirche, erhielten verstärkt Zustimmung

⁴⁰¹ Zimmermann: Ambassador, S. 3.

aus der Bevölkerung. Die von der serbisch-monarchischen Elite betriebene Politik des „Pseudo-Jugoslawismus“ desavouierte die Idee des „echten“ Jugoslawismus.

Nachdem das Erste Jugoslawien an der Lösung der sogenannten „nationalen Frage“ gescheitert war, versuchten sowohl die Ustaša als auch die Četniks während des Zweiten Weltkriegs ihre großkroatische bzw. großserbische Ideologie mit Gewalt umzusetzen. Die faschistische Ustaša verfolgte und tötete Juden und Serben, um den NDH-Staat zu einem ethnisch homogenen großkroatischen Nationalstaat zu machen. Die Sympathie, die der Ustaša noch unmittelbar nach der Staatsgründung von der kroatischen Bevölkerung als vermeintliche Erlöser vom „serbischen Joch“ entgegengebracht worden war, verebbte schnell, als die Ustaša damit begann, jeden zu terrorisieren, der ihrem Diktat nicht bedingungslos folgen wollte. Verfolgte Serben schlugen sich mehrheitlich auf die Seite der monarchistischen Četniks, die im Namen der „heiligen Rache“ ebenfalls Gräueltaten verübten. Am Ende konnte keine der beiden Bürgerkriegsparteien ihre Kriegsziele verwirklichen. Weder ein großkroatischer unabhängiger Staat, noch eine großserbische Monarchie wurde Realität, stattdessen wurde das sozialistische Jugoslawien gegründet. Ausschlaggebend dafür war die erfolgreiche kommunistische Mobilisierungs- und Propagandapolitik, mit dem „antifaschistischen Volksbefreiungskampf“ der Partisanen sowie der Arbeit der Volksfront. Der jugoslawischen Bevölkerung, die mehrheitlich nicht kommunistisch eingestellt war, wurde suggeriert, dass die KPJ als einzige in der Lage sei, Frieden und Sicherheit wiederherzustellen bzw. auch dauerhaft zu sichern. Man appellierte an die Partikularinteressen der einzelnen Völker und stellte deren Verwirklichung, in einem neuen auf Gleichberechtigung basierenden geeinten Jugoslawien, in Aussicht.

Als legitimatorische Grundlage ihrer Herrschaft diente nach 1945 den Kommunisten das mythologisierte Geschichtsbild des Zweiten Weltkrieges. Demzufolge war die kommunistische Partisanenbewegung die einzige antifaschistische Kraft, die in- und ausländische Feinde besiegt hatte und die südslawischen Völker damit sowohl von der Herrschaft der Bourgeoisie, als auch von den faschistischen Besatzern befreit hatte. Der Krieg wurde ausschließlich aus Sicht der kommunistischen Sieger perspektiviert und damit seiner Dimension als Bürgerkrieg beraubt. Die KPJ entschied darüber, was „erinnert“ werden durfte und was „vergessen“ werden musste. Die akademische Historiographie wurde dazu benutzt, die Geschichtspolitik „wissenschaftlich“ zu untermauern. Diese Erinnerungspolitik schloss einen Großteil der Bevölkerung aus, nämlich all jene, die Angehörige der Ustaše oder Četnici waren bzw. die Opfer der von Partisanen verübten Verbrechen.

Die Geschichtspolitik stellte als zentraler Quell der Legitimation des Staates auch die Basis für die offizielle Nationalitätenpolitik dar. Denn die jugoslawischen Völker stimmten auch bei der zweiten Gründung eines jugoslawischen Staates nicht in einer Volksabstimmung darüber ab, ob sie erneut in einen gemeinsamen Staat eintreten wollen; ihre Entscheidung für diesen Staat wurde aus ihrer regen Beteiligung am „Volksbefreiungskampf“ abgeleitet. Auch die innere Ordnung, die faktische Ausgestaltung der durch Krieg und Revolution errungenen „Gleichberechtigung“, wurde nie zur Disposition gestellt. Interethnische „Brüderlichkeit und Einheit“ wurden vielmehr verordnet und der Bevölkerung indoktriniert. Wie schwierig die Umsetzung der „Brüderlichkeit und Einheit“ in der Praxis war, zeigt die innerstaatliche Grenzziehungsproblematik. Selbst die Festsetzung der nach kommunistischer Diktion aus rein administrativen Gründen notwendigen Grenzen führte zu schweren innerparteilichen, ethnisch motivierten Konflikten, obwohl die Kommunisten selbst die „nationale Frage“ für gelöst erklärten und den Nationalismus als ein Instrument der besiegten Bourgeoisie bzw. der bürgerlichen Parteien zur Unterdrückung des werktätigen Volkes bezeichneten. Vor allem der Konflikt zwischen Belgrad und Zagreb setzte sich in wechselnder Intensität fort. Lag der Kompetenzschwerpunkt zunächst noch auf föderaler Ebene (in Belgrad), verlagerte er sich in weiterer Folge mehr und mehr in Richtung Republiken. Tito gab, im Vertrauen auf die Einheit der Partei, den Forderungen der Republiken nach, um nationale Spannungen zu vermeiden. Der „Kroatische Frühling“ stellt in dieser Entwicklung einen Wendepunkt dar. Die kroatische Parteiführung stellte sich damals offen gegen Belgrad. Sie nutzte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich in wirtschaftlicher, kultureller und sprachlicher Hinsicht von der „serbischen Zentrale“ benachteiligt fühlte und versuchte, mit dem Druck der Öffentlichkeit im Rücken, mehr Kompetenzen für die eigene Republik zu erreichen und die und die Föderalisierung des jugoslawischen Gesamtstaates weiter voranzutreiben. Tito reagierte darauf mit der Entmachtung der kroatischen Parteiführung und der Säuberung der Parteiorganisationen im Bereich der Wirtschaft, Bildung, Kultur und Kunst von „Nationalisten und Separatisten“. In der folgenden Periode des „kroatischen Schweigens“ übernahm die katholische Kirche erneut die Rolle der Bastion des Kroatentums. Liberalere Religionsgesetze sowie die Kompetenzverschiebung der Kontrolle religiöser Aktivitäten von der Bundes- auf die Republiksebene erleichterte dabei ihr nationales Engagement. Kirchliche Feiern, Jubiläen, Pilger- und Wallfahrten wurden zunehmend für nationale Manifestationen benutzt. Dies wiederum führte auch zu vermehrter Aktivität der serbisch-orthodoxen Kirche, um mit der „Konkurrenz“ gleichzuziehen.

Für das kommunistische Herrschaftssystem, das im Wesentlichen auf der Person Titos, der Partei und der Armee basierte, war der Tod „des Alten“ ein schwerer Schlag. Die Partei war aufgrund der gegensätzlichen Interessen der Republiken gespalten und kaum noch zu gemeinsamen Entscheidungen fähig. Die zunehmende Wirtschaftskrise zerstörte untergrub sukzessive die Glaubwürdigkeit des Regimes in der Bevölkerung. Der sich verschärfende Verteilungskampf und die zunehmende Unzufriedenheit mit dem System manifestierten sich verstärkt in nationalen Spannungen.

Für die Vergangenheitspolitik bedeutete dies eine dramatische Wende. Denn, obwohl bereits in den 1960er-Jahren der verordnete Konsens in der Historiographie erstmals durchbrochen wurde, gelang es der Partei zu Lebzeiten Titos widerstreitende Auffassungen noch mit administrativen Sanktionen über kurz oder lang aus dem öffentlichen Diskurs zu eliminieren und das von ihr zu Legitimationszwecken entworfene mythologisierte Geschichtsbild zu bewahren.

Zu dieser Art von Kontrolle – einer verbindlichen Durchsetzung der „jugoslawischen Perspektive“ auf die gemeinsame Vergangenheit – war die, durch zunehmende interne Konflikte gelähmte Partei zu Beginn der 1980er nicht mehr fähig. Das Ende des kommunistischen Monopols der Vergangenheitsdeutung und damit ein „erweitertes Feld des Sagbaren“, wie es Ljiljana Radonic nennt, waren die Folge.

Obwohl sich die Methoden und die Arbeit der Historiographie bis Ende der 1970er Jahre zunehmend professionalisierten, konnten sie sich zuerst in Serbien und später in Kroatien nicht dem Nationalismus entziehen. Die Phase der Entmythologisierung der kommunistischen Geschichtspolitik, eingeleitet durch die „Goli otok“-Literatur, währte nur sehr kurz.

Es ist dem bereits zitierten serbischen Soziologen Nebojša Popov zuzustimmen, der die vergebene Chance einer intellektuellen „Katharsis“ bedauert und den Nationalismus als „Waffe“ in der Abrechnung der Völker untereinander sowie als Mobilisierungsinstrument für die kriegerische Auseinandersetzung bezeichnete.⁴⁰²

Die „föderalisierte“ Historiographie war nicht mehr im Stande oder Willens, als wissenschaftliches Korrektiv, den aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Krise verschärften nationalen Antagonismen entgegenzutreten. Im Gegenteil, die bisherige

⁴⁰² Vgl. Popov: Traumatologija, S. 113.

Geschichtspolitik wurde nicht mehr entmythologisiert, sondern stigmatisiert. Man begann in Serbien wie in Kroatien die Geschichte „neu“ zu schreiben.

In Serbien unterstützte die akademische Geschichtswissenschaft aktiv die nationalistische Politik Slobodan Miloševićs. Gemeinsam mit der serbisch-orthodoxen Kirche fungierte sie als „neue“ Deutungselite der serbischen Geschichte. Aus serbischer Perspektive war das serbische Volk im Laufe seiner Geschichte immer in der Opferrolle. Die Genozidgefahr als historische Konstante, gepaart mit dem Gefühl, am Ende immer der Betrogene zu sein, schien eine großserbische Politik als Präventivmaßnahme zu rechtfertigen.

In Kroatien wurden die Feindbilder vom Kommunismus und dem serbischen Nationalismus zum „Serbokommunismus“ als Sinnbild für die Unterdrückung der Kroaten vereint. Franjo Tuđman als Vorreiter des kroatischen Nationalismus, unterstützt von der katholischen Kirche und finanziert von der nationalistisch orientierten Diaspora, etablierte den Revisionismus in der kroatischen Geschichtswissenschaft. Aus kroatischer Perspektive betrachtet, wurden sämtliche Ansätze zur Eigenstaatlichkeit ausschließlich mit einer positiven Konnotation versehen, auch wenn sie, wie im Fall des Ustaša-Staates, durch die eigene Täterrolle belastet waren.

FAZIT

Abschließend kann festgestellt werden, dass das Projekt Jugoslawien eben nicht daran gescheitert ist, dass „zusammengefügt wurde, was nicht zusammengehört“ und der interethnische Hass als eine logische Konsequenz daraus folgte. Jugoslawien zerfiel vielmehr deswegen, weil in der Bevölkerung kein breiter Konsens über die Notwendigkeit eines gemeinsamen Staates herrschte. Beide Staaten wurden nicht auf einem Grundkonsens „von unten“ gegründet, sondern aufgrund der Entscheidung der Elite „von oben“ beschlossen. Dieser aufoktroyierten Gemeinschaft fehlte es von Beginn an Legitimation. Sowohl im Ersten als auch im Zweiten Jugoslawien herrschte die Überzeugung, diesen Konsens nachträglich, wenn notwendig sogar mit Gewalt etablieren zu können, um Legitimationsmängel zu beseitigen. Doch weder die Demokratie, noch die Diktatur, noch der Einheitsstaat, die Föderation, die Monarchie oder der Kommunismus waren in der Lage, auf Dauer die südslawischen Völker davon zu überzeugen, dass ein gemeinsamer jugoslawischer Staat mehr Vor- als Nachteile hätte. Der bosnische Autor Dževad Karahasan verdeutlicht dies im folgenden Satz:

„Ich glaube Jugoslawien ist daran gescheitert, dass wir alle nicht im Stande waren, Gründe für ein Zusammenhalten, Gründe für ein weiter existieren des Staates klar zu artikulieren, sichtbar zu machen.“⁴⁰³

Die Wissenschaft im Allgemeinen und die Historiographie im Besonderen hätte, vor allem im Zweiten Jugoslawien nach dem Tod Titos, einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Projekts leisten können. Sie ließ sich aber, beim Weg „aus“ dem Sozialismus, wie einst beim Weg „in“ den Sozialismus, erneut für politische Ziele der nationalen Eliten instrumentalisieren womit der Weg für einen erneuten Bürgerkrieg bereitet wurde.

⁴⁰³ Dževad Karahasan: Waffenruhe: 20 Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens. [Film, Dokumentation]. Gestaltung: Friedrich Orter. Online: www.2011-06-29_2230_sd_02_MENSCHEN-AND-MAECHTE_Waffenruhe---20-,Jahr_2570777_o_0000699765_s2577049_al_ORF2HiRes_22295522P_23222018P_Q4A.mp4 (51:12) [Letzter Zugriff: 2011-06-29 22:30]

Verzeichnisse

Abkürzungsverzeichnis

AVNOJ	Antifašističko Vijeće Narodnog Oslobođenja Jugoslavije
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
DFJ	Demokratisch Föderatives Jugoslawien
DS	Demokratska Stranka
FNRJ	Federativna Narodna Republika Jugoslavija
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica
HSS	Hrvatska Seljačka Stranka
JVA	Jugoslawische Volksarmee
KPJ	Kommunistische Partei Jugoslawiens
NDH	Nezavisna Država Hrvatska
NKOJ	Nacionalni Komitet Oslobođenja Jugoslavije
NOO	Narodno-Oslobodilački Odbori
NRS	Narodna Radikalna Stranka
OZNA	Organ Zaštite Naroda Armije
SFRJ	Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija
SHS	Država Slovenaca, Hrvata i Srba
SOK	Serbisch-Orthodoxe Kirche
UDBA	Uprava Državne Bezbednosti
VASNOS	Velika Antifašistička Skupština Narodnog Oslobođenja Srbije
ZAVNOH	Zemaljsko Antifašističko Vijeće Narodnog Oslobođenja Hrvatske

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/be/Militargrenze%2C_Wojwodowena_und_Banat.jpg [letzter Zugriff: 20.3.2012]

Abbildung 2:

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/96/NezavisnaDrzavaHrvatska_-_infobox_collage.png [letzter Zugriff: 20.3.2012]

Literaturverzeichnis

Banac, Ivo: The national question in Yugoslavia. Ithaca, New York: Cornell Univ. Press 1984.

Derselbe: The national question in Yugoslavia. Origins, History, Politics. 2. Auflage, Ithaca, London: Cornell University Press 1992.

Derselbe: With Stalin against Tito. Cominformist Split in Yugoslav Communism. Ithaca, New York: Cornell University Press 1988.

Behschnitt, Wolf Dietrich: Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914. (Südosteuropäische Arbeiten 74). München: Oldenbourg 1980.

Bock, Petra und Wolfrum, Edgar: Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1999.

Boban, Ljubo: Hrvatske granice od 1918. do 1992. godine. [Grenzen Kroatiens von 1918-1992]. Zagreb: Hrvatska Akademija Znanosti i Umjetnosti, Školska Knjiga 1992.

Buchenau, Klaus: Kämpfende Kirchen. Jugoslawiens religiöse Hypothek. (Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des orthodoxen Christentums 2). Frankfurt a. M.: Lang 2006.

Derselbe. Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945-1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich. (Balkanologische Veröffentlichungen 40). Wiesbaden: Harrassowitz 2004.

Brunnbauer, Ulf: Politische Entwicklung Südosteuropas von 1945 bis 1989/1991. In: Geschichte Südosteuropas. Hrsg. v. Konrad Clewing und Oliver Jens Schmitt. Regensburg: Friedrich Pustet 2011.

Calic, Marie-Janine: Der serbisch-kroatische Konflikt in Kroatien. In: Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregion Südosteuropas. Hrsg. v. Michael W. Weithmann. München: dtv 1993.

Dieselbe: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: Beck 2010.

Dedijer, Vladimir: Novi prilozi za biografiju Jozipa Broza Tita [Neue Beiträge zu einer Biographie Jozip Broz Titos]. 3 Bde. Rijeka-Zagreb: Mladost 1981-1984.

Djilas, Milovan: Wartime. Ins Deutsche übersetzt von Michael B. Petrovich. New York: Harcourt 1977.

Derselbe: Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945-1966. Ins Deutsche übersetzt von Branko Pejaković. München: Molden-Seewald GmbH 1983.

Derselbe: Persönliche Erfahrungen mit der Geschichte, In: Gespräche mit Zeitgenossen. Acht Dispute über Geschichte und Politik. Hrsg. v. George Urban. Weinheim, Basel: Beltz 1982.

Djokić, Dejan (Hrsg.): Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918-1992. London: C. Hurst&Co. 2003

Djuretić, Veselin: Saveznici i jugoslovenska ratna drama [Die Verbündeten und das jugoslawische Kriegsdrama]. 2. Auflage. Beograd: Politika 1992.

Derselbe: Razaranje srpstva u XX veku: ideološka upotreba istorije [Die Zerstörung des Serbentums im 20. Jahrhundert]. Beograd: Balkanološki institut SANU 1992.

Džaja, Srećko M.: Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991). Mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas. (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 37). München: Oldenbourg 2002.

Goldstein, Ivo: Kroatien bis 1918. Ins Deutsche übersetzt von Christine Dumbović-Reiser. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. 2. Auflage. Wiesbaden: VS 2007.

Derselbe: Jasenovac – Myth and Reality. In: Südosteuropa. Traditionen als Macht. Hrsg. v. Emil Brix, Arnold Suppan. Wien: Oldenbourg 2007.

Goldstein, Slavko: Der Zweite Weltkrieg. Ins Deutsche übersetzt von Heiko Hänsel. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. 2. Auflage. Wiesbaden: VS 2007.

Gross, Marijana: Die jugoslawische Geschichtswissenschaft von heute. Österreichische Osthefte 8 (1966), S. 238-245.

Dieselbe: Wie denkt man kroatische Geschichte? Geschichtsschreibung als Identitätsstiftung. Österreichische Osthefte 35 (1993), S. 189-216.

Hobsbawm, Eric J.: Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality. Cambridge: Cambridge University Press 1990.

Höpken, Wolfgang: Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat: Jugoslawien 1944 bis 1991. In: Umkämpfte Vergangenheit: Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. Hrsg. v. Petra Bock, Edgar Wolfrum. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1999.

Derselbe: Von der Entmythologisierung zur Stigmatisierung: „Krieg und Revolution“ in Jugoslawien 1941-1948 im Spiegel von Geschichtswissenschaft und historischer Publizistik. In: Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel. Hrsg. v. Eva Schmidt-Hartmann. (Veröffentlichung des Collegium Carolinum 76). München: Oldenbourg 1994.

Derselbe: Jasenovac – Bleiburg – Kočevski rog: Erinnerungsorte als Identitätssymbole in (Post-) Jugoslawien. In: Geschichte (ge)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien und Bulgarien. Hrsg. v. Angela Richter, Barbara Beyer. Berlin: Frank & Timme 2006.

Irvine, Jill A.: The Croat Question: partisan politics in the formation of the Yugoslav socialist state. Boulder: Westview Press 1993.

Ivanišević, Alojz: Nationale Minderheiten in Kroatien. In: Brennpunkt Osteuropa. Minderheiten im Kreuzfeuer des Nationalismus. (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts Bd. XXIV.) Hrsg. v. Valeria Heuberger, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Wien, München: Oldenbourg 1996.

Jevtić, Miloš: Živa reč Milorad Ekmečića [Das lebendige Wort von Milorad Ekmečić]. Gornji Milanovac: Dečje Novine 1990.

Kaser, Karl: Handbuch der Regierungen Südosteuropas (1833-1980) II. Zur Kunde Südosteuropas II/10. Hrsg. vom Institut für Geschichte Universität Graz, Abt. Südosteuropäische Geschichte Prof. Dr. F. Hauptmann. Graz: Eigener Verlag 1982.

Katičić, Radoslav: Jugoslawien im Lichte seiner Sprachen. In: Der Jugoslawien-Krieg. Hrsg. v. Dunja Melčić. 2. Auflage. Wiesbaden: VS 2007.

Kaplan, Robert: Die Geister des Balkan. Düsseldorf u.a.: Econ 1994.

Koštunica, Vojislav und Čavoski, Kosta: Party Pluralism or Monism: Social Movements and the Political System in Yugoslavia 1944-1949. New York: Columbia University Press 1985.

Krleža, Miroslav: Deset krvavih godina [10 blutige Jahre]. Zagreb: Biblioteka Nezavisnih Pisaca 1937.

Lampe, John R: Yugoslavia as history. Twice here was a country. 2. Auflage. Cambridge: Cambridge University Press 2000.

Lukic, Reneo and Lynch, Allan: Europe from the Balkans to the Urals. The Disintegration of Yugoslavia and the Soviet Union. Oxford: Oxford University Press 1996.

Melčić, Dunja (Hrsg.): Der Jugoslawismus und sein Ende. In: Der Jugoslawien-Krieg. 2. Auflage. Wiesbaden: VS 2007.

Dieselbe: Abrechnung mit den politischen Gegnern und die kommunistischen Nachkriegsverbrechen, in: Der Jugoslawien-Krieg. 2. Auflage. Wiesbaden: VS 2007.

Mønnesland, Svein: Land ohne Wiederkehr. Ex-Jugoslawien. Die Wurzeln des Krieges. Klagenfurt: Wiesner 1997.

Münnich, Nicole: Jugoslawische Literarische Geschichtskonzeption als Katalysator im gesellschaftlichen Umbruchsprozess. Die Goli otok-Literatur nach dem Tode Titos. In: Geschichte (ge)brauchen. Hrsg. v. Angela Richter, Barbara Beyer. Berlin: Frank & Timme 2006.

Perica, Vjekoslav: Balkan Idols. Religion and Nationalism in Yugoslav States. Oxford: Oxford University Press 2002.

Portmann, Michael: Kommunistische Abrechnung mit Kriegsverbrechern, Kollaborateuren, „Volksfeinden“ und „Verrätern“ in Jugoslawien während des 2. Weltkriegs und unmittelbar danach (1943-1950). Wien: GRIN 2007.

Popov, Nebojša (Hrsg.): Traumatologija partijske države [Traumatologie des Parteistaates]. In: Srpska strana rata. Trauma i katarza u istorijskom pamćenju [Die serbische Seite des Krieges. Trauma und Katharsis im historischen Gedächtnis]. Beograd: Republika 1996.

Prunk, Janko: Slovenski narodni vzpon [Der slowenische nationale Aufstieg]. Ljubljana: Državna založba Slovenije 1992.

Radonic, Ljiljana: Krieg um die Erinnerung. Kroatische Vergangenheitspolitik zwischen Revisionismus und europäischen Standards. Wien: Campus 2010.

Ramet, Sabrina P.: Die drei Jugoslawien. eine Geschichte der Staatbildungen und ihrer Probleme. (Südosteuropäische Arbeiten 136). München: Oldenbourg 2011.

Richter, Angela und Beyer, Barbara (Hrsg.): Geschichte (ge)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien und Bulgarien. Berlin: Frank & Timme 2006.

Roksandić, Drago: Markistička historiografija i historisjska svijest [Marxistische Historiographie und historisches Bewußtsein]. In: Historiografija i suvremenost. Zagreb 1983.

Rusinow, Dennison: The Yugoslav Idea before Yugoslavia. In: Yugoslavism. Historirs of a Failed Idea 1918-1992. Hrsg. v. Dejan Djokić. London: C. Hurst&Co 2003.

Derselbe: To be or not to be? Yugoslavia as Hamlet. Universities Field Staff Reports, 1990-91/ No. 18.

Rüsen, Jörn: Zerbrechende Zeit. Über den Sinn der Geschichte. Köln, Wien: Böhlau 2001.

Shoup, Paul S.: Communism and the Yugoslav national question. (East central European studies of Columbia University). New York: Columbia University Press 1968.

Sundhaussen, Holm: Geschichte Serbiens. Wien u.a.: Böhlau 2007.

Steindorff, Ludwig: Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München: Friedrich Pustet Regensburg 2007.

Schulze, Francois und Hagen, Etienne: Das emotionale Fundament der Nationen. In: Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Hrsg. v. Monika Flacke. Berlin u.a.: Koehler&Amelang 1998.

Terzić, Velimir: Jugoslavija u aprilskom ratu 1941 g. [Jugoslawien im Aprilkrieg 1941]. Titograd: Grafički zavod 1963.

Broz, Josip Tito: Borba za oslobodjenje Jugoslavije 1941-45 [Kampf für die Befreiung Jugoslawiens 1941-45]. Beograd: Državni izdavački zavod Jugoslavije 1947.

Tudman, Franjo: Bespuća povijesne zbiljnosti [Irrwege der Geschichtswirklichkeit]. Ins Deutsche übersetzt von Vesna Ivančević und Jasna Schmidt. Zagreb: Školska knjiga 1993.

Derselbe: Stvaranje socijalističke Jugoslavije [Die Schaffung des sozialistischen Jugoslawien]. Zagreb: Naprijed 1960.

Kessler, Wolfgang: Politik, Kultur und Gesellschaft in Kroatien und Slawonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Historiographie und Grundlagen. (Südosteuropäische Arbeiten 77). München: Oldenbourg 1981.

Derselbe: Jugoslawien - Der Erste Versuch. In: Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. v. Jürgen Elvert. (HMRG 16). Stuttgart: Franz Steiner Verlag 1997.

Kržišnik-Bukić, Vera: Politika KPJ prema agrarnom i seljačkom pitanju na području Bosanske krajine 1945-1948. Uvod u problematiku agrara i seljaštva u rano socijalizmu [Die Politik der KPJ gegenüber der Agrar- und Bauernfrage betreffen Bosnien 1945-1948. Einführung in die Problematik der bäuerlichen Landwirtschaft im frühen Sozialismus]. Banja Luka 1988.

Weithmann, Michael W: Balkan Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident. 3. Auflage. Wien, Graz: Styria 2000.

Žerjavić, Vladimir: Opsesije i megalomanije oko Jasenovaca i Bleiburga. Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu [Obsessionen und Megalomanien um Jasenovac und Bleiburg. Bevölkerungsverlust Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg]. Zagreb 1992.

Zimmermann, William: The Last Ambassador. A memoir of the collapse of Yugoslavia. Foreign Affairs (1995) Vol. 74 No. 2, S. 2-20.

Abstract Deutsch

Der Zerfall Jugoslawiens wurde vielerorts als plötzliches Ereignis wahrgenommen und mit dem „uralten Hass“ zwischen den jugoslawischen Völkern, sowie dem Resultat einer „doomed creation“ begründet. Stereotypen vom „rückständigen Balkan“, „bösen Serben“ und „faschistischen Kroaten“ wurden zur Erklärung des blutigen Bürgerkriegs in den 1990er Jahren herangezogen. Diese Diplomarbeit zeigt, dass die Auflösung des Vielvölkerstaates keinesfalls plötzlich erfolgte, sondern sich prozesshaft ankündigte und durch verschiedene Faktoren aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion eingeleitet bzw. veranlasst wurde. Anhand einer fundierten Untersuchung werden die historischen Wurzeln des ambivalenten Verhältnisses der zahlenmäßig größten Völker Jugoslawiens (Serben und Kroaten) bzw. ihrer politischen Eliten zueinander dargestellt und die der erwähnten Mythen analysiert bzw. widerlegt. Der Fokus dieser sich mit den historischen Voraussetzungen auseinandersetzenden Arbeit wird zunächst auf die gegensätzlichen Erwartungshaltung in Bezug auf den gemeinsamen Staat („nationales Erwachen“ in Form von Jugoslawismus bzw. hegemonialer Nationalismen) von serbischen wie kroatischen Gruppierungen gelegt. Kontinuität bzw. Diskontinuität der beiden jugoslawischen Staaten werden, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche sowie der katholischen Kirche in Kroatien, dargestellt und ihre weitere Bedeutung für Serben und Kroaten analysiert. Die Darstellung der serbischen bzw. kroatischen Perspektive erfolgt anhand der Analyse der jeweiligen nationalen Historiographie und des öffentlichen Diskurses. Es wird gezeigt, dass der Wissenschaft im Allgemeinen und der Historiographie im Speziellen eine wesentliche Rolle im Zerfallsprozess zukam.

Abstract Englisch

In many places, the breakup of Yugoslavia was perceived as a sudden event and was explained on the basis of “ancient hatred” between the peoples of Yugoslavia and the hence resulting “doomed creation”. Stereotypes such as “antiquated Balkan States”, “vicious Serbs” and “fascistic Croatsians” were used to explain the bloody civil war of the 1990s. This thesis shows that the breakup of the multi-ethnic state was not a sudden development, but had been pronounced process-like and was initiated and caused by various political, economic, cultural and religious factors. Based on a well-founded investigation, the historic roots of the ambivalent relationship between Serbs and Croatsians – the numerically biggest ethnic groups of Yugoslavia – and their political elites, respectively, are illustrated and the myths that were mentioned are analysed and confuted accordingly. Initially, this piece of work dealing with the relevant historic predispositions, focuses on the oppositional expectations in regards to the common state (“national awakening” in the form of Yugoslavism and hegemonic nationalisms accordingly) among Serbian and Croatian groups. Continuity and discontinuity of both Yugoslavian states are described, paying particular regards to the roles of the Serbian-Orthodox Church as well as the Catholic Church in Croatia, and their further significances for Serbs and Croatsians are analysed. The illustrations of the Serbian as well as the Croatian perspectives are based on the analysis of the respective national historiography and public discourse. It is, thus, shown that science, in general and historiography, in particular were playing significant roles in the course of the breakup process.

Abstract Kroatisch

Raspad Jugoslavije uglavnom se shvaćao kao iznenadan događaj, te ga se obrazlagalo „vječnom mržnjom“ između jugoslavenskih naroda, a i kao rezultat jedne unaprijed na smrt osuđene tvorevine („doomed creation“). Stereotipi o „zaostalom Balkanu“, „zločestim Srbima“ i „fašistoidnim Hrvatima“ uzimali su se kao objašnjenje krvavoga rata 1990-ih godina. Ovaj diplomski rad pokazuje da raspad višenacionalne države ni u kojem slučaju nije uslijedio iznenada, već se dugo navješćivao kao proces te i bio potican različitim čimbenicima: političkim, gospodarstvenim, kulturnim i religioznim. Na osnovi utemeljenih istraživanja predstavljeni su povijesni korijeni ambivalentnih odnosa brojčano najvećih naroda Jugoslavije (Srba i Hrvata), odnosno njihovih političkih elita, te se analiziraju, odnosno osporavaju spomenuti mitovi. Fokus ovog rada koji razmatra povijesne preduvjete počiva na različitim, dobrim dijelom oprečnim očekivanjima Srba i Hrvata u odnosu na zajedničku državu („nacionalno buđenje“ u obliku jugoslavizma, odnosno hegemonijskog nacionalizma). Kontinuitet, odnosno diskontinuitet obje jugoslavenske države predstavljen je uzimajući u obzir ulogu Srpske pravoslavne crkve kao i katoličke crkve u Hrvatskoj, a analizira se i njihovo daljnje značenje za Srbe i Hrvate. Prikaz srpske, odnosno hrvatske perspektive slijedi na temelju analize aktualne nacionalne historiografije te otvorenih diskursa. Pokazalo se da znanosti općenito, te historiografiji specifično pripadaju važne uloge u procesu raspada jugoslavenske države.

Lebenslauf

Lukas Putz

Geburtsdatum: 22.05.1984

Geburtsort: Graz

Ausbildung:

Juni 2002: **Matura** mit sehr gutem Erfolg am Bundesoberstufenrealgymnasium Birkfeld.

Oktober 2003 - Oktober 2012: **Diplomstudium Slawistik** (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch)

seit Oktober 2004: **Diplomstudium Rechtswissenschaften**

Sprachkenntnisse:

Deutsch (Muttersprache)	Serbisch (sehr gute Kenntnisse)
Englisch (sehr gute Kenntnisse)	Russisch (sehr gute Kenntnisse)
Bosnisch (sehr gute Kenntnisse)	Italienisch (sehr gute Kenntnisse)
Kroatisch (sehr gute Kenntnisse)	Spanisch (Grundkenntnisse)

Arbeits- und Projekterfahrung:

seit Jänner 2012 Mitglied des **Academic Council on the United Nations System** (ACUNS)

August 2011 Konferenz **Vienna International Model United Nations** (VIMUN)

September-Oktober 2010 **EU-Parlament** Brüssel

Juli-Oktober 2009 **Joanneum Research Graz** (Südosteuropa Abteilung)

seit 2008 Mitglied des **Akademischen Forums für Außenpolitik** (AFA)

Juli-Oktober 2007 **Institut für Donauraum und Mitteleuropa** (IDM) Wien

Juli-Oktober 2005 **GEDORE Austria** Birkfeld (Marketing Abteilung)